

ES

Unabhängige Wochenzeitung für Politik,
Wirtschaft und Kultur

#46 66. Jahrgang 15. November 2019



5 453000 174663



4,00€

„Vierzig Jahre gefickt worden“

Seit sechs Wochen schwelt ein Konflikt zwischen UEL und Gewerkschaften um die Zukunft des Luxemburger Sozialmodells

Grand commis de l'État [n.f.]

En une quinzaine d'années, Félicie Weycker a grimpé à grandes enjambées les échelons de l'administration publique. Portrait d'une femme de poigne

Wissensgesellschaft

Die öffentliche Forschung und der Wunsch nach Exzellenz und sozio-ökonomischem Impact auf einer acht Seiten umfassenden Beilage

Foto: Sven Becker

Seit rund sechs Wochen schwelt ein Konflikt zwischen UEL und Gewerkschaften. Es geht um nichts weniger als die Zukunft des Luxemburger Sozialmodells

„Vierzig Jahre gefickt worden“

Pol Schock

Mythos Tripartite Ein Raum mit Kronleuchtern und Gobelins im Hôtel Saint-Maximin. Dutzende Männer drängen sich Schulter an Schulter an einen langen Tisch. In der Mitte sitzt der Staatsminister mit seiner Regierung. Ihm gegenüber Gewerkschaftsfunktionäre und Arbeitgeberbosse. Und an den Rändern die jeweiligen Lakaien. Sie rauchen, trinken Kaffee und schwitzen. Was in diesem Raum geschieht und gesagt wird, bleibt in diesem Raum. Aber am Ende wird der Staatsminister vor die Presse treten und verkünden, man habe nach zähem Ringen und Verhandeln sich im Konsens einigen können.

Das Bild der großen Tripartite-Runde wirkt wie eine Erinnerung an die Welt von gestern. Dabei

Die Tripartite-Runde im Hôtel Saint-Maximin war die luxemburger Version des War Rooms in Stanley Kubricks *Dr. Strangelove* – ein Ort, an dem sich die Mächtigen zurückziehen, wenn es ernst wird, um die Dinge unter sich zu regeln

hat sich die „Konsensfabrik“, wie Jean-Claude Juncker (CSV) den Koordinierungsausschuss einmal genannt hat, tief in der politischen Kultur des Landes verankert. Die Tripartite-Runde im Hôtel Saint-Maximin war die luxemburger Version des War Rooms in Stanley Kubricks *Dr. Strangelove* – ein Ort, an dem sich die Mächtigen des Landes zurückziehen, wenn es ernst wird, um die Dinge unter sich zu regeln. Dass es sich dabei um einen vormodernen Ort handelt, der verfassungsrechtlich bedenklich ist, hat der Staatsrat schon bei der Gründung des Tripartite-Ausschusses im Dezember 1977 angemahnt. Aber um Verteilungskämpfe auf der Straße zu verhindern und im Interesse der nationalen Einheit konnte man schon einmal ein Auge zudrücken.

Seit dem Ende des Systems Juncker (mitsamt der sogenannten offenen Tripartite) und mit Beginn der einstigen Fensteröffner von Gambia hat die große Tripartite-Runde allerdings nicht mehr stattgefunden; manche sagen, das Kriseninstrument sei lediglich im Standby-Modus, andere sagen, es sei definitiv Geschichte. Doch auch jenseits des Koordinierungsausschusses hat sich das System der Tripartite als luxemburger Modell im Staat institutionalisiert: Es gibt ein halbes Dutzend Gremien, an denen die Regierung, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände teilnehmen vor allem in der Sozial- und Gesundheitspolitik oder im Bereich des Arbeitsrechts.

Buck unchained Er will das ändern: Nicolas Buck, *enfant terrible* einer Verleger-Familie,

früherer Fedil-Vorsitzender und seit Anfang des Jahres Präsident der UEL. Gleich bei seiner ersten Sitzung im Comité permanent pour le travail et l'emploi (CPTE) im September hat er für einen Eklat gesorgt. Arbeitsminister Dan Kersch (LSAP) sowie den Gewerkschaften hat er unmissverständlich mitgeteilt, was er von der Funktionsweise dieses Gremiums hält: Nichts. Oder wie er es dem Land mit einem Lächeln sagt: „Wir sind dort 40 Jahre gefickt worden.“ Buck sieht ein Ungleichgewicht im CPTE zwischen Regierung und Sozialpartnern; LSAP und OGBL seien sich schon im Vorfeld einig. Die Arbeitgeberseite werde vor vollendete Tatsachen gestellt, ihr bleibe nichts Anderes übrig als den „Konsens“ mitzutragen. „Das ist das übliche Spiel im obskuren CPTE“,



Bei der nationalen Tripartite klärten Männerrunden die wichtigen Fragen hinter verschlossenen Türen



Nicolas Buck will eine neue Methode im Sozialdialog



Pierre Bley und Michel Wurth (UEL) sowie Jean-Claude Reding, André Roeltgen (OGBL) und Robert Weber (LCGB)

so Buck. Doch das wollen sich die Arbeitgeber nicht länger bieten lassen und fordern eine neue Methode des Sozialdialogs.

Breite Schultern, maßgeschneiderter Anzug, keine Krawatte – Buck wirkt wie ein Posterboy einer neuen Unternehmergeneration. Er hat auf natürliche Art einen Schalk im Nacken sitzen, aber sein breitbeiniges Auftreten und seine Chuzpe hat er sich auch angeeignet. Er durchlief das englische Bildungssystem, das, wie er in einem Artikel im *Luxemburger Wort* einmal gesagt hat, weniger auf Wissensvermittlung setzt, sondern vielmehr auf „Erwerb von Selbstbewusstsein“. Dieser Typus des nimmer zweifelnden Großmauls scheint gerade *en vogue* zu sein an der Spitze von Politik und Wirtschaft.

Dabei kann sich nicht jeder Unternehmer der UEL mit dem forschenden Stil und der klaren Sprache des neuen Präsidenten anfreunden. Unter vorgehaltener Hand äußern manche ihre Abneigung gegenüber den schrillen Tönen. Buck ist sich dessen bewusst. Aber er weiß auch, dass sie alle seine Analyse des dysfunktionalen Sozialmodells in Luxemburg teilen, und er deshalb ihren Rückhalt hat. Tatsächlich war es Teil des Wurth'schen Erbfolgeplans, die Posten an der Spitze von UEL und Chambre de Commerce zu teilen. Michel Wurth hatte lange Jahre beide Posten in Personalunion ausgeführt und die Schwachstellen dieser Machtkonzentration erkannt. Als Chef der regierungsnahen Handelskammer musste er die politischen Entschlüsse mittragen, als Vorsitzender der Unternehmerorganisation UEL musste er sie gegebenenfalls verwerfen. Der frühere CSV-Minister Luc Frieden kann nun als Vorsitzender der Handelskammer den Standort Luxemburg als verlängerter Arm der Regierung in der Welt verkaufen, und Nicolas Buck hat einen Blankoscheck für knallharte Lobbyarbeit im Interesse der Unternehmer.

Politischer Lobbyismus Der scheidende OGBL-Präsident André Roeltgen will deshalb die neue Position der UEL und den Eklat im CPTe nicht auf Nicolas Buck reduzieren. „Das Ganze hat System“, so Roeltgen. „Es geht darum das Luxemburger Sozialmodell zu unterwandern und die Gewerkschaften zu verdrängen.“ Schon seit Jahren habe das Patronat insgeheim nicht mehr viel übrig für das Luxemburger Sozialmodell. André Roeltgen hat gemeinsam mit Patrick Dury (LCGB) und Romain Wolff (CGFP) deshalb sofort zur Gegenwehr ausgeholt und für den 19. November eine Protestaktion im Hotel Alvisse organisiert. Dass die Gewerkschaften sich für ihre Aktion ausgerechnet die Lobby eines Hotels ausgesucht haben, ist für die Unternehmenseite eine süffisante Pointe.

Tatsächlich gesteht auch Buck, dass der angeordnete Rückzug im CPTe keine Entscheidung im Affekt gewesen war, sondern dahinter eine „Agenda“ stecke. Die Arbeitgeber wollen das aktuelle Sozialmodell mit Verhandlungen in dem Dreiergremium aufbrechen. „Natürlich soll es noch Sozialdialog geben“, so Buck, „aber die Betonung liegt auf Dialog.“ Denn in den Tripartite-Gremien werden aktuell politische Texte verhandelt, obwohl das diesem Gremium überhaupt nicht zustehe. „Wir sind genauso eine politische Lobbyorganisation wie die Gewerkschaften“ sagt Buck. „Wir wollen Politik beeinflussen, haben aber eigentlich keine Legitimität, auch Gesetze zu verhandeln.“

Die „neue Methode“ von Buck beruht demnach auf dem Bejahen eines rein gewerkschaftlichen oder unternehmerischen Lobbyismus jenseits von Konsensgremien. Die Tripartite-Ausschüsse sollen in ihre Schranken versetzt werden. Dadurch soll gleichzeitig die Eintracht zwischen Dan Kersch und Gewerkschaften gestützt werden. Was Buck mit viel Verve als „neue Methode“ fürs 21. Jahrhundert verkauft, ist dabei nicht grundlegend verschieden von der Unternehmerposition seit Gründung der Dreiergespräche. Bereits 1981 sagte der damalige Finanzdirektor der Arbed Norbert von Kunitzki: „Die Tripartite ist nichts Anderes als ein Instrument zur Beratung der Regierung.“

Fortsetzung des Arbeitskampfes mit anderen Mitteln Roeltgen sieht das Luxemburger Modell an einem Scheideweg. Und er verneint vehement, dass es sich um die klassische Krisenrhetorik handelt. Denn vielmehr sei seit Jahren ein Rückgang der korporatistischen Bewegung zu erkennen. Weniger als die Hälfte des Salariats arbeite noch unter dem Schutz eines Kollektivvertrags. Und bei den Sozialwahlen im Frühling hat sich gezeigt, dass auch weniger als die Hälfte der Personaldelegierten in den Betriebsräten gewerkschaftlich aktiv ist. Die Gewerkschaften fühlen sich demnach zunehmend angeschlagen. Dabei hat der langjährige OGBL-Präsident John Castegnaro die Legitimität des Dreiergremien noch Anfang der 1980-er Jahre an der Repräsentativität festgemacht: „Die wirkliche Legitimierung der heutigen Tripartite fußt auf der historischen Tatsache, dass Gewerkschaften in Luxemburg traditionell Massenorganisationen sind: Rund 70 Prozent der Luxemburger Arbeitnehmer sind gewerkschaftlich organisiert, die Gewerkschaften sind also anerkannt repräsentative Salariatssprecher.“

Zudem geht der Trend in die Richtung, dass die Gewerkschaften weiter an Mitglieder verlieren. Die Unternehmen binden ihre Mitarbeiter lieber direkt an sich und drücken die Gewerkschaften als Dritte hinaus. Das wird vor allem bei Start-Ups oder sonstigen Firmen im Dienstleistungs-

sektor deutlich: Unternehmen locken ihre zukünftigen Mitarbeiter mit Work-Life-Balance, mit Erholungsräumen, einer progressiven und diversen Kultur sowie der Möglichkeit, schnell ins Management aufzurücken – aber niemand soll bitte auf die Idee kommen, einen gewerkschaftlichen Betriebsrat zu organisieren.

Die neue verstärkte Bindung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber erhält manchmal geradezu retrograde Züge: Einige Handwerksunternehmen in Luxemburg planen, Häuser für ihre Mitarbeiter zu errichten, fast so wie die Arbeiterkolonien Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts. Was als

gut gemeintes Angebot vor dem Hintergrund eines überhitzten Immobilienmarkts gepreist wird, entpuppt sich als trojanisches Pferd. Dass dadurch erneut ein asymmetrisches Verhältnis von Herr und Knecht wie in Zeiten des Feudalismus entsteht, müsste eigentlich selbst den größten Apologeten der neoliberalen Zeit klar sein.

Da die Gewerkschaften weniger in den Betrieben vertreten sind und weniger Kollektivverträge abschließen können, versuchen sie ihren Einfluss mehr über das Arbeitsrecht im CPTe geltend zu machen. Buck nennt sie deshalb spöttisch „Fachidioten des Arbeitsrechts, die aus 360 Seiten des

Code du travail 460 Seiten machen wollen“. Er bedauert jedoch, dass die Gewerkschaften im Sinkflug sind. „Denn auch wir wollen starke Sozialpartner.“ Der UEL-Präsident hat auch Ideen, wie die Gewerkschaften wieder aufblühen könnten: Etwa durch die Abschaffung der automatischen Indexmodulierung oder auch durch die Schwächung der LSAP. „Je mehr Entscheidungen die Politik im Sinne der Arbeitnehmer trifft, desto weniger sehen Arbeitgeber Sinn darin, einer Gewerkschaft beizutreten“, so seine simple Gleichung. Das klingt fast schon nach Mitleid. Aber wie einst der Autor Ernst Klee schrieb: „Im Mitleid steckt nicht nur Überheblichkeit, Mitleid ist ein Todesurteil.“

Buck wirkt wie ein Posterboy einer neuen Unternehmergeneration. Er hat auf natürliche Art einen Schalk im Nacken sitzen, aber sein breitbeiniges Auftreten und seine Chuzpe hat er sich auch angeeignet

Smart Investments. Solid foundations.

lux | funds

INVESTING IN YOUR AMBITIONS

Our funds have been developed to suit you. Short, middle or long term, you will find an investment that matches your profile and meets your expectations. For your investments, opt for 30 years of excellent performance!

SPUERKEESS **Raiffeisen** **lalux** **BANQUE FORTUNA**

LUX-FUND ADVISORY S.A. | Siège social: 2, Place de Metz L-1930 Luxembourg
R.C.S. Luxembourg B 30 522

Leitartikel

Marktkonform und technikgläubig

Romain Hilgert

Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker konnte am Samstag nicht nach Rodingen kommen, um am außerordentlichen Parteitag der CSV zu „Klimaschutz, Wachstum und Wohnen“ teilzunehmen. Er hatte es auch nicht nötig. Denn er hatte seinen Diskussionsbeitrag schon am 7. Mai 2002 geliefert und seine Partei zehrt seit 17 Jahren davon.

Damals, als er ohnmächtig mitansehen musste, wie sich der Rententisch ohne ihn verselbständigte, erfand er als Korollar zu seiner am 7. Mai 1997 in Umlauf gesetzten Warnung vor einer „Rentenmauer“ die ebenso wirkungsvolle Bedrohung durch den „700 000-Einwohnerstaat“. So versuchte der konservative Vordenker, mit ökologisch beschönigten Überfremdungsängsten Einsparungen bei den Sozialleistungen durchzusetzen.

Am 8. Oktober 2016 steigerte der frisch gekürte Kandidat für Junckers Nachfolge, Claude Wiseler, die malthusianistische Panik zur Warnung vor dem „1,2-Millionenstaat“, wo „jeden Tag 400 000 Grenzpendler“ zur Arbeit führen und es nur „noch 30 Prozent Luxemburger“ gäbe. Dann müssten in den nächsten 40 Jahren „sechs

Städte Luxemburg gebaut“ oder „jede Gemeinde verdoppelt“ oder „alle in den vergangenen 500 Jahren errichteten Gebäude noch einmal gebaut werden“.

So ähnlich, wenn auch weniger dramatisch, steht es ebenfalls in der am Samstag bei einer Enthaltung verabschiedeten Resolution *Verstännege wuessen, éierbar wunnen – eis Zukunft fänkt haut un*, die neben der üblichen Parteitagspolemik gegen die Regierung im Mittelpunkt des Kongresses stand. „Ein derart schnelles Weiterwachsen der Bevölkerung, das uns binnen einer Generation eine Million Einwohner bescheren wird, lehnt die CSV ab“, verkündet sie kühn.

Selbstverständlich wissen die in Wirtschaftsfragen tonangebenden Geschäftsanwälte der Partei, dass die Verteufelung des Wirtschaftswachstums in Zeiten der Hochkonjunktur leere Demagogie ist. Deshalb verzichtet die CSV auf Vorschläge, wie Privatinvestoren dazu gebracht werden sollen, ihr Geld ohne Aussicht auf Rendite zu riskieren, und wäscht ihre Hände in Unschuld: „Eine Oppositionspartei verfügt nicht über die Mittel und Ressourcen, die zukünftige wünschenswerte Wachstumsdynamik präzise zu berechnen und zu beschreiben.“

Nur wenig konkreter wird die CSV beim Klimaschutz. Sie verlangt, „dass CO₂-Emissionen umgehend radikal verringert werden müssen und mittelfristig weitgehend auf Null gebracht werden müssen“ und dass Klimaneutralität sogar in die Verfassung geschrieben wird, für die die CSV gar stimmen will. Damit sie sich kurz vor dem versprochenen Klimaschutzgesetz wenigstens symbolisch von der Regierung unterscheidet, wirft sie dieser „verstocktes Bestehen auf Batterien“ von Elektroautos vor, statt auch die „Wasserstoffwirtschaft“ zu bezuschussen.

Um es sicherheitshalber allen recht zu machen, ob SUV-Panzer oder Elektrotretroller, will die Volkspartei nicht „den Raum für motorisierte Mobilität einengen, sondern [...] zusätzlich Raum, für Mobilität erschließen“. Vielleicht dank der Ausweitung des Bauperimeters, die sie zur Lösung der Wohnungsnot fordert, neben einer „nationalen Spekulationsabgabe“ und, trotz grünen Sukuks, einem gesetzlichen Verbot der Immobilienspekulation für Investitionsfonds aus den Golfstaaten und anderen fernen Ländern. Das heißt unter dem Strich, dass die CSV selbstzufrieden ankündigt, das Klima mit denselben Mitteln wie DP, LSAP und Grüne retten zu wollen: marktkonform und technikgläubig, also eher nicht.

blog



Nach fast einjähriger Arbeit und dem Studium ausländischer Vorschriften soll die Arbeitsgruppe der staatlichen Verkehrskommission bis Ende dieses Jahres herausgefunden haben, ob die Straßenverkehrsordnung an elektrisch angetriebene Tretroller und andere Elektrokleinfahrzeuge angepasst werden soll. Das versprach der grüne Mobilitätsminister François Bausch auf parlamentarische Anfragen gleich mehrerer Abgeordneter. Laut *Code de la Route* müssten derzeit nämlich E-Roller auf der Straße fahren und seien auf dem Bürgersteig verboten, elektrische Einräder seien weder auf dem Bürgersteig noch auf der Fahrbahn erlaubt. Pech, dass niemand das weiß oder sich daran hält. rh.

- Personalien
- Soziales
- Soziales
- Politik
- Politik
- Justiz

Jean Asselborn,

Außenminister (LSAP), gab am Montag in Brüssel dem französisshen Präsidenten Emmanuel „Macron recht, wenn er die Koordinierung in der Nato mit seinen Worten angreift“. Denn es sei „nicht zu verantworten“, wenn die Türkei mit „einem indirekten Go aus Amerika“ die Kurden in Syrien angreift. Schließlich sei die Nato nicht nur ein Militärpakt, sondern „auch eine politische Allianz“. Emmanuel Marcon hatte vergangene Woche dem englischen *Economist* erklärt: „What we are currently experiencing is the brain death of NATO.“ rh.

Erny Lamborelle,



ehemaliger Vorsitzender des Handelsverbands und DP-Kandidat sowie Präsident des Zwangsrekrutiertenverbands, wurde von Premierminister Xavier Bettel (DP) wieder zum effektiven Mitglied des 2016 geschaffenen Comité pour la mémoire de la deuxième Guerre mondiale ernannt (Foto: ME). Nach seinen antisemitischen Ausfällen auf einem Kongress des Zwangsrekrutiertenverbands war Erny Lamborelle im Sommer 2017 zum Rücktritt aus dem Comité gedrängt worden, mit dem die Regierung alle Beteiligten des Zweiten Weltkriegs irgendwie zu Opfern erklären will. rh.

Wohnungsbaufonds

Nicht mit dem Fonds du logement zu verwechseln ist der „Fonds spécial du soutien au développement du logement“, der am 1. April 2020 seinen Betrieb aufnehmen soll. Der vergangene Woche von Finanzminister Pierre Gramegna (DP) und Wohnungsbauminister Henri Kox (Grüne) deponierte Gesetzentwurf geht aber nicht so weit, zur Finanzierung Einlagen der Bürger nutzen zu wollen, für die dann ein Erlös garantiert wäre und die steuerlich begünstigt würden, wie das die DP in ihrem Wahlprogramm versprochen hatte. Ebenso wenig ist im Text die Rede davon, auf einen Teil der Rentenreserve zurückzugreifen, wie es der LSAP vorschwebte. Stattdessen soll der Fonds die bisherigen Budgettitel im Staatshaushalt übertragen erhalten, die zur Subventionierung „erschwinglicher“ Eigentums- und „sozialer“ Mietwohnungen vorgesehen sind. Die im Haushalt eingeplanten Mittel würden „regelmäßig“ nicht komplett in Anspruch genommen, steht im Motivenbericht. Von den zwischen 2010 und 2018 eingeplanten 471 Millionen Euro seien 155 Millionen ungenutzt geblieben, weil für die jeweiligen Projekte sich entweder die Genehmigungsprozeduren verzögerten, die Witterungsverhältnisse auf den Baustellen ungünstig waren, oder eine Baufirma pleite ging. In dem Spezialfonds dagegen würden die Gelder nicht nur für ein Haushaltsjahr liegen und könnten flexibler genutzt werden. Neben den Dotationen aus der Staatskasse soll der Fonds auch aus Rückzahlungen zu viel gezahlter Beihilfen gespeist werden. Neben der Bezuschussung von Wohnungsbauprojekten soll er die Erweiterung der öffentlichen Grundstücksreserve durch gezielte Aufkäufe innerhalb und außerhalb der Bauperimeter erlauben. pf

Quadripartite I

Nachdem auf der Krankenkassen-Quadripartite am Mittwoch die Entwicklung der Reserven der CNS bis Ende 2020 auf 962 Millionen Euro geschätzt wurde, klagten Gewerkschaftler, die von LSAP-Sozialminister Romain Schneider 2016 und 2017 versprochenen Leistungsverbesserungen in Höhe von 25 Millionen seien noch immer nicht ganz umgesetzt, denn die Rückerstattungen für Zahnersatz und Brillen unverändert. CNS-Präsident Christian Oberlé erklärte dem *Land* dazu, Änderungen beim Zahnersatz setzten Änderungen an der Gebührenordnung der Zahnärzte voraus. Was die Brillen betrifft, analysiere die CNS noch, wofür genau Patienten welche Eigenbeteiligungen entrichten, und prüfe, ob die Kostenübernahme für Laser-Behandlungen möglich ist. Oberlé geht davon aus, dass diese Fragen Ende 2020 geklärt sind. pf

Quadripartite II

Während der Sozialminister erklärte, innerhalb von drei Jahren werde ein „Tiers payant de nouvelle génération“ eingeführt, stellte der Ärzteverband AMMD einen Tag vor der Quadripartite das Konzept einer Smartphone-App vor, die das schon ab Frühjahr 2020 erlauben soll. Die im Auftrag der AMMD entwickelte App soll einen gesicherten Zugang zur CNS, dem Bankkonto des Patienten und dem des jeweiligen Dienstleisters herstellen. In „Sekundenschnelle“ könnten die nötigen Transaktionen abgewickelt werden, und dem Patienten bliebe auf digitalem Wege nur die Eigenbeteiligung zu bezahlen. Das Ministerium erklärte dem *Land*, die App sei nicht Teil seines Konzepts, denn diese Lösung setze ein Smartphone voraus. Man begrüße die Initiative der AMMD aber. pf

Zentralisierung

Mobilitätsminister François Bausch (Grüne) will den 2004 eingeführten Verkeiersverband als öffentliche Einrichtung zur Koordination des öffentlichen Transports abschaffen. Die Koordinationsaufgabe soll stattdessen gemeinsam mit der Einrichtung neuer Mobilitätsangebote und der Mobilitätsplanung im Ministerium zentralisiert werden. Das sei, so Bauschs Gesetzentwurf, „effizienter“, auch weil die RGTR-Überland-Busverbindungen demnächst nach europaweiten Ausschreibungen neu vergeben werden müssen. Die technischen Dienste des Verkeiersverband (eine Leitstelle zum Bus-Dispatching, die *mKaat* und die Webseite *mobileite.lu*) sollen erhalten bleiben. pf

OGBLFNCTTFEL

Nico Wennmacher, éminence grise du FNCTTFEL/Landesverband, veut y aller molo. En amont du congrès extraordinaire de son syndicat, le 2 décembre (soit quatre jours avant celui de l'OGBL), il fait savoir qu'une fusion avec l'OGBL ne sera pas pour demain, mais se fera « step by step ». Sur la *Radio 100,7*, il assure que si une telle fusion (en réalité un engloûtissement) devait se faire un jour, « l'identité » du Landesverband, le nom et les objectifs programmatiques, seraient protégés. Cela fait deux ans que le syndicat, confronté à une carence de cadres et au vieillissement de ses membres, songe à se mettre sous l'abri du « syndicat n°1 ». Le Landesverband est un bon parti, ses propriétés immobilières à Bonnevoie et Howald (loués à Cactus et à Yoyo) lui garantissant une rente tout à fait correcte. bt

Les coulisses d'Esch 2022

« Ce qui se passe en relation avec Esch 2022 est un fiasco », juge, amère, l'ancienne bourgmestre socialiste d'Esch-sur-Alzette et à ce titre première présidente de l'asbl organisatrice de l'année culturelle Véra Spautz dans le *Tageblatt* de jeudi. Le surplace actuel serait « dramatique pour tout le Sud ». Un des problèmes de la coordination générale autour de Nancy Braun est qu'elle ne communique guère, à l'exception de quelques rares posts sur *Facebook*. Car en coulisses, l'équipe s'élargit, le programme se monte et les infrastructures se préparent. Ainsi, le ministre de la Mobilité et des Travaux publics François Bausch (Déi Gréng) vient de déposer ce mardi le projet de loi n° 7496 « relatif à la réalisation des infrastructures et aménagements pour la Capitale Européenne de la Culture 2022 à Belval », qui prévoit un investissement de 35,33 millions d'euros pour neuf infrastructures à aménager ou à construire sur l'ancienne friche. Alors que le principe en avait été arrêté au printemps et présenté lors d'une conférence de presse le 20 juin, le projet de loi donne des précisions quant à l'orientation des différents bâtiments. Dont celui, modulaire, qui accueillera l'administration, qui sera installé devant la halle des soufflantes (budget : 2,7 millions ; image extraite du projet de loi). jh



Positiv für den Jugendschutz

Oppositionspolitiker können alle Fragen stellen, die sie mit ihrem Gewissen vereinbaren können, so Justizministerin Sam Tanson (Grüne) zur Kontroverse zur Gewaltentrennung gegenüber *Radio 100,7* vor einer Woche. Ein Wink in Richtung Generalstaatsanwaltschaft und Richterschaft, die CSV-Abgeordneten vorgeworfen hatten, mit Fragen zum Datenschutz und zur inneren Funktionsweise der Justiz das Prinzip der Gewaltentrennung zu verletzen. Dass die Justiz sich zuweilen schwertut mit Kritik von außen, war auch Gegenstand der Vorstellung des Kontrollberichts über die Jugendanstalt Unisec in Dreibern am Mittwoch. In dem Heim werde wertvolle Arbeit geleistet, so die Leiterin der Kontrollbehörde, Claudia Monti, die zugleich monierte, dass die Kommunikation mit Jugendgericht und Staatsanwaltschaft, um offene Fragen zu klären, „leider nicht so fruchtbar“ gewesen sei, wie erhofft. Es geht um Augenzeugenberichte von Jugendlichen, sie hätten über Monate nicht mit einem Jugendrichter gesprochen. Monti unterstützt die Forderung weiterer Kinderrechtsorganisationen, künftig keine Minderjährigen mehr in der Erwachsenenstrafanstalt Schrässig einzusperrern. Eine Forderung, die nun Gehör findet. Ministerin Tanson war gegenüber *100,7* formell: „Wir können Minderjährige nicht mit erwachsenen Straftätern in ein Gefängnis setzen“, betonte sie: „In egal was für einem Fall nicht.“ Gemeinsam mit Renate Winter, ehemalige Jugendrichterin und Präsidentin des UN-Kinderrechtskomitees, will sie den Reformentwurf von Vorgänger Félix Braz zum Jugendschutz so umschreiben, dass Strafe und Schutz künftig „klar getrennt“ sind. ik

En une quinzaine d’années, Félicie Weycker a grimpé à grandes enjambées les échelons de l’administration publique. Portrait d’une femme à poigne

Grand commis de l’État [n.f.]

josée hansen

La discrète « Je n’ai la carte d’aucun parti, insiste-t-elle, et je n’en veux pas. » Félicie Weycker n’a pas pour habitude d’emprunter les chemins de traverse. Quand elle parle, elle y va franco : « En règle générale, je dis ce que je pense et je fais ce que je dis ! » Droite dans ses talons aiguilles, cette quadragénaire solaire, qui porte les cheveux courts teints en blond paille et aime à s’habiller en rouge et noir, a grimpé les échelons de l’administration publique à grandes enjambées, sans jamais avoir voulu s’imposer. Aujourd’hui, elle cumule les postes de pouvoir : elle est à la tête du ministère de la Mobilité et des Travaux publics, dont elle assure la coordination générale, et préside plusieurs établissements publics essentiels, comme le *Verkeiersverbond* (Communauté des transports), le Fonds Belval ou le Fonds d’urbanisation et d’aménagement du plateau du Kirchberg. En plus, elle est vice-présidente d’autant d’autres structures, notamment Luxairport ou les CFL. En témoigne notamment un casque de chantier orange fluo frappé du logo CFL accroché à un porte-manteau dans son modeste bureau, situé à la fin d’un long couloir du quatorzième étage du *Héichhaus*, siège du ministère.

« Un portrait de moi ? Pourquoi ? » fut la première réaction, étonnée, de Félicie Weycker lors de la prise de contact. C’est que la juriste de formation a passé presque deux décennies dans l’ombre, à organiser des domaines essentiels de la politique gouvernementale – et ce de plusieurs gouvernements et responsables politiques successifs. Avec toujours la même loyauté, affirme-t-elle. Ce que confirme François Bausch (Déi Gréng), son actuel ministre de tutelle, vis-à-vis du *Land*. Après que les plus célèbres des grands commis de l’État ont pris leur retraite – les Fernand Pesch, Jeannot Waringo, Paul Schmit, Guy Dockendorf et autre Marc Colas –, Félicie Weycker fait partie de cette nouvelle génération qui structure un appareil que les pionniers avaient souvent dû inventer de toutes pièces, pour accompagner la croissance fulgurante du Luxembourg.

Son parcours n’était pourtant pas tracé d’emblée. Il y avait d’abord ce désir de la jeune femme née en 1973, originaire du Luxembourg rural (Kehlen), de s’engager dans des études universitaires, en vue de devenir immensément riche comme avocate : « C’était mon trip à l’époque, de rouler en Porsche 911 et tout ça ». Le souvenir la fait sourire aujourd’hui. Elle choisit Paris-Assas pour faire son droit, parce que c’était la première dans un classement dans *Libé* – « j’ignorais complètement que c’était une fac de droite ». Après la fac, la mort de ses parents la font changer d’ambitions et de parcours. Elle s’engage d’abord à l’Entente des Hôpitaux, avant de rejoindre les services de l’État. Nous sommes en 2000 et le ministère de la Fonction publique, dirigé alors par le libéral Joseph Schaack (qui venait de la CGFP) cherche un juriste. Elle y restera cinq ans, « puis j’avais fait le tour des questions intéressantes ». Ella aura notamment contribué à l’élaboration d’un code de déontologie pour les fonctionnaires, que les syndicats (enfin, le syndicat, la CGFP) ont toujours refusé et qui n’est donc jamais entré en vigueur, même vingt ans plus tard. Félicie Weycker vise une mutation. Et trouve un emploi au ministère qui s’appelait alors « des Travaux publics » et était dirigé par un certain Claude Wiseler (CSV) comme ministre et Maryse Scholtes comme coordinatrice.



Félicie Weycker ce lundi ; vue de son bureau sur l’Infinity Tower, porte de l’Europe au Kirchberg

« Les politiques sont élus et ce sont eux qui doivent assumer leurs choix et en porter les conséquences. Donc il n’est que normal que la décision leur revienne. » Félicie Weycker

« Là, c’était un autre univers », se souvient-elle aujourd’hui. Elle pouvait y exercer son métier de juriste et toucher aux différentes disciplines du droit, administratif, pénal et civique, « et en même temps, on voyait les bâtiments pousser ». « C’est là aussi que j’ai pour la première fois appris qu’il ne fallait pas appliquer les lois et règlements, par exemple sur les marchés publics, de manière trop stricte, au risque de ne plus pouvoir construire du tout ». Pour fonctionner, le droit s’interprète. Après les élections de 2009, le ministère est réorganisé, Claude Wiseler se voyant adjoindre la responsabilité des Transports publics pour le « super-ministère » MDDI (ministère du Développement durable et des Infrastructures), lui demande de rejoindre cette section du ministère. Weycker accepte. À partir de ce moment-là, et parce qu’elle prouve son efficacité et sa fiabilité au quotidien, tout s’enchaîne très vite : quand Frank Reimen quitte la direction du ministère pour rejoindre Cargolux, on lui propose sa succession. « J’étais en plein congé de maternité, ma fille avait

trois semaines, mais je me suis dit que c’était une occasion unique ». Elle se jette à l’eau, même si elle est consciente du défi. Peu à peu, elle restructure le ministère – « aucune université ne l’apprend cela ». Aujourd’hui, elle dirige 130 fonctionnaires et employés, plus les 23 membres du « service de la protection du gouvernement », chauffeurs et gardes du corps des ministres.

Opportunités « À chaque fois qu’une telle opportunité s’est présentée, je me suis demandée ‘j’y vais ou j’y vais pas ?’, mais à chaque fois, je me suis aussi dit que c’était une chance unique ». Donc Félicie Weycker y allait. Le prochain dilemme à résoudre se pose en octobre 2013, après les élections législatives par lesquelles le gouvernement Bettel/Schneider/Braz arrive au pouvoir. Corinne Cahen, DP, qu’elle connaît en privé, lui propose de la rejoindre au ministère de la Famille et de l’Intégration, qu’elle pourrait diriger alors. « Dès que j’ai appris ça, j’ai appelé Félicie Weycker pour lui demander de réfléchir par deux fois avant de se décider », se souvient François Bausch. Venant de la Ville de Luxembourg, où il fut premier échevin, Bausch connaît Félicie Weycker pour avoir travaillé avec elle. « Je savais à quel point il est important d’avoir de bons conseillers, juge le ministre. D’ailleurs je suis toujours divisé sur la question d’un cabinet politique dans les ministères. J’estime que c’est aussi très sain d’avoir des conseillers qui ont une certaine distance par rapport aux questions politiques ». Il arrive à la convaincre de rester. Elle ne le regrette pas aujourd’hui, parce que Bausch a tenu ses promesses, notamment d’une restructuration et d’un renforcement du domaine des transports. « J’estime, dit-elle, que les politiques sont élus et que ce sont eux qui doivent assumer leurs choix et en porter les conséquences. Donc il n’est que normal que la décision leur revienne. »

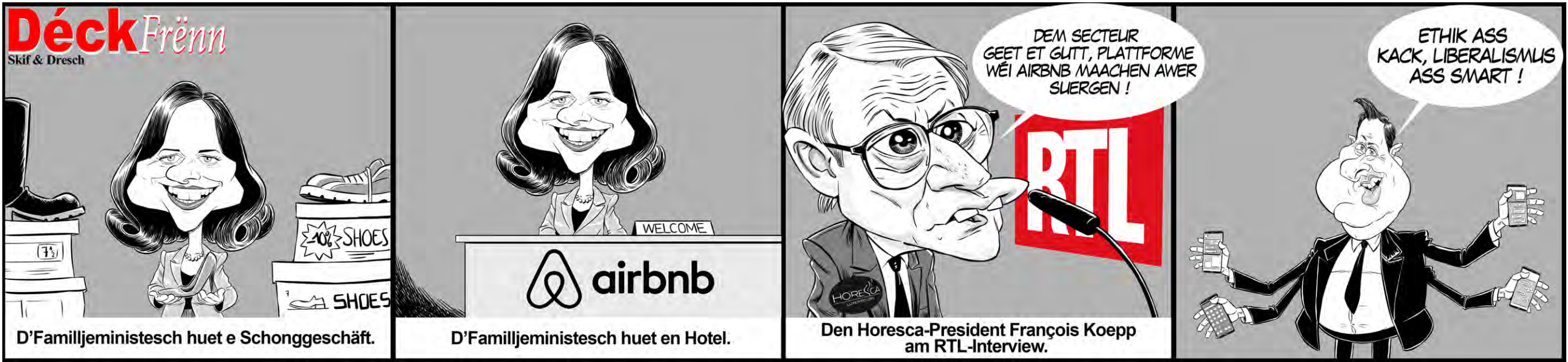
Elle gère les deniers publics « comme si c’était mon argent personnel, donc de manière assez conservatrice. Et j’essaie d’en tirer le maximum. »

Après la mort accidentelle de Germain Dondelinger, en 2015, Félicie Weycker reprend la présidence du Fonds Belval, établissement public qui construit les infrastructures étatiques sur l’ancienne friche industrielle, et y choisit le nouveau directeur Luc Dhamen « qui vit pour Belval ». Et depuis l’été 2019, la voilà en plus présidente du Fonds Kirchberg, après les emblématiques présidents Fernand Pesch (qui venait des Bâtiments publics) et Patrick Gillen (originaire des Finances), qui y firent de la gestion courante, voire du micro-management. « Hors de question que je fasse la même chose ! » affirme pourtant la nouvelle présidente. « La mission du conseil d’administration est de définir la stratégie », à l’équipe de l’appliquer. Une loi votée le 23 octobre dernier restructure le Fonds Kirchberg : il sera désormais géré par un directeur, à embaucher une fois la loi publiée. « Ce sera à eux de s’organiser. Je ne vais certainement pas participer aux décisions architecturales ou esthétiques... Je suis beaucoup trop cartésienne pour être esthète », concède Félicie Weycker.

À la présidence d’un autre établissement public, le *Verkeiersverbond*, elle en prépare l’intégration du service au ministère, « qui sera alors un service de l’administration, comme celui des Ponts & Chaussées », explique-t-elle, et les employés seront intégrés à l’administration. Un projet de loi devrait être déposé sous peu. Parce que, juge Félicie Weycker, depuis le début des années 2000, il y a eu prolifération d’établissements publics, autour de 80, comme si l’État n’était pas capable de gérer ses services en interne. Or, un établissement public a certes son conseil d’administration et sa personnalité

juridique propre, mais aussi bien le financement que les administrateurs proviennent pour la plupart des ministères de tutelle. Autant le faire directement en interne, juge la juriste.

Rigoriste Les enjeux des secteurs qu’elle a à gérer sont énormes : améliorer la mobilité et le transport public, qui deviendra gratuit à partir de mars prochain ; garantir un service égal pour tous ; contribuer à trouver des réponses à la crise du logement en développant des modèles novateurs au Kirchberg (comme le droit de superficie et le bail emphytéotique). Comment gère-t-elle ces pressions, aussi celles venant d’acteurs privés ? « Je me souviens qu’à mes débuts au ministère des Travaux publics, j’avais reçu trois bouteilles de vin d’un entrepreneur en guise de cadeau de fin d’année, raconte Félicie Weycker. Et bien, je les ai remballées et les ai ramenées moi-même à l’entreprise, avec la demande de ne plus faire ça. De tels gestes font vite la ronde. » À ses yeux, être incorruptible est la première des règles du bon fonctionnaire, qui œuvre pour le bien public. « À part mon premier entretien, à 27 ans, pour un poste de juriste au ministère de l’Économie, où on m’a interrogée sur mes projets, à mon âge, de fonder une famille, je n’ai plus jamais eu le sentiment d’avoir un désavantage parce que j’étais une femme », constate-t-elle. Au contraire, elle s’engage elle-même beaucoup pour la promotion des femmes à des postes de responsabilité – comme François Bausch (« je suis un féministe convaincu ») qui a fait de la promotion des femmes une priorité dans l’administration et dans son parti. « Les femmes réfléchissent toujours par trois fois et se demandent si elles sont capables de faire le job, rappelle Félicie Weycker, alors que les hommes, non. Ils sont toujours persuadés qu’ils savent tout faire. » Et elle éclate de rire.



Die gläserne Schule



Von myCard (für Schüler) werden die gekauften Mahlzeiten abgebucht. Ist die Karte leer, werden die Eltern informiert und können sie per Handy aufladen



Ines Kurschat

„Es ist sehr praktisch. Ich kontrolliere quasi jeden Tag, was mein Sohn in der Schule gemacht hat. Obwohl er sich immer ganz genau seine Hausaufgaben aufschreibt“, antwortet ein Vater, vom *Land* gefragt, ob seine Schule das Software-Programm Webuntis nutze. Mittlerweile halten immer mehr Lyzeen diese App für die Eltern, Lehrer und Schüler bereit. Web-Untis ist eine Software-Anwendung, die ein kleines Büro bei Stuttgart entwickelt hat und die sich im deutschsprachigen Raum immer größerer Beliebtheit erfreut. In dem elektronischen Klassenbuch steht praktisch alles Schulrelevante drin: Ein Blick aufs Handy genügt, um den Stundenplan zu sehen, die Hausaufgaben zu erfahren oder wer den erkrankten Lehrer in der Klasse 9B ersetzen wird.

Obwohl alle Schulen diese Applikation inzwischen nutzen, sehen die Anwendungen von Klasse zu Klasse, Schüler zu Schüler anders aus. Das liegt zum einen an unterschiedlichen Stundenplänen, je nach Sektion oder Jahrgangsstufe. Aber auch an den Voreinstellungen, also daran, wie eine Schule oder ein Lehrer entscheidet, das Programm konkret im Alltag zu nutzen. Sie tragen neben den Fächern die Hausaufgaben und Prüfungstermine ein. So kann eine Schülerin jederzeit nachschauen, welche Übungen sie noch wiederholen muss, ob in Französisch ein Vokabeltest ansteht oder ob die Sportveranstaltung ausfällt.

Blauer Brief via App Ihre Eltern können das ebenfalls. „Die App hat den Vorteil, dass Eltern besser eingebunden sind in das Schulgeschehen“, beschreibt Carole Chaine, Direktorin des hauptstädtischen Lycée Aline Mayrisch, die Vorzüge der Software. In der Vergangenheit riefen besorgte Mütter oder Väter oft in der Schule oder beim Lehrer direkt an, um sich zu vergewissern, dass es wirklich keine Hausaufgaben gab. Heute können sie diese

Schul-Apps: Praktisch und bequem oder pädagogisch fragwürdig und überflüssig?

Informationen auf dem eigenen Handy abrufen. „Selbstverständlich nur jene Einträge, die ihr eigenes Kind betreffen“, betont die Schulleiterin.

Allerdings geht es nicht nur um Organisatorisches. Auch disziplinarische Maßnahmen können so fast in Echtzeit von Eltern gelesen werden: Der berühmte Eintrag ins Klassenbuch ist online ebenso einzusehen wie die Strafarbeit. Auch wenn jemand wegen Störens oder wiederholtem unentschuldigtem Fehlen nachsitzen muss, wird das im virtuellen Klassenbuch notiert. Und zwar schneller als früher, als Eltern oftmals erst nach dem dritten Nachsitzen ihres Kindes verständigt wurden. „Insofern haben Eltern, die sich wirklich für den Schulalltag ihres Kindes interessieren, ein sehr viel genaueres Bild, was ihr Kind in der Schule macht“, bestätigt Chaine.

Was in anderen Ländern jedoch kontrovers diskutiert wird, scheint hierzulande niemanden groß zu beunruhigen. Oder nicht mehr. Als der staatliche Schulkantinenbetreiber Restopolis in Kooperation mit dem Bildungsministerium erstmals ein digitales Scheckkartensystem (myCard) einführt, das erfasst, welche Schüler in der Kantine essen, und dafür Daten des *Fichier élèves*, der zentral gespeicherten Schülerdatenbank, nutzte, war die Aufregung noch groß. Lehrerergewerkschaften liefen gegen „Überwachungstendenzen“ in der Schule Sturm. Ein Lehrer aus dem Athenäum klagte 2009 gegen

das Bildungsministerium, weil er durch die automatische Speicherung der gewählten Mahlzeiten in Verbindung mit persönlichen Daten das Recht auf Privatsphäre verletzt wähnte. Das Ministerium beserte datenschutzrechtlich nach.

Inzwischen sind die kritischen Stimmen weitgehend verstummt. Fragt man heute Schüler oder auch Mütter und Väter zur App, hört man vor allem zustimmende Worte. Die App sei praktisch, wird gesagt, insbesondere dass Eltern per SMS informiert werden, wenn der Kantinen-Kontostand fast aufgebraucht ist und sie ihn dann per Kreditkarte unterwegs auffüllen können, findet großen Anklang. Wie bequem im Vergleich zu früher, als Eltern noch jeden Monat selbst ans Geld für das Schulessen denken mussten. Jetzt sehen sie, ob sie genügend eingezahlt haben – und wissen, dass ihr Kind damit mindestens eine warme Mahlzeit am Tag zu sich nimmt.

Ich weiß, was Du isst Denn das ist die Kehrseite der Vollerfassung. Wer früher das Milchgeld für den Kaugummiautomaten (heute gefüllt mit Transfäriegeln) abgezweigt oder sich damit Pommes beim nächsten Imbiss bestellt hat, kann das nicht mehr tun. Eltern sehen sogar, ob und was ihr Kind zu welchem Zeitpunkt gegessen hat. Ob es ein Gericht mit Fleisch war oder auch genügend Gemüse dabei.

In Zeiten, in denen Lehrpersonal und Schulleitungen über so genannte Helikoptereltern schimpfen, ist das ein bemerkenswerter Widerspruch: Einerseits wird geklagt, überfürsorgliche Mütter und Väter würden sich ständig Sorgen machen und sich zu sehr in Schuldinge einmischen, die sie nichts angingen. Andererseits gibt die Schule ihnen genau die Instrumente an die Hand, um ihre Kontrolle auszuüben oder sogar auszubauen.

Mit einem Klick notiert der Lehrer, ob alle Schüler da waren. Aber Achtung: Schon bei so einer simplen Anwendung wie der Anwesenheitsliste kommt es zu Problemen, etwa wenn eine Kollegin vergessen hat, dieses Feld online auszufüllen, oder wenn wegen einer Projektwoche plötzlich sieben Fehltag da stehen, weil die Applikation keine Projektwochen kennt. Eine Klassenlehrerin berichtet dem *Land*, was der Erfassungswahn konkret heißt: Weil sie immer erst mittwochs in ihre Klasse kommt, müsse sie oft zehn oder mehr Klassenbucheinträge nachgehen – sei es, weil eine Kollegin exzessiv viele Rügen verteilt, oder weil ein anderer sie vergessen hat. Einträge zu Schülern, die auch die jeweiligen Eltern sehen – die womöglich dann überreagieren. „Ich muss die Einträge gegebenenfalls überprüfen“, sagt sie.

Das kostet Zeit. Und mehr noch: Wo bleibt bei all der Automatisierung das Vertrauen? Wenn Schüler nicht mehr unbemerkt von den Eltern schwänzen können. Wenn jeder ihrer Fehlritte peinlich genau registriert wird – was bedeutet der gläserne Schüler für die psychologische Entwicklung?

„Heutzutage kann sich ein Schüler zurücklehnen, er bekommt ja alle Infos bequem auf sein Handy“, erzählt die Lehrerin weiter. Weil ihr wichtig ist, dass die Schüler die Aufgabe sicher verstehen, lässt sie die Hausaufgaben besprechen und in einem Heft aufschreiben: „Das ist mehr Arbeit.“ Weil sie zudem Deutsch sowohl als Grund- wie auch als Fortgeschrittenenkurs anbietet, muss sie zwei Klassenbücher führen, um die nach Niveau differenzierten Hausaufgaben eintragen zu können. Auf die Klasse zugeschnittene Zusätze, die das analoge Klassenbuch erlaubte, etwa eine Tabelle am Ende, um abzufragen, ob alle Schüler das obligatorische Methodentraining durchlaufen haben, sind nicht möglich. „Die App ist zu rigide und erlaubt zu wenig passgenaue Lösun-

gen“, findet sie. Ihr Feedback habe sie ihrer Schulleitung mitgeteilt. Deren lapidare Antwort: Luxemburg sei zu klein, um eine eigene App zu entwickeln, und der Anteil am deutschsprachigen Markt zu unbedeutend, um spezifische Programmierungen bei den Softwareentwicklern zu erwirken.

Pädagogisch wertvoll? Diese pädagogisch wichtigen Nebeneffekte des digitalen Klassenzimmers werden indes in Luxemburgs Schulen und auch sonst kaum öffentlich diskutiert. Wie sinnvoll ist es, mit technologischem Fortschritt die eigene Lernorganisation zu unterstützen und ab wann werden digitale Hilfestellungen (zumal wenn so rigide programmiert) pädagogisch kontraproduktiv?

Es ist auffällig, wie wenig die fortschreitende Digitalisierung infrage gestellt wird. Das Bildungsministerium drückt auf die Tube, um Schulen zu vernetzen und das digitale Klassenzimmer Wirklichkeit werden zu lassen. 2018 waren 5 526 I-Pads in den Schulen im Einsatz. Doch fachliche Reflexionen darüber, was die Technologie im Klassensaal macht, ob und wie sie den Unterricht didaktisch und pädagogisch bereichert – oder einschränkt –, stehen am Anfang. Nicht einmal datenschutzrechtliche Bedenken werden systematisch erklärt. Weder für die Schüler noch die Lehrer und Eltern, die das *Land* befragt hat, gab es zum Start des virtuellen Klassenbuchs eine Einführung, die über datenschutzrechtliche Chancen und Risiken aufklärt. Und das obwohl der Datenschutz in der Schule wegen der Datenschutzgrundverordnung eher mehr als weniger Fragen aufwirft.

Während in anderen Ländern Digitalisierungsvorhaben kontrovers debattiert werden, hat das in Luxemburg Seltenheitswert. Zur Nutzung digitaler Klassen- und Notizbücher hat das Landeszentrum für Datenschutz in Schleswig-Holstein 2016 eine Anleitung erstellt, die genau regelt, was im Rahmen des Schulgesetzes und der Datenschutzgesetze erlaubt ist – und was nicht. Und wann Schülerdaten gelöscht gehören. In der Anleitung (Stand 2016) war vermerkt, dass weder die Software Webuntis noch XSchool der Firma Ramcke Datentechnik über anerkannte datenschutzrechtliche Gütesiegel verfügten und dass sie nur „grundsätzlich als datenschutzkonform angesehen“ werden konnten, vorausgesetzt, alle vorgeschriebenen Arbeitsschritte würden eingehalten. Ein Softwareexperte in Österreich wollte es im Juni 2019 genauer wissen und herausfinden, welche Daten Webuntis beim Einloggen über ein Android-Handy an Google übermittelt. Neben Produktinformationen waren Datenpakete darunter, die er als Nutzer nicht einsehen konnte. Und obwohl er keinen eigenen Zugang, sondern ein Testkonto hatte, konnte er aus der App Informationen herauslesen, wie Klassenräume, Lehrer, Prüfungszeiten.

Überwachungsexzesse Als in Frankreich die konservativ regierte Region Provence-Alpes-Côte d'Azur an ihren Gymnasien Systeme zur automatisierten Gesichtserkennung installieren wollte, ging außer Eltern auch die Datenschutzkommission gegen das Ansinnen vor. Die mit Kameras ausgestatteten Eingangsportale hätten sich nur geöffnet, wenn das Gesicht einer Schülerin elektronisch erkannt worden wäre. Die Pariser Datenschutzbehörde CNIL stuft die Gesichtserkennung jedoch als „unnötig“ und „unverhältnismäßig“ ein. Ein Pilotversuch in der Stadt Ludwigsburg mit einer App aus München, die zusammen mit einem GPS-Sender im Schulranzen erlauben soll, Kinder auf dem Schulweg zu schützen, indem sie vorbeifahrenden Autofahrern eine Warnung zuschickt, wurde aufgrund massiver Kritik unter anderem der niedersächsischen Datenbeauftragten gestoppt. Jetzt will die Stadt erst einmal mit Eltern, Datenschützern, Polizei, ADAC und Schulen über die Bedenken diskutieren.

In Luxemburg hat die Datenschutzkommission CNPD wohl die Einführung von MyCard und die des *Fichier élève* geprüft und unter bestimmten Bedingungen grünes Licht gegeben. Doch wenn es darum geht, Debatten über das Spannungsverhältnis Bürgerrechte und Digitalisierung zu lancieren, dann ist sie auffällig abwesend. Doch zu ihren Missionen zählt auch, BürgerInnen vor unnötiger Überwachung seitens des Staats oder der Wirtschaft zu schützen. Manche Schulen thematisieren mögliche Gefahren auf eigene Faust. Doch wenn, wie der liberale Bildungsminister Claude Meisch (DP) nicht müde wird zu betonen, es die Aufgabe der Schule ist, Kinder zu mündigen Bürgerinnen und Bürger heranzuziehen, gehört dann nicht das Hinterfragen (und das Vermeiden) einer schleichenden Überwachung und einer Datensammelwut in der Schule beispielsweise durch Anbieter von Schulzubehör und schulbezogener Software zwingend mit auf den Lehrplan?

Medienkompetenz bedeutet nicht nur, dass Kinder und Erwachsene wissen, wie Tablets und Software zu nutzen sind. Das Hinterfragen einer Datensammelwut in Schule und Alltag gehört ebenfalls dazu

Dass erstmals seit bald 70 Jahren eine Geschäftsfrau der Regierung angehört, verursacht einen kleinen Kulturschock

Public-private Partnership

Romain Hilgert

Während der vorigen Legislaturperiode hatte Familienministerin Corinne Cahen das Kindergeld zu Lasten kinderreicher Familien gekürzt sowie die Erziehungs- und die Mutterschaftszulagen abgeschafft. Mit diesen Einsparungen, die Bezieher niedriger Einkommen härter trafen als höher, erhöhte sie die Elternurlaubsentschädigung zugunsten von Angehörigen jener neuen Mittelschicht, die die Wahlklientel der DP ausmacht.



Twitter-Replik im Juli 2019 auf CSV-Kampagne

Aber die seither bei der neuen Mittelschicht populäre Politikerin gehört der alten Mittelschicht an: Corinne Cahen ist die erste Geschäftsfrau in der Regierung seit 1951, seit Alphonse Osch, der vor dem Krieg einen Elektrielerladen betrieb. Das verursachte einen Kulturschock, mit dem sich nun sogar das Comité d'éthique für Regierungsmitglieder befassen soll.

Nach anfänglichem Widerstand bat die Ministerin und DP-Vorsitzende diese Woche Premierminister Xavier Bettel, das Komitee zu befragen,

benspartner, danach an eine Angestellte ab. Lange Jahre war das Geschäft rentabel, in den vergangenen Jahren schrumpfte der Gewinn.

Die neuen Helden des Mittelstands sind die Start-ups, die hoch bezuschussten Ein- oder Zweimannfirmen, die die millionste Handy-App erfinden wollen und nach einem Jahr konkursreif sind. Sie gelten als modern und mutig, während der kleine Einzelhandel als uninteressant und konservativ gilt, von Cactus und Amazon sowieso zum Untergang verdammt. Er spielt keine Rolle in der Wirtschaftspolitik und in den Wahlprogrammen, und niemand weiß, was Mittelstandsminister Lex Delles (DP) den ganzen Tag über tut. Geschäftsleute erfahren keine Beachtung, kaum Solidarität und nicht einmal Mitleid. Oft üben sie sie selbst nicht, wenn sie ihren Laden für die Welt halten und ihn in einer gnadenlosen Konkurrenzwirtschaft gegen alle und jeden verteidigen wollen. Die Kleinbürger hinter der Ladentheke gelten oft als kleinkrämerisch, geizig und beschränkt.

Machen sie ausnahmsweise etwas von ihrer kostbaren Arbeitszeit dafür frei, haben Geschäftsleute es schwer in der Politik. Der Geschäftsmann René Mart, Inhaber eines Escher Teppichgeschäfts, war 20 Jahre lang Abgeordneter, aber die DP machte ihn nie zum Minister; sein Bruder, der Anwalt Marcel Mart, saß nie im Parlament, war aber von 1969 bis 1977 Minister. Seit 2016 weigert die LSAP sich, ihre Zweitgewählte im Ostbezirk, Tess Burton, die einen Geschenkladen in Grevenmacher betreibt, als Nachfolgerin von Nicolas Schmit in die Regierung aufzunehmen. Stattdessen machte sie vor einem Jahr die Beamtin Paulette Lenert, die sich keiner Wahl gestellt hatte, zur Ministerin.

Die Lohnabhängigen haben Gewerkschaften, die mehr oder minder energisch ihre Interessen vertreten, Unternehmerlobbys kämpfen für Industrie und Finanzen, die Exportwirtschaft. Aber dazwischen fühlt sich der Mittelstand – der Handel mehr noch als das Handwerk – vergessen. Das konnte die Ministerin, die in ihrer Seele noch immer Geschäftsfrau ist, nicht mit ansehen. Deshalb hatte sie am 11. April als Ministerin eine lange E-Mail an den hauptstädtischen Geschäftsverband geschickt, den sie für eine Art



Schuhgeschäft von Familienministerin Corinne Cahen an der Straßenbahnbaustelle. Integrationsministerin Corinne Cahen und der Direktor des Office luxembourgeois de l'accueil et de l'intégration, Yves Piron, zuvor Präsidentin beziehungsweise Direktor des hauptstädtischen Geschäftsverbands

un salaire, au contraire. Je veux que l'entreprise puisse continuer à exister afin que les 14 personnes qui y travaillent puissent continuer à avoir un salaire pour pouvoir vivre. Et ce magasin a 95 ans, est situé avenue de la Liberté depuis 1924, et fait un peu partie du patrimoine de l'avenue et de la ville. J'ai investi 15 à 20.000€ dans la pub pour le magasin, nous avons une remise exceptionnelle de 20% sur toutes les chaussures pendant 3 semaines afin d'avoir une caisse un peu remplie avant le chantier pour pouvoir continuer à payer les frais et les salaires."

In der ewigen Angst, dass die Mittelklasse zwischen den großen gesellschaftlichen Klassen von Kapital und Lohnarbeit zerrieben wird, dass das Kleinbürgertum ins Proletariat abrutscht, statt mit einem zweiten und einem dritten Laden in die Kapitalistenklasse aufzusteigen, gründeten kleine Geschäftsleute immer wieder konservative bis reaktionäre Verbände und Parteien, vom Parti libéral, Parti des indépendants de l'Est über den Parti des classes moyennes in den ersten Nachkriegsjahren bis zum Syndicat des indépendants et des classes moyennes. Sie waren meist kurzlebig und ihre Führungsleute fanden regelmäßig Unterschlupf am rechten Rand von DP und CSV.

Die DP war stets die Partei des Großbürgertums, lange der Großindustrie, die ihr Einfluss, früher auch Geld und eine Presse verschaffte, heute des Finanzsektors und der Steuervermeidungsindustrie, aber auch die Partei einer mittelständischen Stammwählerschaft von Geschäftsleuten, Ärzten und Anwälten, und einer Schicht geschäftstüchtiger Bauern und Winzer über Land. Sie braucht den Mittelstand nicht nur als Wählerreservoir, sondern auch als Beamte und Anwälte, ausnahmsweise auch andere Selbständige, um die Verbindung zur Klasse der Lohnabhängigen herzustellen, die nun einmal die Wählerschaft stellen.

Denn die Inhaber der Partei begegnen der „kleinen Schuhverkäuferin“ Corinne Cahen zwar mit Geringschätzung, aber ihnen selbst fehlt die Volksnähe, die das allgemeine Wahlrecht nun einmal verlangt, das vor hundert Jahren gegen den Willen der liberalen Notabeln eingeführt worden war. Deshalb ist die quirlige und leutselige Geschäftsfrau, einst Vorsitzende des hauptstädtischen Geschäftsverbands, Mitglied der Handelskammer und des jüdischen Konsistoriums sowie fleißige Facebook-Chronistin ein Glücksfall

„Nous avons une remise exceptionnelle de 20% sur toutes les chaussures pendant 3 semaines“ (Corinne Cahen, ministre de la Famille, de l'Intégration et à la Grande Région)

für die DP. Sie weiß, wie man nicht nur mit Visa-Platin zahlende Kunden umwirbt, sondern auch die wahlberechtigten Pantoffelhelden und die Rentnerinnen mit orthopädischen Einlagen.

Aber eine Geschäftsfrau führt zwangsläufig ein Ministerium dynamisch und autokratisch, als ob es ihr gehörte. Die ehemalige Präsidentin des Geschäftsverbands machte als Familien- und Integrationsministerin kurzerhand ihren ehemali-

gen Direktor des Geschäftsverbands zum Direktor ihres Office luxembourgeois de l'accueil et de l'intégration. Die Vermischung von Privatem und Politik geht auch darauf zurück, dass die sieges-trunkenen Liberalen von DP, LSAP und Grünen 2013 den CSV-Staat als eine Beute ansahen und die CSV sie in dieser Ansicht bestätigte. So wie die liberale Partei euphorisch dafür warb, Lyzeen nach dem Prinzip der *Public-private Partnership* zu bauen, so macht die liberale Geschäftsfrau Politik als *Private-public Partnership*.

In der Regel besitzt ein Kapitalist einen Betrieb, ohne in ihm zu arbeiten, und ein Lohnabhängiger arbeitet in einem Betrieb, ohne ihn zu besitzen. Die Mittelständlerin besitzt dagegen den Betrieb und arbeitet ihn ihm. Deshalb gehört der Familienbetrieb zur Familie. Privates und Geschäft voneinander zu trennen, liegt jenseits ihrer Erfahrung und damit ihres Vorstellungsvermögens. Artikel sieben der *Règles déontologiques des membres du Gouvernement*, „Un conflit d'intérêts au sens du présent arrêté grand-ducal existe lorsqu'un membre du Gouvernement a un intérêt personnel qui pourrait influencer indûment l'exercice de ses fonctions en tant que membre du Gouvernement“, kann aus dieser Sicht nur der Geistesblitz weltfremder Staatsbeamter mit Einkommens- und Beschäftigungsgarantie sein.



Xavier Bettel als Aushilfskraft in Corinne Cahens Schuhgeschäft im Wahlkampf 2013. Er ist heute Premierminister, seine Kundin, DP-Ehrenpräsidentin Colette Flesch, ist seit 2014 eines der drei Mitglieder des Comité d'éthique

um Zeit zu gewinnen und politischen Druck abzulassen. Die drei nach dem Parteiproporz ausgewählten Politveteranen sollen darüber befinden, ob sich eine Ministerin in ihrem Amt für ihr Schuhgeschäft einsetzen darf und ob Regierungsmitglieder nicht nur Ertragshäuser, sondern auch eine möblierte Wohnung über AirBnB vermieten dürfen.

Corinne Cahen besitzt ein Schuhgeschäft im hauptstädtischen Bahnhofsviertel. Chaussures Léon ist ein vor bald einem Jahrhundert gegründeter Familienbetrieb, der während des Kriegs „arisiert“ worden war. Als sie Ministerin wurde, trat sie die Geschäftsführung an ihren Le-

Gewerkschaft der Ladenbesitzer hält und dessen Präsidentin sie einst war. Darin beschwerte sie sich, dass der Verband tatenlos zusehe, wie Geschäfte im hauptstädtischen Bahnhofsviertel durch die Straßenbahnbaustelle vor ihrer Tür in den Ruin getrieben werden.

Sie schrieb auch von ihrem Einkommen, ihrem Schuhgeschäft und ihren Ausgaben. Wenn man Geld hat, heißt es in der DP, redet man nicht davon. Aber wenn man jeden Monat das Geld zusammenkratzen musste, um Löhne zu zahlen, schreibt man offenbar sogar als Ministerin darüber: „En ce qui me concerne, vous savez très bien que je n'ai pas besoin du magasin pour avoir



Schluss der Emlal vom 11. April 2019 an den hauptstädtischen Geschäftsverband

Spanien nach den Parlamentswahlen

Koalition gegen Rechts



Die Plattform „demokratischer Tsunami“ verzichtete auf eine Störung des Wahltages, legte aber 30 Stunden lang den wichtigsten spanisch-französischen Grenzübergang lahm

Chrëscht Beneke, Barcelona

Die aus der Bewegung gegen Zwangsräumungen 2015 zur ersten Bürgermeisterin Barcelonas aufgestiegene Ada Colau resümierte die vierte spanische Wahl in vier Jahren in einem einzigen, fordernden Tweet: „Keine demokratische oder progressive Person kann heute zufrieden sein. Die Rechtsextremen rücken wegen der Unfähigkeit der Linken vor. Pedro, deine Wahlen sind gescheitert. Entweder die Linken bilden eine breite Front, oder wir fahren alle zur Hölle.“ Dabei ist derzeit in keiner anderen europäischen Demokratie die Blockbildung zwischen links und rechts so ausgeprägt. Nicht erst mit der Öffnung des

Grabes des 1975 gestorbenen Francisco Franco vor wenigen Wochen taten sich in Spanien Gräben auf. Während zwei Drittel der Spanier die von Premierminister Sánchez vorangetriebene Überführung des Diktators aus dem pompösen „Tal der Gefallenen“ in ein privates Grab befürworten, beschwerten sich neun von zehn Anhängern der konservativen Partido Popular, das würde nur wieder alte Wunden aufreißen.

In einem faktischen Zweiparteiensystem sichern sich diese, respektive die von Franco-Getreuen gegründete Vorgängerpartei, und die Sozialdemo-

kraten der PSOE unter Hilfe von baskischen oder katalanischen Regionalparteien vier Jahrzehnte lang abwechselnd die Macht. Erst durch die Weltwirtschaftskrise kam es mit massiven Protesten gegen eine harte Austeritätspolitik und politische Korruption Anfang 2014 zur Gründung einer dritten großen Partei. Als Reaktion auf die in Umfragen hochschnellenden linken Podemos halfen aufgeschreckte Wirtschaftskreise die katalanische Anti-Separatismus-Partei als liberale Alternative Ciudadanos (C's) national zu etablieren. Doch verlieren diese am Sonntag 47 ihrer 57 Sitze und ihre daraufhin zurückgetretene Leader-Figur Albert Rivera.

Dieser hatte sich in der dominierenden Katalonien-Frage verfangen. Seit dem Urteilsspruch im Gürtel-Korruptionsskandal und dem folgenden Misstrauensvotum gegen Premier Mariano Rajoy (PP) Mitte 2018 versuchen sich PP, C's und die rechtsradikale Vox in der Katalonien-Frage gegenseitig rechts zu überholen. Eine Zweierkoalition aus Liberalen und Sozialdemokraten mit einer 180 Stimmen Mehrheit schloss er nach der Wahl im April wegen deren angeblichen Nähe zu den katalanischen Separatisten kategorisch aus. Der liberale Wähler aber fragte sich, warum er eine Partei der Mitte braucht, die die Möglichkeit zum Regieren nicht nutzt. Und wanderte zurück zu der im April abgestürzten PP, aber vor allem der radikalen Vox.

Mit einer gemeinsamen Demonstration gegen den Katalonien-Kurs von Sánchez und regionalen Dreierkoalitionen haben die Liberalen und Konservativen eine Alternative rechts der PP innerhalb eines Jahres erst salonfähig gemacht. Als großer Wahlsieger springt die fremden- und frauenfeindliche Vox von 0,2 Prozent 2016 auf rund 15 Prozent und 52 Abgeordnete. Vor allem diese Gefahr von rechts mobilisierte vom Taktieren frustrierte Wähler, um PSOE und Podemos eine zweite Chance zur Regierungsbildung zu geben. Trotz insgesamt zehn Abgeordneter weniger einigten sich Premier Pedro Sán-

Derzeit ist in keiner anderen EU-Demokratie die Blockbildung zwischen links und rechts so ausgeprägt wie in Spanien

chez und Pablo Iglesias innerhalb eines Tages auf eine Koalition und selbst der zuvor so umstrittene Vizepremierposten für Podemos war kein Problem mehr. Zur absoluten Mehrheit fehlen jedoch nun 21 der 176 nötigen Stimmen.

Aktuell bleiben zwei Optionen: Entweder unterstützen die derzeit kopflosen zehn C's mit einigen regionalen Parteien diese progressive Regierung und begrenzen den Einfluss der katalanischen Separatisten. Oder die pragmatischere linke ERC aus Katalonien enthält sich mit ihren 13 Stimmen im zweiten Wahlgang, bei dem das Verhältnis der Ja- zu Neinstimmen zählt, der progressive Block einen Vorsprung von 157 zu 152 Stimmen auf die Rechten hat und sich die restlichen neun Regionalparteien 28 Sitze teilen.

Dabei zeigt sich die Spaltung von Spanien besonders an Katalonien. Während das Urteil zum *Procés* ohne zurückbehaltene Rebellion oder Gewalt das rechte Lager in Spanien als zu schwach empört, empfinden

es viele Katalanen als überharte Rache gegen ihre Regierung. Auch deshalb gewinnen die Separatisten mit der ERC und ihrem zu 13 Jahren Haft verurteilten Chef Oriol Junqueras, den Anti-Kapitalisten der CUP und der rechtskonservativen JxCat eines Carles Puigdemont einen weiteren Sitz auf insgesamt 23. Das zentralistische Lager von PP, C's und Vox erhält hingegen nur je zwei Sitze. Immerhin ein Drittel der Stimmen oder 19 Sitze für die gemäßigten Positionen der Sozialdemokraten und Podemos zeigen jedoch, dass die Polarisierung innerhalb Kataloniens weniger stark ist, als es der eskalierte Konflikt der vergangenen Jahre vermuten lässt.

Laut ihrem Positionspapier will die wahrscheinliche künftige Regierung das Zusammenleben und eine politische Normalisierung in Katalonien garantieren und den Dialog, sowie das gegenseitige Verständnis im Rahmen der Verfassung verstärken, sowie die Autonomie aller spanischen Regionen verbessern. Bei dem ganzen Fokus auf Katalonien geht meist unter, dass die progressive Regierung in ihrem Programm auch zehn politische Prioritäten aufgestellt hat: Arbeitsplätze, Korruption, Klimawandel, Stärkung der PME und Selbstständiger, Anerkennung von Rechten wie einen würdigen Tod oder die historische Erinnerung, Stärkung von Kultur und Sport, feministische Positionen, Entvölkerung ganzer Landstriche, Steuergerechtigkeit und budgetäre Ausgeglichenheit.

Im Idealfall könnte eine wacklige Minderheitsregierung mit erfolgreicher progressiver Politik und einem Dialog in Katalonien mittelfristig sogar die dortige seltsame Koalition von rechten und linken Separatisten aufbrechen. Und Spanien aus der katalanischen Sackgasse in die politische Normalität führen. Historisch wird das Bündnis von manchen Medien aber bereits jetzt genannt: Erstmals seit 80 Jahren und dem Putsch von Francisco Franco gegen die zweite spanische Republik kommt es in Spanien voraussichtlich zu einer Koalition in der Regierung.

EU und Türkei

Leere Drohungen

Cem Sey, Berlin

Die Europäer steigen gegen Ankara in den Ring. Weil Ankara auf den Hoheitsgewässern des EU-Mitglieds Zypern unbekümmert Bohrschiffe kreuzen lässt, rüstet sich Brüssel für die Verhängung von Sanktionen gegen türkische Verantwortliche. Doch das Regime lässt in Ankara sich davon nicht beeindrucken.

Alles fing vor einigen Jahren mit der Entdeckung von Erdgasfeldern im östlichen Mittelmeer an. An sich sind die neugefundenen Reserven auf dem Weltmarkt bedeutungslos. Doch für Zypern, das bisher kaum über eigene Energiequellen verfügte, sind sie im wahrsten Sinne Gold wert. Auch weitere Länder im östlichen Mittelmeer zeigten Interesse. Es entstand eine Zusammenarbeit zwischen Zypern, Israel, Ägypten und weiteren Ländern mit dem Ziel, die Gas-Reserven gemeinsam auszubeuten und mit einer Pipeline nach Europa zu exportieren.

Mit dieser bisher nie dagewesenen Kooperation scheuchten die Partner jedoch die Türkei auf. Denn ihre Partnerschaft legt berechtigt Zeugnis ab von Ankaras diplomatischer Isolation in der Region. Die Pläne, welche den gemeinsamen Bau von Pipelines vorsehen, um mit dem Gas auch irakisches Erdöl nach Europa pumpen zu können, unterminieren zudem Ankaras eigene Pipeline-Träume. Denn die Türkei verfolgt seit Ende der 1990-er Jahre die Vision, ein lukrativer Energie-Hub für die EU zu werden.

Ankara beeilte sich, in Reaktion auf die Pläne seiner Nachbarn zu erklären, die neuen Erdgasreserven steckten im türkischem Kontinentalsockel. Außerdem hätten auch türkische Zyprioten ein Recht darauf. Seitdem vertreiben türkische Kriegsschiffe nicht nur zypriotische Schiffe aus den umstrittenen Gewässern, sondern auch die Schiffe internationaler Energiefirmen. Längst bohren türkische Förderschiffe, geschützt durch die türkische Marine, nach Erdgas.

Brüssel will nun Sanktionen gegen Personen und Unternehmen verhängen, die für diese als illegal angesehenen Bohrungen verantwortlich sind. Doch die europäische Reaktion ist zaghaft. Die Maßnahme ergeht sich zunächst in der Schaffung eines rechtlichen Rahmens für Sanktionen nebst einer Blanko-Liste. Wann und ob die Liste überhaupt gefüllt werden wird, vermag noch niemand zu sagen.

Die Türkei zögerte nicht lange und schickte der EU einen ganz besonderen Gruß. Gleich nach dem europäischen Beschluss folgte die Entscheidung, IS-Kämpfer und deren Fa-

milienangehörige mit europäischen Pässen abzuschieben, die die türkische Armee in Syrien aufgelesen hatte. Die ersten IS-Anhänger sollen demnächst in Deutschland und anderen EU-Staaten ankommen. Mag sein, dass dieser Schritt Europa kaum wehtun wird. Das Regime in Ankara hat jedoch eine noch großkalibrigere Waffe parat. Wohlwissend, dass den Europäern zum Thema Flüchtlinge nicht viel mehr einfällt als die Grenzen zu schließen, droht Ankara seit Monaten, seine Grenze zur EU für die knapp 3,5 Millionen Flüchtlinge im Land zu öffnen.

Es kann daher nicht sehr verwundern, dass das Regime in Ankara die Drohgebärden aus Brüssel nicht sonderlich ernst nimmt. Zunächst sieht der türkische Autokrat Recep Tayyip Erdogan, dass die Europäer bisher selbst völkerrechtswidrige militärische Aktionen der Türkei mit nur folgenlosen Meckern hingenommen haben. Weder die Besetzung Afrins, noch der jüngste Überfall auf kurdisch-kontrollierte Gebiete in Syrien zogen ernsthafte Sanktionen nach sich.

Noch mehr freut sich die Türkei über die meist bei Konservativen in Europa anzutreffende Überzeugung, dass die Türkei für immer und ewig bereit sein wird, die Südostflanke Europas zu verteidigen, ohne dafür jemals in die EU aufgenommen zu werden.

Sondern sich mit Geldzahlungen begnügen werde. Eine Überlegung, die türkische Analysten fröhlich schmunzeln lässt. Denn genau diese Fehlannahme nutzt das türkische Regime aus. Während Ankara die EU gerne im Glauben lässt, man wolle unbedingt in die Gemeinschaft, verfolgt das Regime in Wahrheit recht konsequent sein Ziel, schnell zu einer selbstständigen Regionalmacht zu werden.

Außerdem hat Ankara noch zwei Asse im Ärmel: Europäische Unternehmer haben bereits sehr viel in das kapitalistische Paradies Türkei investiert und würden dies gerne künftig, ungeachtet der Menschenrechtsproblematik, weiterhin tun. Und: Türkische Außenpolitiker wissen, dass türkischstämmige Bürger in zahlreichen EU-Ländern eine wachsende Minderheit darstellen, die bei Bedarf manipuliert und aufgewiegelt werden könnte.

Zu guter Letzt unterstützen europäische Problem-Staaten wie Ungarn gerne türkische Interessen. Budapest blockierte so bereits seit Monaten die nun Gestalt annehmende Brüsseler Sanktionsidee. Vor diesem Hintergrund ist es eher unwahrscheinlich, dass sich Ankara von Brüsseler Blanko-Listen aus dem Konzept bringen lassen wird. Stattdessen, so ist anzunehmen, wird zunächst einfach mal weitergebohrt.

Plus de recul

Découvrez le Lëtzebuurger Land en vous abonnant gratuitement durant un mois.

land@land.lu
www.land.lu
téléphone 485757-1

Neben der Androhung, Flüchtlinge in die EU zu schicken, hat Ankara noch weitere Asse im Ärmel

.....

13 000 000

ticker

.....

Quand les gilets jaunes inquiètent



Le Statec a convié, lundi pour la pause déjeuner, un panel de spécialistes des inégalités dans le petit auditorium du Cercle Cité. L'objectif : anticiper et éviter d'éventuels mouvements contestataires violents, à l'instar de ceux connus en France avec les gilets jaunes, ou la montée des populismes qui nourrissent les succès de l'AfD en Allemagne, le mouvement Cinq étoiles en Italie ou de Donald Trump aux États-Unis, soit « des signes d'un mécontentement que nous ne mesurons pas », a résumé le directeur de l'institut de la statistique et modérateur du jour, Serge Allegrezza. Le taux de pauvreté s'avère élevé au Luxembourg, autour de 18 pour cent, comme en Grèce et au Portugal, relève le statisticien, mais le pays ne souffre pas de tendances extrémistes, a priori. Y-a-t-il quelque chose qui couve ? Se demande-t-il en somme avant la parution en 2020 du seizième rapport sur la cohésion sociale au Grand-Duché. Alors quoi de mieux pour parler détresse sociale que d'inviter un sociologue français ? François Dubet, qui a récemment publié *Le temps des passions tristes*, (« toutefois écrit avant les gilets jaunes », précise-t-il, « même s'ils ont bien servi mon propos ») s'y colle. Le sociologue de l'Université de Bordeaux (aussi celle d'un maître en la matière, Émile Durkheim) relève ainsi la fin d'un régime d'inégalités de classes qui permettait la paix sociale. Les ouvriers vivaient entre eux d'un côté, de l'autre les bourgeois, et régnait l'idée selon laquelle la domination d'un groupe sur l'autre était immuable. Mais le monde du travail et de l'emploi salarié ont volé en éclats, tout comme la société westphalienne (cantonnée à son État-nation, maître des politiques régaliennes et monétaire). « Les élites, les vraies, ont fait sécession. C'est plus monsieur Wendel qui dirige l'entreprise depuis sa colline », commente le

chercheur qui a, dans le passé, travaillé sur la Lorraine sidérurgique. Chacun se trouve (les concepts de perception ou de représentation prévalent) maintenant un, voire plusieurs clivages. « Les gens sont traversés par plusieurs inégalités », analyse François Dubet si bien « que si l'égalité objective a cru, l'inégalité subjective a explosé ». Face à cela, la politique répond par l'abandon des politiques universelles et l'adoption de mesures focalisées sur des groupes, des couches de la société. « Cela crée un régime de concurrence des pauvres », assène le sociologue dans un style franc du collier qui heurte parfois l'assemblée qui s'est présentée en masse (le public est venu plus nombreux que les réponses aux invitations ne le laissaient entrevoir, phénomène rare qui atteste du bien-fondé de la formule). François Dubet interprète : « Bernard Arnault (un milliardaire français), je ne l'aime pas beaucoup, mais je le croise beaucoup moins que la BMW de mon voisin... qui elle me rend nerveux ». Cette jalousie, ce sentiment d'injustice, est entretenue au Grand-Duché par les inégalités de patrimoine, dixit Louis Chauvel, autre éminence académique française, mais qui, professeur à l'Université du Luxembourg, adapte son propos aux spécificités locales. L'intéressé voit « le patrimoine comme lieu de tension entre personnes égales par ailleurs ». L'injustice vient par « celles et ceux qui héritent de petits terrains qui vont tout changer », dit-il. Une fatalité pour Robert Urbé, rédacteur du *Sozialalmanach* de Caritas. Et les politiques ne vont pas changer la donne, croit-il, car une grande partie de leur électorat est concernée et que tous les autres, qui participent à la richesse du pays depuis les trois dernières décennies d'augmentation des prix de l'immobilier, résidents étrangers et frontaliers, sont exclus du vote. C'est le fait saillant de « l'exception luxembourgeoise », convoquée à plusieurs reprises ce lundi. pso

Le Beirat « all star » de Raiffeisen irrite

Une semaine après sa première réunion, le *Beirat* suscite la contestation. La banque mutualiste Raiffeisen travaillait depuis plusieurs mois à l'érection de cette assemblée qui ferait le relais entre les clients et le conseil d'administration. « La participation

démocratique est profondément enracinée dans notre ADN », justifie Michelle Vallenthini, secrétaire générale de Raiffeisen et cheville ouvrière du *Beirat*, dans une vidéo publiée sur le site internet de la banque. L'organe de consultation composé de vingt membres, réunis pour la première fois le 8 novembre, doit « représenter la société luxembourgeoise » et matérialiser la « proximité » avec les quelque 36 000 clients de l'établissement, toujours plus nombreux selon la direction. Voici sa composition : Manuel Baldauff (expert en finance), Lucien Clesse (membre du conseil d'administration de Raiffeisen), Carlo Harpes (entrepreneur en sécurité informatique et ancien de Cetrel), Marc Hemmerling (expert à l'ABB, ancien de Cetrel), Marc Hentgen (banquier, anciennement directeur d'Advanzia), Carlo Hess (agriculteur, membre du CA), Patrick Koster (membre du CA), Frank Linster (entrepreneur du tourisme), Carole Muller (directrice générale de Fischer), Simone Polfer (conseiller de direction première classe au ministère de l'Économie), Martine Schaeffer (notaire), Lisa Schon (stagiaire dans un cabinet d'avocats), Camille Schrenger (membre du CA), Fabio Secci (directeur général de la CMCM), Jean-Martin Stoffel (directeur de fiduciaire), Paul Sunnen (directeur de fiduciaire, membre du CA), Nathalie Sutor (enseignante), Marc Vanolst (inspecteur des Finances) et Christianne Wickler (entrepreneuse de la grande distribution).

« Le *Beirat* réunit des compétences très diverses, je suis certain que nous pourrions profiter de l'expertise de ses membres et de leurs propositions », se réjouit Guy Hoffmann, numéro un de la banque, mais aussi du lobby bancaire luxembourgeois, l'ABB. C'est là que le bât blesse. Selon nos informations, en coulisses, des banques de détail, membres de l'association, se plaignent de la présence dans le *Beirat* de l'expert du lobby bancaire pour les questions de paiements et de services digitaux Marc Hemmerling. « En dehors des mandats exercés pour compte de l'association, les membres du comité de direction ne peuvent exercer aucune activité de professionnel financier, d'administrateur ou de gérant de société du domaine bancaire et financier », dit le règlement d'ordre intérieur de l'ABB.

Marc Hemmerling ne siège plus au « management board » depuis 2016. Il ne porte pas atteinte à la règle *stricto sensu*. Faut-il considérer que siéger au *Beirat* (organe sans existence juridique) trois fois par an revient à « administrer une société du domaine bancaire » ? Toujours est-il que pour les banques inquiètes, parmi les principales du marché, Marc Hemmerling a eu connaissance en tant qu'expert de l'ABB des stratégies digitales et que sa présence au *Beirat* n'est pas souhaitable. Contactée, Raiffeisen indique ne pas avoir connaissance de telles réactions. Un changement de la composition du *Beirat* n'est pas à l'ordre du jour. pso

Feu vert des eurodéputés pour Joëlle Elvinger



La candidate du gouvernement au poste de membre de la Cour des comptes européenne sur le ticket luxembourgeois, Joëlle Elvinger (DP), a obtenu mardi l'assentiment de la Commission du contrôle budgétaire du Parlement européen, avec 19 voix favorables (cinq contre). Les députés strasbourgeois bruxellois l'entendaient sur ses motivations pour contrôler la bonne exécution du budget européen dans l'institution basée au Kirchberg, mais aussi sur ses éventuels conflits d'intérêts (*d'Land* du 11.10.2019). Joëlle Elvinger est députée (depuis 2013), avocate d'affaires, et fille de René Elvinger, entrepreneur à succès avec Cebi (composants pour l'électroménager et l'automobiles), entreprise dont elle est administratrice. Elle est aussi petite fille de « cultivateur » à Walferdange. Sachant que la terre locale

euros : c'est ce que valent, en moyenne, les terrains et immeubles détenus par chacun des 105 principaux propriétaires à Dudelange. À qui appartient Dudelange ? Pour son article, paru dans le dernier numéro du *International Journal of Housing Policy*, Antoine Paccoud a fait un travail de bénédictin, fouillant à travers 70 années de données cadastrales et d'actes notariés. Sa conclusion : À Dudelange, le top 1 pour cent (72 individus et sociétés) détient 21,6 pour cent des terrains constructibles (mais seulement 5,7 pour cent des appartements). L'immobilier y reste dominé par des *insiders*, une poignée de latifundiaires locaux. Les grands promoteurs nationaux et internationaux jouent les seconds rôles : « The ownership of land in Dudelange is predominantly in the hands of private individuals and the origin of this land seems to be primarily from farming operations. [...] There is little incentive for landowners to sell their land in a context in which property taxes are extremely low and there is no inheritance tax for transfers between spouses or between parents and their children. This makes it very difficult for investment firms (and property developers) from outside of the area to acquire land. » Antoine Paccoud constate une stratégie d'accumulation sur plusieurs générations. « It is also striking that landowners have been so active in drawing on the planning apparatus to maximize the value of the land they do decide to sell off. » En fouillant dans les archives du ministère de l'Intérieur, Paccoud a reconstruit la genèse administrative et financière des six principaux projets dans l'immobilier résidentiel à Dudelange des dernières cinquante années. Son constat : « A small set of tightly connected landowners and developers [...] have been able to expand their property wealth through the control of the production of the residential environment. » bt

s'est transformée en or au cours des dernières décennies, la famille a accumulé un certain capital et des actifs immobiliers dans une société domiciliée à Sainte-Maxime en France, où elle jouit d'une somptueuse villa (le yacht familial est lui géré et financé via une filiale de Cebi). Joëlle Elvinger est actionnaire de cette société. Elle ne l'évoque ni dans sa déclaration d'intérêts à la Chambre, ni dans les réponses aux questions des députés européens. Mais elle fait tout, souligne-t-elle mardi devant le la Cocobu, « conformément au code de déontologie ». Ainsi à l'invitation de détailler ses participations et celles de ses proches dans des sociétés commerciales ou de holdings dans les questions écrites des eurodéputés, Joëlle Elvinger répond : « Personnellement, je ne détiens pas de participation dans une société commerciale ou dans une société de participation financière. » Et c'est vrai. La sarl (donc une société commerciale) qui loge les actifs familiaux, entre 1994 et 2017 au Grand-Duché puis à partir de 2017 en France, a changé de statut en mai 2018. Il s'agit dorénavant d'une société civile immobilière (SCI). pso

« Bons et loyaux services »

« Après presque vingt ans de bons et loyaux services [...] le conseil de l'ABB remercie Monsieur de Cillia pour son travail et son engagement et lui souhaite le meilleur pour le futur », écrit le lobby bancaire ce mercredi dans un communiqué de presse. Lisez : « Merci beaucoup, on te vire ! » L'ABB n'y a pas mis les manières ; un phasing-out, plus discret et moins disruptif, aurait au moins permis de sauver les apparences. Suspendu depuis quelques semaines, De Cillia n'en revient pas. Contacté par le Land, il se dit « surpris » de la manière « wéi dat iwuert d'Bühn gang ass ». Et de « regretter » qu'à deux reprises il aurait dû apprendre par la presse ce que le CA de l'ABB lui réservait comme sort (une première fois via Reporter.lu, une seconde fois via le communiqué susmentionné). Surtout, le conseil de l'ABB ne lui aurait toujours pas communiqué les motifs de son licenciement, dit De Cillia.

Pour l'instant, aucune solution de succession ne semble se profiler en interne. Du coup, c'est un ancien



président de l'ABB, Yves Maas, qui remonte au front. Cette fois-ci comme « directeur par intérim ». Le choix peut surprendre. Car en tant que président du lobby bancaire (2014-2018), Maas avait été très discret, voire carrément effacé. Mal à l'aise avec la presse, il était inaudible vers l'extérieur. Revenu de la centrale de Zurich pour diriger Credit Suisse Luxembourg (ce qui s'apparentait déjà à une régression dans l'organigramme du groupe), Maas apparaissait dès le début comme un candidat par défaut. En 2017, il quitte son poste de CEO de Credit Suisse Luxembourg pour en prendre la présidence, et se retrouve donc loin des affaires courantes. Cela avait fait de lui le premier président de l'ABB à ne pas être directeur général d'une banque. bt

Mahle plie bagage. Delphi annonce un plan social. Quelle est la gravité de la crise traversée par les équipementiers automobiles ?

Le coup de la panne

Pierre Sorlut

Je t’aime... moi non plus La relation qu’entretiennent les Luxembourgeois à l’automobile vire à l’ambivalence. L’amour d’abord. L’engagement frénétique dans le véhicule, symbole de réussite sociale ou simple outil de mobilité pour citoyen excentré, se traduit par un parc automobile sans égal à l’échelle européenne. Le Statec recense 415 145 voitures particulières à usage mixte en 2019. Selon les calculs du lobby automobile européen, l’ACEA, le Luxembourg compte 750 voitures pour mille habitants. Le pays domine un classement où la moyenne européenne s’établit à 602 unités. Le parc automobile local relève en sus d’une qualité notable avec une forte proportion de modèles de luxe, notamment 90 Maserati et 76 Ferrari immatriculées en 2018. Avec 860 unités vendues l’an passé, Porsche talonne Nissan à la quinzième place du classement des marques. Le *Stuttgarter Rössle* capitalise avec ses pairs du luxe sur des *leasing* toujours plus conséquents. Le rapport annuel KPMG sur le secteur, véritable bible en la matière puisqu’il appuie les statistiques publiques sur des études de marché, révèle que le budget auto mensuel d’un cadre s’établit entre 500 et 3 000 euros, entre 700 et 4 200 euros pour un directeur général.

L’on continue d’acheter plus de voitures. La croissance des ventes fluctue autour de trois pour cent localement. En Allemagne, la croissance en 2018 s’est limitée à 1,5 pour cent l’an passé, à 1,1 pour cent en Belgique et elle a chuté de 0,2 pour cent en France. Voilà entre autres pourquoi l’âge moyen d’un véhicule plafonne à six ans au Grand-Duché, quand il s’élève à onze ans en moyenne dans le reste de l’Union européenne. La voiture-objet est ainsi sacralisée jusqu’à l’excès, telle la Mercedes sur son piédestal devant la Philharmonie, que l’ancien fonctionnaire et rédacteur en chef du *Quotidien*, Victor Weitzel, qualifie non sans humour sur Twitter de « veau d’or ».

Clusterfuck L’amour porté à l’automobile et le marché dont elle fait l’objet localement n’empêche pas le Luxembourg de tomber dans la crise qui affecte le secteur au-delà des frontières... ce qui conduit le patron du lobby national dans les pages de l’hebdo (grand public !) *Télécran* ce mercredi. Comme le magazine télé du *Wort* le détaille, le secteur des équipementiers (le pays ne compte pas de constructeur) emploie 9 000 personnes et englobe une cinquantaine d’entreprises. Deux d’entre elles licencient.

Cette semaine, les syndicats ont informé que Mahle, un groupe allemand basé à Stuttgart, prévoyait de quitter le Grand-Duché, purement et simplement. Le site spécialisé dans la recherche et le développement de compresseurs pour climatisation se videra de ses 78 employés d’ici mi-2021. Ce « location adjustment », selon les termes utilisés par l’entreprise dans une communication datée du 26 octobre, s’intègre dans un plan de « global alignment ». Trois autres implantations de l’équipementier sont affectées : à La Loggia et Saluzzo en Italie (où finiront de travailler 450 personnes en tout) ainsi qu’à Rouffach en France (où 240 emplois sont concernés).

Ce géant de l’automobile avec ses presque 80 000 employés répartis dans trente pays, son chiffre d’affaires de quasiment treize milliards de dollars et son bénéfice opérationnel de 614 millions d’euros (262 en 2017, 228 en 2016) était arrivé au Grand-Duché en 2015 quand il avait repris la division « Thermal » à son concurrent Delphi. Mahle élargissait alors son offre avec les climatisations. Le site luxembourgeois est un centre technique (et de profit). Il fournit des services d’essai et de recherche pour les filiales du groupe qui le requièrent ainsi que pour certains constructeurs... comme Ferrari et Maserati. Un plan social avait été entrepris en 2017 et avait laissé d’autres filiales du groupe reprendre en main certaines de ses activités (un tiers de son chiffre d’affaires, vers la Pologne notamment), tout comme sa propriété intellectuelle, vendue la même année. Avec le recul, il semblerait que le groupe n’ait jamais eu l’intention de s’intégrer au Grand-Duché. Son logo ne figure d’ailleurs pas parmi ceux des membres de l’Ilea (Industrie luxembourgeoise des équipementiers automobiles). Un soupçon que partagent les syndicats. La société a tout simplement été vidée de sa substance, « en dépit des engagements » proteste Marc Kirchen, secrétaire syndical du LCGB. Syndicats et patronat se sont rencontrés mercredi toute la journée dans les locaux de la société.

Descendance non reconnue Le site de Delphi à Foetz était tombé dans l’escarcelle de Mahle à la faveur d’une acquisition globale. L’entreprise constitue à ce titre une sorte d’exception dans le paysage des équipementiers luxembourgeois. Dans l’ensemble, les sociétés actives dans la conception de pièces pour l’automobile sont arrivées au Grand-Duché avec un intérêt bien senti, qu’elles soient nées avec des capitaux nationaux (comme IEE créée en 1989 à Echternach se spécialise dans la sécurité) ou étrangers. Elles associent d’ailleurs présence industrielle locale aux opérations financières interna-

Les constructeurs ressentent l’incertitude liée au dieselgate, à la décarbonisation, à l’interdiction de circuler aux véhicules diesel et à l’électrification progressive

tionales. Une petite étude comparative des rapports annuels des équipementiers au Registre de commerce permet d’attester de bilans lourds de plusieurs milliards d’euros avec des filiales en Europe de l’Est, en Asie ou en Amérique du Sud. Il s’agit souvent (selon la liste des 25 membres de l’Ilea publiée sur son site) de grands groupes internationaux, comme le concepteur de robots japonais Fanuc. Le plus emblématique est bien-sûr Goodyear. Le producteur de pneus est arrivé en 1949 en marge du plan Marshall. Il figure au septième rang des principaux employeurs du pays avec plus de 3 400 collaborateurs. L’accueil de ces sociétés tient à un certain volontarisme politique. Outre les dispositions naturelles du pays pour la structuration fiscale internationale, de généreuses aides étatiques à la recherche et au développement (dont les critères d’éligibilité ont un temps été plutôt lâches) compensaient un coût du travail plus élevé que dans les pays voisins. Puis le Luxembourg s’établit au carrefour des marchés et des usines des constructeurs, pour beaucoup dans le Nord-Est de la France, en Belgique ou dans l’Ouest de l’Allemagne.

Ces vingt-trente dernières années, le secteur a connu son lot de crises. L’érosion des marges a poussé certains, comme le producteur de batteries Accumalux, à réaliser une partie de la production à l’Est (en l’occurrence en République tchèque dès 1997). Mais celle liée au changement du moteur thermique à l’électrique, associé à d’autres externalités, semble changer la donne pour de bon. Le plan social réclamé par les syndicats suite à l’annonce le 31 octobre par Delphi d’une restructuration au niveau du groupe, qui concerne la filiale luxembourgeoise, en est l’un des stigmates. « Cela va être le cinquième plan de restructuration en dix ans, mais cette fois la frustration et l’incertitude sont encore plus grandes. Surtout que c’est silence radio depuis », témoigne Anne, salariée chez Delphi Technologies. Le groupe d’origine britannique fêtera ses cinquante années de présence en 2021 avec la clôture d’un plan social massif. Environ 200 emplois (sur les 500 au total des filiales locales de la société) seront affectés. Les divisions « Fuel Injection Systems » et « Powertrain Systems » sont visées dans cette restructuration qui concerne là encore tout le groupe.

It’s complicated La tendance est mondiale. Le secteur fait face à de gros changements. Il faut concevoir (de façon tout à fait théorique) la chaîne de consommation d’un bout à l’autre, de la demande aux premières étapes de la conception. En 2007, un résident à Virton disposant d’un budget de 30 000 euros achetait sans trop se poser de questions une Passat diesel pour se rendre quotidiennement au travail à Luxembourg et de temps en temps à Bruxelles. La réflexion est tout autre aujourd’hui avec les révélations du dieselgate, la décarbonisation soutenue par les politiques, l’interdiction de circuler aux véhicules diesel ne répondant pas aux nouvelles normes, la démocratisation (très progressive) des modèles électriques, les incitants fiscaux pour faciliter leur acquisition... sans oublier les problématiques de circulation et la hausse du prix de l’essence. Notre persona envisagera peut-être le transport collectif ou un changement de mode de vie (déménagement, télétravail, etc.). Les constructeurs perçoivent l’incertitude. Et alors que beaucoup avaient massivement investi dans le développement de modèles diesel réputés propres, les manipulations de Volkswagen et la campagne médiatique consécutive ont bouleversé l’industrie. Se jeter à corps perdu dans l’électrification ne paraît pas non plus si évident du fait des coûts technologiques et des limites énergétiques. Quand les constructeurs souffrent de l’attentisme, toute la chaîne subit. Par exemple, si la Ford Focus se vend mal, Faurecia, le fournisseur de joints isolants à Lentzweiler toussoie, de même que son voisin et prédécesseur dans la chaîne Tarkett. Le marché sature. L’électrification des véhicules n’améliorera pas la situation des équipementiers. « L’industrie automobile reconnaît que pour développer et fabriquer une voiture électrique, il faut globalement trente pour cent de personnel en moins. Les équipementiers sont donc malheureusement touchés eux aussi », témoigne Ludovic Balon, ingénieur chez Mahle.

De Gainsbourg à la K-Pop « De Rolls Royce à Lada, tout le monde doit s’adapter », explique Bruno Magal, responsable du département automotive chez KPMG. Tous les équipementiers seront touchés d’une manière ou d’une autre par les changements affectant le marché. « L’impact dépendra du produit. » Et un manufacturier adapte souvent sa chaîne de production à son principal client, un modèle de voiture particulier. Changer de cheval implique une mécanique complexe. On s’inquiète surtout aujourd’hui de la manière d’accompagner le changement. Michèle Cloos, secrétaire centrale à l’OGBL, pointe du doigt les méthodes « à l’américaine » comme chez Delphi avec un avenir du site qui se décide ailleurs par « des personnes qu’on n’a jamais vues ». La syndicaliste privilégie le maintien dans l’emploi « aux tas de billets déposés sur la table pour que ce soit vite terminé ». Et l’on en vient à regretter le manque de décideurs luxembourgeois. Bien que quelques-uns demeurent comme chez Accumalux, Cebi ou Hitec.

Les Cassandres font entendre leurs voix. « Ces ingénieurs, mécaniciens, électroniciens, qui vont être mis à la porte... quel est leur futur ? Il ne va pas y avoir une offre d’emploi pour eux au Luxembourg où ils ont maintenant leur famille », prédit Anne. Puis il y a les optimistes. Bruno Magal explique ainsi que les industries ont besoin de temps pour s’adapter. Est-ce un cas de destruction créatrice schumpétérienne ? Le cluster « automobility » travaille à la reconversion du secteur via des technologies innovantes, notamment liées à la conduite autonome. Le campus *automotive* de Bissen devrait rassembler les bons élèves, tels IEE et Goodyear, déjà installés sur les quatorze hectares mis à disposition. Le ministre de l’Économie, Étienne Schneider (LSAP), souligne en sus ce jeudi dans une réponse à question parlementaire que nombre d’investissements ont été réalisés localement ces dernières années (comme Carlex, repreneur de Guardian) pour une industrie automobile nouvelle génération. Et Julian Proffitt, président de l’Ilea dans son entretien avec *Télécran* de résumer: « Wir konkurrieren mit Shanghai und Seoul. »



Les négociations entre la direction et les syndicats ont commencé mercredi sur le site de Mahle à Foetz, symbole d’une industrie au carrefour de la problématique énergétique

Le FMI et l’OCDE s’inquiètent du montant de la dette privée

L’endettement des entreprises à un niveau record

Georges Canto

Dans une de ses premières interventions en tant que directrice générale du Fonds monétaire international (FMI), la Bulgare Kristalina Georgieva s’est inquiétée du montant colossal de l’endettement mondial. Il atteint désormais le montant record de 188 000 milliards de dollars, soit environ 230 pour cent du produit intérieur brut mondial, en hausse de 14,6 pour cent depuis avril 2018 !

Pendant longtemps, la dette des États préoccupait davantage le FMI (le cas de la Grèce en 2015 est dans toutes les mémoires). Kristalina Georgieva partage d’ailleurs toujours quelques craintes à ce sujet. « La dette publique des économies avancées est à des niveaux inédits depuis la Seconde Guerre mondiale. Celle des marchés émergents a atteint les niveaux enregistrés lors de la crise de la dette des années 80 et le fardeau de la dette des pays à faible revenu a fortement augmenté au cours des cinq dernières années », dit-elle encore.

Mais c’est aujourd’hui la dette du secteur privé non financier qui pose problème. Son niveau a été considéré comme « alarmant » par Tobias Adrian, directeur du département des marchés monétaires et de capitaux au FMI. C’est un des « facteurs majeurs de vulnérabilité financière qui pourraient aggraver le prochain ralentissement économique », raison pour laquelle le dernier rapport du FMI sur la stabilité financière dans le monde, publié le 11 octobre, exhorte « les dirigeants à prendre de toute urgence des mesures pour s’y attaquer ».

Crainte en cas de crise Au niveau mondial, selon l’Institut de la finance internationale (IFI), la dette des entreprises non financières (38,4 pour cent du total) a désormais dépassé la dette publique (36,6 pour cent), celle des ménages pesant 25 pour cent. L’endettement des sociétés représente 91 pour cent du PIB mondial, en hausse de 20 points par rapport à 2000. En dix ans dans les huit plus grandes économies mondiales, la dette totale des sociétés non financières est passée de 34 000 milliards de dollars à 51 000 milliards, soit un accroissement de cinquante pour cent. Selon le FMI, « dans un scénario de ralentissement économique notable, deux fois moins grave que la crise financière mondiale, la dette à risque des entreprises (à savoir les sommes dues par celles qui ne sont pas en mesure de couvrir leurs charges d’intérêts par leurs bénéfices) pourrait atteindre 19 000 milliards de dollars, soit près de 38 pour cent du total ». C’est davantage que le niveau observé durant la dernière crise financière.

Dans cette masse de dettes, les emprunts obligataires pèsent lourd, selon une étude publiée



Kristalina Georgieva, directrice générale du Fonds monétaire international à Washington le 19 octobre lors de la conférence de presse consécutive à la réunion annuelle de l’institution

L’appétence pour les obligations les plus risquées a diminué en 2018, la première fois depuis 2008

en février 2019 par l’OCDE. S’appuyant sur une base de données de 85 000 émissions de dettes d’entreprises non financières de 114 pays, elle a évalué à 13 000 milliards de dollars à la fin 2018 l’endettement contracté par ce biais. Le doublement des émissions depuis 2008 a été notamment dû aux entreprises chinoises qui, encore très peu présentes sur le marché avant la crise financière, sont passées dès 2016 au deuxième rang mondial.

BBB plutôt que AAA Une situation d’autant plus inquiétante que les entreprises devront

faire face au cours des trois prochaines années à des échéances colossales : 4 000 milliards de dollars devront être remboursés ou refinancés, soit près du tiers de la dette. De plus, l’OCDE a relevé « une dégradation continue de la qualité des obligations » en dix ans. La part des titres notés BBB, soit la note située juste au-dessus du seuil sous lequel le risque de faillite est considéré comme élevé, est passée d’environ trente pour cent en 2008 à près de 54 pour cent en 2018, au détriment des obligations les mieux notées (AAA ou AA). Le risque varie d’un pays à l’autre en fonction de la régulation encadrant les prêts, de l’état de santé des entreprises locales, de la devise dans laquelle sont libellés leurs crédits et du canal qu’elles empruntent. Mais en Chine, les défauts de paiement se sont déjà multipliés depuis un an.

Les causes de cette situation sont bien connues. Les sociétés ont profité de conditions exceptionnelles en termes de taux d’intérêt, particulièrement bas voire négatifs. Et ces derniers sont probablement appelés à durer, car les banques centrales du monde entier cherchent toujours à soutenir l’activité pour faire face à la détérioration des perspectives économiques, sur fond de tensions commerciales. Mais la dégradation du climat des affaires et l’affaiblissement de l’activité économique fragilisent les entreprises de toutes tailles et de tous secteurs, faisant planer des doutes sur leurs capacités de remboursement selon le FMI. L’organisation basée à Washington voit là une nouvelle source de vulnérabilité.

Pour Kristalina Georgieva, « un endettement élevé ne représente pas seulement un risque pour la stabilité financière, il peut être un poids pour la croissance ». En particulier, comme les sommes empruntées à des taux très bas permettent aux entreprises de refinancer des emprunts plus anciens et d’économiser sur leurs charges financières ou de procéder à des rachats d’actions, elles ne servent pas forcément à irriguer l’économie réelle sous forme d’investissements. Et même quand ces derniers sont réalisés, il s’agit souvent de projets peu rentables ou peu utiles qui n’auraient jamais vu le jour avec des taux d’intérêt « normaux ».

Mauvais présage Du côté des dettes obligataires, la méfiance des investisseurs est déjà de mise. Leur appétence pour les obligations les plus risquées (donc les plus mal notées) a diminué en 2018 : « La seule autre année durant laquelle cela s’était produit au cours des deux dernières décennies est 2008, l’année de la crise financière » s’inquiète l’OCDE, qui confirme une réduction de la voilure. Selon elle, « les émissions nettes globales d’obligations d’entreprises ont diminué de 41 pour cent en 2018 par rapport à 2017 ».

Mais dans le secteur bancaire la distribution de crédit ne faiblit pas : en France par exemple elle a augmenté de plus de six pour cent en 2018, quatre fois plus que le PIB ! Le FMI a appelé les banques à la prudence en maintenant « un contrôle rigou-

Chroniques de la Cour

Pas de quoi s’affoler

Dominique Seytre

Simple routine ? À l’aune de ce qui s’est dit à la réunion de la Commission de contrôle budgétaire (Cocobu) de mardi 12 novembre à Bruxelles, Agostino Placco n’a pas eu de souci à se faire. Les parlementaires européens présents ne se sont pas montrés agressifs. Les débats sont restés poussifs. Le directeur général de l’administration de la Cour de justice européenne s’était présenté devant la Cocobu avec Jean-Michel Rachet, le chef de cabinet du greffier de la Cour. Agostino Placco a commencé sa présentation par les mots clés que l’on retrouve *ad nauseam* dans tous les écrits et discours officiels de la cour. « Intensité du travail », nombre « record » d’affaires, « toutes juridictions confondues », la Cour et le Tribunal. Une « astuce » connue permettant de masquer les difficultés en tout genre du Tribunal

L’année dernière, Agostino Placco avait été malmené par la Cocobu

Le directeur général a ensuite présenté aux députés les quatre initiatives à ses yeux les plus importantes, les plus susceptibles d’intéresser les parlementaires chargés de faire leur rapport en vue de la clôture de l’exercice budgétaire 2018. L’année dernière, il y a eu, dit-il, la création du réseau judiciaire de l’UE, « sécurisé et multilingue », qui permet aux juridictions d’échanger leurs documents et leurs travaux de recherche, les documents non confidentiels étant accessibles au public sur le site de la Cour. Puis l’anonymisation du nom des personnes physiques dans les affaires envoyées à la Cour dans un souci de « protection des données ». Ensuite, l’obligation pour les avocats dans leurs échanges avec les greffes de la Cour et du Tribunal d’utiliser l’application eCuria, laquelle sera remplacée à terme, dit-il, par le Système Intégré de Gestion des Affaires. Ce projet SIGA est un vaste programme accouché dans la douleur. L’appel d’offre a été lancé cet été « en catimini » disent certains. La gestion de l’informatique à la Cour a été et serait toujours catastrophique. Elle est régulièrement dénoncée depuis une dizaine d’années. La Cour des comptes l’a épinglée récemment. SIGA a été préparé dans la confusion. Il remplacera certes des logiciels obsolètes, mais aussi des applications coûteuses et relativement récentes, comme eCuria, disent certains experts qui évoquent un exode des informaticiens maison. Mais sur tout cela, sur les millions dépensés inutilement, pas un mot.

Ensuite, Agostino Placco n’a plus eu la maîtrise des sujets évoqués puisqu’il a dû répondre à des questions des parlementaires européens, dont celles du rapporteur Tomas Zdechovsky, lequel avait regroupé celles qu’ils adressaient aussi à la Cour des comptes, au Comité économique et social, au Comité des régions ou au bureau de l’Ombudsman. D’où une impression de fouillis et d’imprécision généralisée. Il attendait d’autant plus sereinement ces questions, semble-t-il, qu’à la fin de sa présentation initiale, Monika Hohlmeier, la présidente de la Cocobu, l’avait remercié « pour l’excellent travail de la Cour, travail reconnu à l’échelle internationale ». Une réflexion a priori malvenue pour qui préside un contrôle de gestion des deniers publics.

Agostino Placco résume donc les questions qui lui avait été adressées et y répond. Pas de quoi s’affoler. Sur eCuria et SIGA, des précisions ? Oui, eCuria est une avancée importante qui permet en plus d’économiser du papier... Et de répéter qu’à terme, elle sera remplacée par SIGA, qui n’est pas seulement une plateforme d’échange, mais un véritable portail. Ensuite, une question, facile, sur le sponsoring. Rien à dire puisqu’elle n’en fait pas. Puis une autre sur les stagiaires qui, dans les cabinets, peuvent être désormais rémunérés. Un millier d’euros mensuels, plus participation aux frais de voyage. Est-ce suffisant ? On verra. Une rémunération systématique dans les cabinets ? Non, parce qu’il faut pouvoir écarter ceux qui ont déjà une bourse. Ensuite, les espace collectifs (*open spaces*). Une partie du personnel veut revenir à des bureaux, des « espaces plus productifs ». La seule question politiquement dérangeante aurait été celle de la publication des intérêts financiers des juges et avocats généraux. Pourquoi ne pas publier ces déclarations, à l’instar des autres institutions ? Contrairement à l’année dernière où il avait été hésitant, Monsieur Placco n’a cette fois-ci aucun état d’âme. La Cour « n’a pas l’intention de les publier » dit-il, parce que cette pratique est « loin d’être répandue » dans les juridictions suprêmes des États membres. La publication de ces déclarations n’apporte pas la garantie d’éviter les conflits d’intérêts ; elle pourrait être aussi « source de pression » qui pourrait mettre en péril l’indépendance des juges. Voilà qui est (presque) clair. Une dernière question sur le délai de traitement des affaires permet au directeur général de reprendre les éléments de langage officiel sur les bienfaits de la réforme de 2015.

L’année dernière, Agostino Placco avait été autrement malmené par une Cocobu dont c’était la dernière prestation pour cause de fin de législature. Des députés chauffés à blanc, une présidente, Ingeborg Graessle, au fait de certains sujets récurrents : vacances, missions, carte de carburant, conflits d’intérêt... Elle commençait à déranger dans un Parlement dont les groupes PPE et socialiste, la députée luxembourgeoise Mady Delvaux en tête, étaient partisans de cette réforme, deux juges au lieu d’un seul par État membre au Tribunal européen. Une réforme votée à la hussarde, une fois le rapporteur, pourtant très critique, écarté, avec des conséquences désastreuses pour le budget communautaire.

reux de l’évaluation du risque de crédit bancaire et des pratiques en matière de prêts ». Mais selon une enquête de la BCE, au troisième trimestre de 2019, les normes de crédit pour les prêts aux entreprises ont été assouplies en Italie et aux Pays-Bas, sont restées inchangées en Espagne et se sont légèrement resserrées en France et en Allemagne. Malgré la perception de risques croissants et les contraintes réglementaires, la pression concurrentielle empêche les banques d’aller trop loin dans le sens d’une restriction.

Le FMI suggère des mesures structurelles : « Il faudrait s’efforcer d’accroître la divulgation d’informations et la transparence sur les marchés financiers non bancaires afin d’évaluer les risques de manière plus approfondie. Dans les pays où la dette globale des entreprises est jugée élevée

sur le plan systémique, les dirigeants pourraient envisager de mettre au point des outils prudentiels à l’intention des entreprises très endettées, en plus des outils prudentiels établis spécifiquement pour le secteur bancaire ». Il propose également de développer le financement direct des entreprises sur les marchés financiers par l’émission d’actions, plutôt que de recourir à l’emprunt bancaire ou obligataire. Pour cela il faudrait, entre autres, une modification de la fiscalité dans certains pays pour y « réduire les incitations à emprunter de manière excessive ». De façon plus générale, Tobias Adrian, du FMI, a souligné que si depuis la crise financière de 2008, la régulation des banques et des assurances avait progressé de manière importante, celle des sociétés industrielles, commerciales et de services sera le prochain grand chantier.

Chronique Internet

Inquiétant Dr Google

Jean Lasar

Jusqu’ici, l’expression « Dr Google » renvoyait à l’habitude, quelque peu pernicieuse et sans aucun doute risquée, de vouloir diagnostiquer, voire traiter, ses problèmes de santé à coup de recherches sur le Web. Une nouvelle acception s’y est ajoutée ces derniers jours. Le *Wall Street Journal* a révélé cette semaine que les données médicales de quelque 50 millions de patients ont été transférées dans l’opacité la plus complète d’un prestataire de services de santé à Google. Présent dans 21 États, d’inspiration catholique et administrant quelque 2 600 hôpitaux et centres de santé, Ascension est le deuxième plus grand prestataire du genre aux États-Unis. L’opération de transfert, baptisée *Project Nightingale*, a été jugée tellement attentatoire au respect des données personnelles qu’un des 300 membres de l’équipe-projet conjointe de Google et Ascension a jugé bon de lancer l’alerte.

En cause, la décision prise par Ascension, dans le cadre d’un contrat passé avec la firme de Mountain View, de gérer à l’avenir sur le cloud de ce dernier les données de santé de ses cinquante millions de patients. Le lanceur d’alerte a publié, dans un clip publié sur *Daily Motion*, une centaine de pages relatives à *Project Nightingale*, y compris son calendrier et les tâches incombant aux différents participants des deux partenaires à l’horizon de mars 2020. Au passage, il épingle les problèmes que posent à ses yeux ce montage. Pourquoi un projet de cette envergure n’a-t-il pas été rendu public ? Sans doute, fait-il valoir, parce que les patients concernés n’auraient pas consenti à ce que leurs données soient ainsi transférées. Le lanceur d’alerte estime indispensable de leur donner le droit de ne pas consentir à ce transfert.

Les données transférées d’Ascension à Google comprennent le nom et l’histoire médicale complète des patients. Une fois qu’elles sont intégrées au *cloud* de Google, tous les employés de celui-ci y ont accès et peuvent les triturer à loisir à l’aide des puissants algorithmes et outils d’intelligence artificielle maison. Mieux : elles serviront à affiner ces derniers ; nul doute que Google a déjà toutes sortes d’idées sur comment mieux cibler ses publicités grâce à ces précieuses données. Car *Nightingale*, c’est la mise à disposition complète, sans aucune espèce d’anonymisation, d’une formidable banque de données personnelles hautement sensibles à ce qui est, ne l’oublions pas, un Léviathan de la publicité.

Sans surprise, *Nightingale* est géré en mode projet, ses différentes « piliers » avançant en parallèle – ce qui implique, signale le lanceur d’alerte, que l’un d’eux, le transfert proprement dit, continue avant que des questions critiques relevant d’autres aspects de l’opération n’aient été traitées. Ainsi, les données de dix millions de patients ont déjà été transférées.

Dans un des documents, on apprend qu’un employé a exprimé son inquiétude quant au risque que « des individus téléchargent des données de patient », avec l’annotation « il faut s’assurer que chacun soit formé de façon à ne pas pouvoir faire cela ». Une formulation qui en dit long sur l’absence de prise en considération sérieuse des risques d’abus. Google n’a pas répondu aux doutes exprimés par des employés sur la compatibilité du projet avec la réglementation américaine sur la protection des données de patients, l’acte HIPAA de 1996.

Ce n’est qu’après le scoop du *Wall Street Journal* que les deux partenaires ont signé un accord, lundi, prévoyant la poursuite du transfert de données. Google Cloud a déclaré au *Wall Street Journal* que l’objectif de l’opération est, en dernier ressort, « d’améliorer les résultats, de réduire les coûts et de sauver des vies ». Dans un monde où les pannes informatiques, les hackers et les personnes mal intentionnées de tout genre n’existeraient pas, on pourrait être tenté d’y croire. Malheureusement, on sait que les données qui circulent sur le cloud peuvent s’en échapper et qu’en matière de données sensibles, l’occasion fait le larron. À ce compte, l’utilisation « classique » de Dr Google pour l’auto-diagnostic semble presque anodine.

Gedicht fir domm Wierder

Präisser drécken, Lächer fëllen
Well eis Stad wëll eppes gëllen
Gëlle blénkt e plompt Gebai
Geld dat sténkt net – ’t ass net nei

Vill nei Saachen, Leit déi lafen
A normal si Bierger, déi se kafen
Grouss Geschäfte, schéi Vitrinnen
Eng Etid ass op de Schinnen

Den Hamilius, e Magnéit
Alles op bis owes spéit
De Commerce, eist lwwerliewen
Kann deen Zwerg vum Lydie ierwen?

E Kader setzen, Attraktiounen
Wien de Goss huet, kann hei lounen
Vill Eventer, ’t ass eng lass
Oh, wat ass déi Stad verschass!

Jacques Drescher

Die kleine Zeitzeugin

Darf ich Posts von Rechten teilen?

Michèle Thoma

Mitten in der Nacht, auf FB zwischen Hunden, die das Zeitliche gesegnet haben, und Herbsthimmeln herumstrolchend, stoße ich auf eine junge Frau, der es sehr schlecht geht. Sehr schlecht ergeht. Eine Gewaltszene springt mich an. Keine Hinrichtung, nicht mal ein Foltervideo. Nur eine Misshandlung, nicht mal eine schlimme, die Frau wird keine blauen Flecken haben, zumindest nicht auf dem Körper. Ihr wird einfach wiederholt mit der flachen Hand auf den Kopf gehauen. Nicht mal extrem fest, aber schmerzhaft ist es sicher.

Nach den Kopfschlägen greift der Mann der Frau grob in den Mund. Fachmännisch, als würde er einem Pferd ins Maul fassen. Der dabei laut rezitierende Mann trägt eine vermutlich islamische Kopfbedeckung, die Frau ein Kopftuch. Neben der Frau steht ein älterer Mann mit einem betroffenen Gesicht, wie bei einer Beerdigung. Die paar Anwesenden wirken ähnlich ernst, zugleich ist eine Beschämung spürbar; angenehm ist, was da vor sich geht, wohl niemandem. Die Szene hat etwas Obsessives, es scheint sich um ein Ritual zu handeln. Präsentiert wird sie als arabisches Gebetsritual, das den Gehorsam der Frau erflucht und sie davor bewahren soll zu reden und zu denken.

Das Schlimmste ist der Gesichtsausdruck der jungen Frau, es ist das Gesicht einer gequälten Kreatur, geschunden und resigniert zugleich. Zu der wird die junge Frau hier gemacht, ihre Miene ist eine Leidensmiene. Ich poste das spontan.

Es dauert nicht lange, und ich werde zurechtgewiesen. Was ich damit bezwecke, dass ich einen islamophoben Rassisten aus Uruguay poste? Puuh, zerknisch, ja hm. Aber dennoch ist es ja da. Sie. Die Szene. Es gibt sie. Ein Fake ist das

Zu Gast

Sven Clement

À l’heure actuelle, les débats autour de conflits d’intérêts ou comportements douteux de certains membres de la classe politique se multiplient. L’affaire Cahen, l’« abri Roberto », les faits liés au CIGR et autres font apparaître des défaillances flagrantes, comme notamment l’insuffisance du droit luxembourgeois en matière de déontologie et de conflits d’intérêts ou encore le manque de valeurs démocratiques régissant les législations

Auch wenn ich zu diesem oder jenem Thema vielleicht ihre Meinung teile, zum Beispiel bezüglich sterbender Bienen?

nicht, so gute Schauspieler_innen gibt es gar nicht. Wir würden den Kontext nicht kennen, gibt jemand zu bedenken, der mehr über den arabischen Raum und die arabische Sprache weiß als ich. Ja, stimmt. Aber welcher Kontext rechtfertigt eine solche Entwürdigung?

Und ist es, wenn ich das poste, ähnlich manipulativ unterstellend, wie es wäre, wenn Musliminnen und Muslime ohne Kommentar katholische Exorzismus-Sitzungen posten würden? Aber wieso wäre das eine Unterstellung? Exorzismus ist offizieller Bestandteil der katholischen Praxis. Wäre das dann nicht Darstellung einer Realität, wenn auch einer keineswegs repräsentativen? Wobei, bin nicht auch ich eine Überlebende von Teufelsaustreibung und damit Teufelseintreibung, war ich nicht ein Kind im Religionsunterricht der Fünfzigerjahre?

In der Tat, das Video wurde von einem Rechten aus Uruguay geteilt. Indem ich etwas von ihm

poste, was mich betroffen macht, mich immerhin als Frau betrifft, biete ich also einem Hass-Poster ein Forum? Schüre damit den Hass auf den Islam, wie mir vorgehalten wird? Stimmt, was allerdings unabhängig von der Quelle ist. Man könnte „dem Islam“, wenn man gar nicht differenziert und weder Frauenhasser_in noch Sadist_in ist, nach Anblick dieser Bilder eher nicht gewogen sein. Ist die Quelle auch noch eine rechtsradikale, klicke ich mich aber ein in ein Hass-Sharing, das um sich greift, sich verselbstständigt, den rechten Algorithmus be(s)tätigt.

Dabei will ich ja nur die Frau liken, will ihr Sister-Sympathien schicken. Schon bin ich wieder bei der alten – gäh – Burka-Niqab-Debatte. Und einen Nazi hab ich auch noch am Hals.

Darf ich also prinzipiell nichts von und mit Rechten teilen? Auch wenn ich zu diesem oder jenem Thema vielleicht ihre Meinung teile, zum Beispiel bezüglich sterbender Bienen? Bei richtig sensiblen Themen wohl eher nicht, grübelposte ich vor mich hin. Und da nicht unter jedem Bildchen eine Nazi-Warnung steht, verdonnere ich mich auch noch zur Quellenforschung, wenn das Thema sensibel wird. Islam, Judentum, zum Beispiel, Ade kleine Nebenbei-Postings, jetzt wird es streng wie in der *Spiegel*-Redaktion!

Das Debättchen ist längst erstorben. Keine einzige Posterin hasst mich so richtig. In meiner freundlichen Blase sind die meisten viel zu vorsichtig oder zu weise oder zu bequem, ein gemüthlicher Feierabend schaut anders aus, als sich mit diesem Islam-Schund herum zu schlagen. Ich bleibe auf den Fragen sitzen, die ich aufgeworfen hab.

Ich poste einen Baum mit Krähen.

De la déontologie

existantes. Ne faudrait-il pas légiférer et compléter un code de déontologie par des sanctions pénales ? Qu’est-il du rôle du Comité d’éthique et sa relation au Gouvernement ?

transparence et de règles déontologiques plus contraignantes. L’échange de *good practices* entre les États européens permet aujourd’hui de mener un vrai débat sur la déontologie et d’orienter l’action publique vers plus de sérénité et un regain de la confiance des citoyens. En Belgique, la commission fédérale de déontologie émet annuellement un rapport sur tout ce qui concerne les questions de bonnes pratiques et de bonne gouvernance dans le domaine de la déontologie.

En 2017, après le choc de l’affaire « Publifin », la Belgique introduisit une loi portant création d’une Commission fédérale de déontologie. Cette commission parlementaire correspond à « un organe permanent relevant de la Chambre des représentants », donc du Parlement. Cette commission de déontologie est composée de douze membres et elle peut être activée sur demande du pouvoir législatif.

Au Luxembourg, un comité d’éthique a été mis en place, en 2014, par l’arrêté grand-ducal fixant les règles déontologiques des membres du Gouvernement. Ce Comité d’éthique peut être convoqué sur demande du Premier ministre, chef de Gouvernement. Il est composé de trois membres nommés par le Gouvernement qui émettent un avis qui peut être rendu public par – le Gouvernement. Une publication sans consentement du Gouvernement ne peut se faire qu’en cas de manquement à l’arrêté grand-ducal. Une procédure qui, à mes yeux, n’est guère transparente. La Chambre des députés devrait impérativement jouir de plus de compétences et avoir un droit d’initiative pour saisir le Comité d’éthique.

« Mieux vaut prévenir que guérir » – une discussion sur le fond d’une déontologie digne de l’ère de l’information fait actuellement défaut. D’autres pays européens comme l’Italie et la Belgique, mais aussi la Commission et le Parlement européens se sont activement engagés en faveur de plus de

Une telle commission saurait guider la politique luxembourgeoise pour sortir de l’impasse et elle aiderait à élaborer un cadre juridique adéquat. Il est temps ! Le Parti pirate s’engagera de manière décidée en faveur de plus de transparence et de règles déontologiques contraignantes. À cette fin, des sanctions pénales devraient impérativement être prévues par la loi, tant au niveau gouvernemental qu’au niveau de la Chambre et des communes. Évitions un enchaînement continu de petits scandales à gauche et à droite et agissons sur le fond des choses.

Sven Clement est député du Parti pirate



Les inégalités entravent la décarbonisation

Jean Lasar

Si la notion de justice climatique est devenue le cri de ralliement qu'il est aujourd'hui pour des millions d'activistes, c'est qu'elle associe clairement deux dimensions du problème climatique que les approches sectorielles ont tendance à disjoindre. D'un côté, le constat scientifique implacable de la trajectoire destructrice sur laquelle les émissions massives de gaz à effet de serre placent l'humanité. De l'autre, l'analyse politique et économique qui met en avant les écarts immenses entre les responsabilités dans la confection de la crise climatique et les vulnérabilités qui en résultent, entre Nord et Sud comme entre riches et pauvres. Bien que cette question fasse partie du débat sur la crise climatique depuis des décennies, y compris lors des conférences que les Nations Unies lui ont consacrées, son étude n'en est encore qu'à ses débuts. Ce n'est qu'au cours des dix dernières années que le lien entre crises environnementales et inégalités, tant entre Nord et Sud qu'entre riches et pauvres, ont commencé à être décortiqués de manière systématique.

Une ponction annuelle de 3 000 milliards

Pour mieux comprendre à quel point le discours dominant sur l'aide au développement a pu occulter la réalité des relations entre les pays industrialisés et ceux qu'on a appelés « en développement », *The Divide*, de l'anthropologue Jason Hickel, paru en 2017, apporte un éclairage précieux. Né au Swaziland, Hickel a passé de longues années en Afrique du Sud avec des travailleurs migrants avant de s'installer à Londres où il a notamment enseigné à la London School of Economics. Engagé dans l'aide au développement avec une ONG dans le Swaziland vers la fin de ses études, Jason Hickel a tôt fait de découvrir que malgré tous les efforts de celle-ci, ceux d'autres organisations et les millions de dollars d'aide dont elles arrosaient le petit pays, ses habitants ne sortaient pas de la pauvreté. Lorsqu'il confronte les dirigeants de l'ONG à ce paradoxe, on lui dit que ses constatations sont trop « politiques ». Dépit, il s'en va. Rapidement, il acquiert la conviction que « l'histoire qu'on nous a racontée sur les pays riches et les pays pauvres n'est pas tout-à-fait vraie. En fait, la narration à laquelle nous sommes habitués est presque exactement à l'opposé de la réalité ».

Certes, l'Onu diffuse régulièrement des statistiques qui suggèrent une réduction de la pauvreté et de la mortalité infantile, un recul de la famine, une situation sanitaire en progrès. Hickel démontre en détail comment au fil des décennies, les organisations internationales ont modifié les termes de référence utilisés pour mesurer le progrès accompli en matière de développement de façon à pouvoir suggérer que nous étions toujours sur la bonne voie pour résorber les différences entre pays riches et pauvres. Las, souligne-t-il, les inégalités ont explosé. En 1960, le revenu par habitant des pays les plus riches était 32 fois celui des pays pauvres. En l'an 2000, ce ratio était passé à 134. Si les anciennes colonies sont pauvres et le restent durablement, démontre-t-il, ce n'est pas à cause de la corruption qui y règne ou par manque d'investissement, mais parce que les pays riches s'attachent systématiquement à les maintenir dans cet état. Ainsi, il y a bien un flux d'aides au développement de l'ordre de 128 milliards de dollars par an. Mais en prenant de la hauteur, on se rend compte que ces montants sont faibles par rapport aux ressources qui circulent dans la direction opposée.

En 2016, l'organisation américaine Global Financial Integrity et le Centre de recherche appliquée de l'École norvégienne d'économie ont collationné l'ensemble des flux entre pays riches et pauvres, intégrant non seulement l'aide, les investissements étrangers et les flux commerciaux, mais aussi les annulations de dette, les transferts et les fuites de capitaux. Leur analyse, fondée sur des chiffres de 2012, conclut que le flux des pays vers les riches vers les pays pauvres a totalisé 2 000 milliards de dollars, tandis que le flux inverse s'élevait à 5 000 milliards de dollars. La notion philanthropique d'aide au développement cache une saignée annuelle nette de 3 000 milliards de dollars, soit vingt-quatre fois plus que

Les pratiques de l'aide au développement cachent – mal – des politiques qui aggravent à la fois la pauvreté dans les pays du Sud et enfoncent le monde dans une spirale extractiviste

ne sont versés sous forme d'aide dans l'autre sens. La fuite des capitaux sous ses différentes formes est le plus gros poste des flux du sud vers le nord. Certes, une partie de l'aide soulage les pauvres dans les pays qui les reçoivent, mais elle ne compense pas les dommages que causent par ailleurs ceux, au sens large, qui la versent : cela vaut par exemple pour la Banque mondiale, qui profite de la dette des pays pauvres, ou la Fondation Gates, qui profite du régime de protection de la propriété intellectuelle qui rend inabordable des médicaments et des technologies essentielles. Au-delà de l'extraction de combustibles fossiles, les relations entre les pays riches et pauvres restent régies plus généralement par le modèle de l'extractivisme. « Les pays pauvres n'ont pas besoin de notre aide ; ils ont besoin que nous cessions de les appauvrir », résume Jason Hickel. L'idée d'augmenter le produit intérieur brut à l'échelle globale pour éliminer la pauvreté ne fonctionne pas. Si cet indicateur a augmenté de 45 pour cent par habitant depuis 1990, le nombre de ceux qui n'ont qu'un revenu de cinq dollars par jour a lui crû de 370 millions.



Pas de justice climatique sans réduction des inégalités

Spirale extractiviste

Tout cela reflète la violence de la colonisation, un système de domination et de dépossession qui se poursuit sous d'autres formes à ce jour. Certes, une partie des pays du sud ont commencé, après la Seconde Guerre mondiale, à s'en affranchir et à accumuler des richesses en affirmant leur indépendance à l'égard des pays occidentaux, traduisant cette trajectoire économique au plan politique au sein du G77 fondé à Bandung en 1955. Mais, sous l'effet d'une réaction des États-Unis et de l'Europe contre ce qu'ils percevaient comme une perte d'accès aux matières premières et à une main d'œuvre bon marché, ce modèle a été mis en échec entre les années 1950 et les années 1980, à coup notamment d'interventions menées par la CIA, pour remettre à l'impérialisme « classique » de redevenir le modèle dominant. C'est l'époque des « ajustements structurels » régis par le FMI, qui mettent les pays pauvres au pas. Supposés les aider à réduire leur dette, ces ajustements n'y sont pas parvenus : la dette des pays pauvres a augmenté de 38 pour cent pendant la première décennie de leur application. Ce modèle se poursuit aujourd'hui à travers les accords de libre-échange, qui ajoutent au cocktail classique de la baisse des droits de douane et des obstacles techniques celui d'opacités tribunaux d'arbitrage. Jason Hickel propose aussi une critique des statistiques relatives à la corruption telles qu'elles sont proposées par Transparency International, en faisant valoir qu'elles mesurent la perception de la corruption, plutôt que la corruption elle-même, occultant ainsi les pratiques institutionnelles des pays du Nord décrites ci-dessus, qui relèvent au moins autant de la corruption que celles associées traditionnellement aux pays du Sud.

Cela vaut aussi pour le mécanisme de réduction des gaz à effet de serre mis en place en 2005 par l'Onu et la Banque mondiale sous l'acronyme REDD (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation), censé prévenir l'abattage d'arbres dans les pays pauvres mais qui en réalité a débouché dans de nombreux cas sur l'éviction de populations pauvres de forêts au motif que leurs méthodes agricoles contribuaient à la défo-

restation. Plus généralement, argumente Jason Hickel, comment peut-on aujourd'hui défendre une approche du développement qui consiste à augmenter les émissions de gaz carbonique face à l'urgence climatique ? Au lieu de poursuivre des politiques de développement vouées à l'échec, mieux vaudrait aujourd'hui compenser les pays en développement pour les dommages causés par le changement climatique tout en leur offrant un support financier et technique pour leur transition vers des systèmes d'énergies renouvelables. Les pratiques de l'aide au développement cachent – mal – des politiques qui aggravent à la fois la pauvreté dans les pays du Sud et enfoncent le monde dans une spirale extractiviste.

Articuler État social et acteurs locaux

Sur la question du lien entre inégalités et changement climatique, Lucas Chancel, politologue français proche de Thomas Piketty, qui a tenu une conférence à Luxembourg au mois de juin, offre une approche complémentaire à celle de Jason Hickel. Dans son livre *Insoutenables inégalités – Pour une justice sociale et environnementale*, il fait valoir que les causes de « la réduction des inégalités et de la protection de l'environnement entretiennent des relations ambivalentes », à savoir qu'en général, « ces deux objectifs se renforcent mutuellement, mais ils peuvent aussi s'opposer ». Les liens entre eux sont souvent mal connus : « En France, par exemple, le débat s'arrête trop souvent à la question de la taxe carbone et de ses effets potentiellement dévastateurs ».

Or, il faut également tenir compte des inégalités individuelles et territoriales face aux effets du changement climatique ou à la pollution des eaux et des sols. Il préconise de nouveaux outils de mesure et de cartographie des inégalités environnementales (qui recouvrent, par exemple, une exposition plus élevée des populations défavorisées aux sources de pollution), auxquels il faut ajouter un décloisonnement des politiques publiques sociales et environnementales. Le troisième axe qu'il recommande est celui d'une « nouvelle forme de collaboration entre l'État social et les territoires », en articulant la puissance de l'État social à la boîte à outils des acteurs locaux.

Les inégalités qui augmentent de manière vertigineuse dans le monde, telles que les a révélées Thomas Piketty dans son livre *Capital au XXI^e siècle*, sont aujourd'hui reconnues par le FMI, la Banque mondiale ou l'OCDE, comme « un problème majeur du capitalisme » en ce début de siècle. Lucas Chancel démontre comment ces déséquilibres « menacent la démocratie, rendent la société malade, nuisent à l'économie et dégradent l'économie ». Il aligne les études qui démontrent comment les inégalités nuisent à la santé, ont un effet négatif sur les résultats scolaires, réduisent la productivité au travail, freinent l'innovation, favorisent les crises financières. Les inégalités sociales (tant de revenu que patrimoniales) ont aussi un effet délétère sur l'environnement, en poussant chaque classe sociale à aspirer à un mode de vie comparable à celui de la classe sociale supérieure, qu'il envie, et qui se trouve être plus polluante.

L'argumentaire de Lucas Chancel s'articule en grande partie sur les enseignements de la base de données dédiée World Inequality Database (*WID.world*) rassemblée par lui et ses collègues. En plus des inégalités de revenu et de patrimoine, cette base aspire à couvrir également les injustices environnementales. Elle s'appuie notamment sur les données fiscales, ce qui lui donne une fiabilité supérieure à celle des enquêtes qui se fondent sur les déclarations des personnes interrogées, tout en tenant compte de ces enquêtes pour éviter de sous-estimer les revenus des ménages les plus modestes, moins taxés. On connaît désormais ces invraisemblables écarts entre, par exemple, les un pour cent les plus riches, qui aux États-Unis possèdent vingt pour cent des revenus de leur pays, contre les cinquante pour cent les plus démunis qui n'en touchent que vingt pour cent, des positions qui se sont inversées au cours des quarante dernières années.

En France, une étude menée en 2004 a mis en avant les inégalités en matière de consommation d'énergie. Les dix pour cent les plus modestes consomment 70 kilowatt heures par jour et par personne, soit la moitié de ce que consomme la moyenne. Un membre des dix pour cent les plus aisés en consomme plus de

(Suite en page 14)

Les inégalités sont un obstacle majeur à la décarbonisation. Quelle logique appliquer en matière de responsabilité pour les émissions de gaz à effet de serre ?

(Suite de la page 13)

260, soit près de 70 pour cent de plus que la moyenne. L'écart de 3,6 de la consommation d'énergie entre le décile le plus pauvre et le plus riche, bien plus bas que celui des écarts de revenu ou de patrimoine, montre que la première est relativement peu élastique. En Inde, selon une étude de la même année, un citadin du décile le plus pauvre consommait en moyenne quatre kilowatt heures par personne et par jour. Un membre du décile supérieur vivant en ville a une consommation quotidienne 45 kilowatt heures.

Concernant l'inégale exposition aux risques environnementaux, Lucas Chancel recourt à des études ayant analysé l'« exposome », l'ensemble des facteurs de risque d'origine non génétique, comme les pollutions chimiques, physiques et biologiques, ou le contexte psychosocial. Dans l'État de Rhode Island, grâce à une mesure d'interdiction du plomb, des chercheurs ont pu démontrer un lien de causalité entre les résultats scolaires inférieurs des enfants afro-américains et l'exposition au plomb (risque de saturnisme). Le pourcentage d'Afro-Américains habitant autour de douze centrales à charbon, grosses émettrices de particules nocives pour la santé, est de 76 pour cent, alors qu'il devrait être de 28 pour cent si la répartition de population

était égalitaire, a constaté une étude de la National Association for the Advancement of Colored People en 2012.

Autre exemple frappant de l'inégalité, celle de l'exposition aux particules fines en France. Selon une étude de 2016 citée par Lucas Chancel, « la pollution de l'air liée aux particules fines générées par la combustion du diesel et d'autres sources d'énergie carbonée est à l'origine de neuf pour cent des décès, tous types confondus, soit près de 50 000 morts par an – autant que l'alcool ». Or ces décès concernent en premier lieu les personnes à bas revenus.

Les Français ne sont pas non plus égaux face aux pesticides. Les plus exposés sont les agriculteurs, en contact avec ces produits qui augmentent les risques de cancer, une situation aggravée par le fait qu'il s'agit d'une population qui recourt moins au dépistage. Les inégalités environnementales peuvent aussi être régionales, comme dans le cas de la Bretagne, massivement polluée aux nitrates du fait de l'élevage porcin, ou de la Lorraine, où le cadmium est anormalement prévalent du fait de la combustion de déchets industriels et de la métallurgie.

L'exemple le plus flagrant des inégalités face aux chocs environnementaux est celui de Katrina, l'oura-

gan qui a frappé la Louisiane en 2005 et y a fait 1 400 morts. A l'inégale répartition des victimes (la moitié des Afro-Américains s'est retrouvée dans une zone sinistrée, contre trente pour cent des Blancs) à celle en matière de mobilité (beaucoup de ménages afro-américains n'avaient pas de voiture pour fuir) s'est ajoutée celle concernant l'aide à la reconstruction.

Au regard de ces inégalités, quelle logique appliquer en matière de responsabilité pour les émissions de gaz à effet de serre dans les négociations internationales ? Celle de l'humanité en général, au risque de gommer les inégalités flagrantes dont nous venons de parler ? Celle de la justice intergénérationnelle ? Ou bien, comme le fait l'Onu, par pays ? Et dans ce cas, faut-il regarder les émissions historiques (accumulées) ou bien les émissions annuelles ? Plutôt les émissions nationales ou les émissions par habitant ? Et finalement, doit-on, et peut-on, prendre en compte les émissions dites « délocalisées » ou « indirectes », c'est-à-dire celles occasionnées loin du pays duquel émane la demande pour les produits extraits ou manufacturés dans un autre ?

Avant la COP21, Piketty et Chancel ont recommandé de prendre en compte la responsabilité individuelle. « Pour les vingt pour cent des Français et Américains les plus riches, (les émissions indirectes) représentent

Il est parfaitement illusoire de prétendre résoudre la crise climatique sans s'attaquer simultanément aux inégalités, tant les deux phénomènes sont enchevêtrés

les trois quarts de leurs émissions totales, contre deux tiers pour les vingt pour cent les plus modestes ». Dans leur papier préparé avant la COP de Paris, Piketty et Chancel relèvent qu'aux États-Unis, les dix pour cent les plus pauvres émettent 3,6 tonnes de « CO₂e » (CO₂ équivalent, qui prend en compte à la fois le gaz carbonique et les autres gaz à effet de serre), 24 fois moins que les dix pour les plus aisés (84,5 tonnes). En France, les émissions des plus modestes sont de quatre tonnes, celles des plus riches de 31 tonnes, soit environ huit fois moins. Au Rwanda, ces chiffres sont respectivement de 0,1 et 2,2 tonnes. Ces différences reflètent, selon les cas, des facteurs techniques (le type de chaudière que l'on utilise pour se chauffer, le niveau d'isolation de sa maison), spatiaux (urbanisme, infrastructures) et socio-culturels (taille du foyer, qui réduit les émissions par tête, ou niveau d'étude, qui est un meilleur prédicteur que le revenu pour les voyages internationaux).

Taxation carbone progressive

Tout cela « n'indique rien de bon pour l'évolution des injustices environnementales », note Chancel. S'il est parfaitement illusoire de prétendre résoudre la crise climatique sans s'attaquer simultanément aux inégalités, tant les deux phénomènes sont enchevêtrés, il faut en même temps reconnaître l'extraordinaire complexité à laquelle on est confronté lorsqu'on prétend y remédier en même temps. Les mesures de protection de l'environnement ne sont souvent pas neutres du point de vue des inégalités économiques, tandis que des politiques qui entendent réduire les écarts de richesse peuvent aussi avoir un impact négatif sur l'environnement. À l'aune de l'exemple de New Delhi, la ville la plus polluée du monde, Lucas Chancel démontre à quel point cette ville pourrait profiter d'une politique délibérée de limitation des voitures individuelles. Il mentionne la proposition de créer un service de première classe dans les quelques lignes de métro que possède la ville, comme stratégie de marketing destinée à rendre ce moyen de transport désirable pour les classes moyennes et donc couper le lien psychologique tétu qui prévaut entre possession d'une voiture et appartenance aux classes moyennes.

Comment développer le co-voiturage ou financer une meilleure isolation et un chauffage plus efficace des logements (tout en veillant à l'effet rebond, qui débouche sur une augmentation des réglages de température ambiante) ? Lucas Chancel recommande de miser en premier lieu sur une fiscalité progressive et écologique, en soulignant que les subventions aux énergies fossiles, souvent présentées comme une aide aux plus démunis, profitent en réalité beaucoup plus aux plus riches qui ont un mode de vie à l'intensité carbone plus élevée. Malheureusement, constate-t-il, les politiques fiscales restent souvent incohérentes voire contradictoires. Même en Suède, qui possède depuis 1991 une taxe carbone – elle est passée de 27 euros la tonne lors de son introduction à 115 euros aujourd'hui –, on a assisté simultanément à une réduction des taux marginaux d'imposition des plus riches, ce qui n'est pas vraiment une mesure progressive. Pour parvenir à une taxation plus efficace des émissions tout en réduisant les inégalités à l'échelle globale, il est indispensable de commencer par mesurer de manière fiable les émissions importées.

La proposition que font Piketty et Chancel est celle d'une taxation carbone progressive, sous forme d'une taxation des émissions des individus, à savoir une taxe sur tous les émetteurs au-dessus de la moyenne, une autre sur les dix pour cent d'individus les plus émetteurs et une dernière sur les un pour cent les plus émetteurs. Appliquée à l'échelle mondiale, une taxe sur les dix pour cent des individus les plus émetteurs serait portée à hauteur de 46 pour cent par des Américains, de seize pour cent par des Européens et de douze pour cent par des Chinois. Des exemples de ces politiques existent ça et là, et on peut parfaitement imaginer de les déployer à l'échelle mondiale, à condition toutefois de reconnaître que cela implique une « métamorphose des politiques publiques ».

Trop souvent, la notion de justice climatique se réfère exclusivement à l'inégalité entre pays pauvres, faibles émetteurs mais aux avant-postes des impacts climatiques, et pays riches, gros émetteurs mais moins exposés ou mieux à même de se protéger. Les analyses de Jason Hickel et Lucas Chancel nous aident à élargir cette notion, en y intégrant mieux le caractère historique et structurel de ces inégalités, et en montrant que le critère des émissions nationales, pris en compte dans les négociations sur le climat, occulte les écarts sociaux à l'intérieur des pays. Les cent milliards de dollars que les pays du Nord sont censés rassembler pour aider ceux du Sud à faire face aux conséquences du dérèglement climatique s'apparentent, à cet égard, à l'illusion de l'aide au développement : à supposer qu'ils soient rassemblés et distribués, et bien qu'ils puissent ponctuellement soulager les populations les plus exposées, ils détournent le regard de l'indispensable réforme d'un modèle économique qui, aujourd'hui, exacerbe systématiquement et à l'échelle mondiale, ces inégalités.



Justice climatique : élèves au Luxembourg et au Malawi



Als Balthazar zum ersten Mal in Luxemburg auftrat, mussten die Musiker der Indieband aus dem belgischen Kortrijk sich zum Abendessen im Backstage Reis mit Ketchup teilen. Mittlerweile gibt es das Café beim Hollänner nicht mehr – der Ort, an dem die Band ihr erstes Konzert in Luxemburg vor rund 15 Zuschauern spielte, Balthazar hingegen haben sich nach kurzem *Sabbatical* als Band wieder vereinigt. Sie sind eines der Highlights neben Alec Benjamin, Matt Simons oder Yungblud, die an diesem Wochenende beim Sonic Visions Festival in der Rockhal auftreten. Dabei bleibt das Showcase Festival mit seinen Workshops und musikalischen Entdeckungen eine Bereicherung für Luxemburgs Musikszene. Karten (25 Euro) gibt es noch für beide Tage. sonicvisions.lu.ps

Politique



Don't Call it Machtkonzentration

Xavier Bettel stellte sich uneingeschränkt hinter den Sektor, Verwaltungsratspräsidentin Michèle Bram sagte, dass alle „de bonne foi“ handeln würden, Audit-Verfasser Manuel Baldauff konnte keine große Unstimmigkeiten entdecken und Guy Daleiden findet es schade, dass überhaupt über den Film Fund diskutiert wird. Kurz: Weitergehen, hier gibt es nichts zu sehen. Zwar sinken die Zuschauerzahlen der Luxemburger Filmproduktionen und manche „production pour le tirroir“ könnte man hinterfragen, aber der Premier ließ durchblicken, dass Wirtschaftlichkeit eigentlich keine Rolle spielt. „Dat si keng Depense fir mecht“, es gehe schließlich um Kultur. Bettel und Daleiden nahmen bei der Pressekonferenz, die ein Jahr nach der Fertigstellung des Audits doch noch stattfand, den Filmsektor in Geiselhaft: Wer kritisch hinterfragt, stellt den gesamten Filmsektor in Frage und gilt als Nestbeschmutzer. Der Film Fund funktioniert im Zustand, wie er jetzt läuft oder er funktioniert nicht. Ob es möglicherweise die Gefahr einer Machtkonzentration bei einem Direktor gibt, der seit fast 30 Jahren an der Spitze sitzt und maßgeblich über die Verteilung der Mittel mitentscheidet, wie es das Audit andeutet, bleibt deshalb ebenso unbeantwortet, wie die Frage, nach welchen Regeln eigentlich die Gelder verteilt werden. Damit geht der Medienminister auch einer Diskussion aus dem Weg, was die öffentliche Hand eigentlich genau mit den rund 41 Millionen Euro finanzieren soll: eine Luxemburger Filmkultur oder eine Filmindustrie. ps

Art contemporain



Une scène unie

Entre l'atelier joyeusement chaotique de Daniel Wagener, invité par le Casino Luxembourg et installé à l'entrée du Hall Victor Hugo (avec affiches à emporter ; photo du haut : sb), la section marché à proprement parler et le réseautage des *happy few* (photo du bas : le Premier ministre Xavier Bettel, DP, en mode *selfie*), l'Art Week 2019 aura réussi le grand écart. Elle a surtout su unir toute la scène des arts plastiques, entre collectifs d'artistes plus ou moins structurés (*Take Off*), institutions avec leurs programmes-satellites et galeries nationales ou internationales s'adressant à un public plus pointu. En s'aventurant au Limpertsberg dimanche, on se croyait à la braderie, tellement il y avait de monde. Et beaucoup de gens achetaient, souvent des multiples ou des œuvres accessibles, mais de nombreux galeristes se disaient satisfaits de leurs ventes – ce qui décidera finalement de leur retour éventuel l'année prochaine. Le recours à la salle des sports du LGL s'est avéré un coup de génie, l'ambiance y fut chaleureuse. jh

Théâtre



Art contre pouvoir

Comment naissent la violence et le terrorisme ? La question taraude non seulement le monde politique, mais aussi le théâtre en ce moment. À tel point que les Théâtres de la Ville de Luxembourg ont regroupé toute une série de spectacles de cette saison dans un cycle consacré à la violence. Ce cycle souvrira la semaine prochaine, mercredi 20 novembre, à 19 heures, au Grand Théâtre par un entretien entre la journaliste et reporter de guerre française Florence Aubenas et le jeune metteur en scène français Julien Gosselin. Les trois jours suivants, jeudi 21, vendredi 22 et samedi 23 novembre, toujours à 20 heures, le même Grand Théâtre accueillera la trilogie immersive que Gosselin a consacrée au sujet de la violence, en adaptant trois romans de Don DeLillo pour la scène. Le marathon, créé l'année dernière au Festival d'Avignon (photo : Christophe Raynaud de Lage), se base sur *Joueurs* (*Players*, 1977), *Mao II* (1991) et *Les Noms* (*The Names*, 1982) – trois décennies et trois milieux différents de la société américaine – et durait dix heures d'affilée. Au Luxembourg, le public pourra s'y noyer par spectacles de trois heures chacun (theatres.lu). jh



Luxemburgensia



Charming data mapping

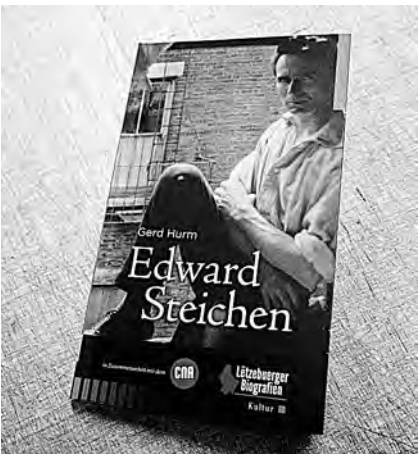
Parce que, contrairement à leur prétention, toutes les cartographies sont biaisées par le point de vue de celui qui les dresse, autant y aller franchement ! Voilà le précepte de départ de la designer néerlandaise Annelys Devet, qui s'est lancée en 2003 déjà dans la publication d'« atlas subjectifs » de villes et pays. Bruxelles, la Serbie, la Palestine ou le Pakistan sont parmi les pays qu'elle a déjà visités. À chaque fois, elle implique les populations locales, avec l'idée que, si la description objective d'un lieu, de sa géographie, de son économie ou de sa population n'existent pas, peut-être qu'un tableau plus complet et diversifié naîtra de l'addition des subjectivités. En automne 2018, elle s'est associée à *Design City* et au Casino Luxembourg pour un *workshop* créatif dont est issu le *Subjective Atlas of Luxembourg*, qui vient d'être présenté au Casino. Les participants aux ateliers y présentent leurs points de vue sur le pays des banques, des stations-service (photo : TPC) ou des chantiers pour un survol touchant du grand-duché. L'originalité se situe dans le choix des participants : enfants et artistes, photographes et femmes en détresse proposent une autre vue que celle des économistes et politiques à laquelle on est habitué (Subjective Editions ; ISBN 9789463963459 ; en vente 19,5 euros au Casino). jh

Luxemburgensia



Verlagssterben

Die Editions Saint-Paul werden eingestellt. Diese Nachricht teilt das Medienhaus Saint-Paul kurz vor Beginn der Walfer Bicherdeeg mit. Saint-Paul wollte sich auf sein Hauptgeschäft mit journalistischen Medien konzentrieren, heißt es in einem Schreiben. Tatsächlich ist seit längerem bekannt, dass das Geschäft der Editions verlustreich ist. Allerdings hat der Verlag in den vergangenen Jahren durch neue Modelle wie die Reihe Luxemburger Biografien (Foto: Gerd Hurm, *Edward Steichen*) versucht, das Geschäft wiederzubeleben. Was mit den rund 50 Autoren oder auch der historischen Zeitschrift *Hémécht* geschieht, ist unklar: Prinzipiell gibt es eine Absichtserklärung, dass Schortgen Editions die Autoren ab 1. Januar 2020 übernehmen werden, näheres war auf Nachfrage nicht zu erfahren. Die Editions Saint-Paul wurden 1887 gegründet. Für die Luxemburgensia gilt wohl die gleiche Feststellung, die Premierminister Xavier Bettel vor wenigen Tagen zum Filmsektor äußerte. Es gibt keinen Luxemburger Markt für den Filmsektor. Entweder die öffentliche Hand übernimmt die Unkosten oder es gibt keinen Luxemburger Film. ps



Musique/Festival



Dark was the night

Das Touch of Noir feiert zehnjähriges Jubiläum: Das interdisziplinäre Festival im Kulturzentrum Opderschmelz (noch bis zum 23. November) setzt sich mit dem Düsternen in Musik, Film und Literatur auseinander. Auf dem Programm stehen unter anderem Konzerte des Luxemburger Singer-Songwriter Rome (Foto: Rome), der Jazzer um Jason Moran and the Bandwagon sowie Filme von Tim Burton. Mit *Edipe Redux* kann das Publikum sich auf die Spuren der griechischen Tragödie begeben. Der Jazzpianist und Komponist Lucian Ban hat sich gemeinsam mit dem US-amerikanischen Violinisten Mat Maneri an eine Neuinterpretation von George Enescus Oper gewagt hat. (opderschmelz.lu) ps

Kino

Kubricks Schatten

Doctor Sleep von Regisseur Mike Flanagan beruht auf Stephen Kings gleichnamigem Roman und ist als Fortsetzung des Films *Shining* von Stanley Kubrick aus dem Jahr 1980 angelegt. Kubricks Film gilt als Klassiker des modernen Horrorfilms. In seinem Mittelpunkt steht der alkoholabhängige Jack Torrance (Jack Nicholson), der allmählich dem Wahnsinn verfällt und Frau und Kind angreift. Der Zuschauer blickt in die Hölle einer kranken Existenz. Für Jacks Sohn Danny, der übernatürliche Fähigkeiten besitzt, geht es um die Begegnung mit dem väterlichen Bösen, die tiefe in ihm Spuren hinterlässt. In *Shining* ist besonders die Instanz bedroht, die vor allem im amerikanischen Kino für die bürgerliche Existenz von so zentraler Bedeutung ist: die Familie. Und wie kann man vor den Schrecken der Welt noch sicher sein, wenn der Schrecken sogar aus dem Innern der Familie herrührt? So gesehen, konnte jeder zur tödlichen Bedrohung werden.

In der Fortsetzung leidet der nun erwachsene Danny Torrance (Ewan McGregor) immer noch unter den traumatischen Ereignissen, die sich damals im Overlook Hotel abspielten. Er betrachtet sich im Spiegel, als ob das Böse nun auch dort zu finden sei. Wie einst sein Vater, ist auch er zum Alkoholabhängigen geworden und sucht nach einem Sinn in seinem Leben. Er ist, kurz gesagt, nur noch ein Schatten seiner selbst. Es scheint, als wisse dieser gealterte Danny mit sich selber nichts rechtes mehr anzufangen. Als sich sein Weg mit dem der jungen Abra (Kyliegh Curran) kreuzt, muss er feststellen, dass sie seine Begabung, das *Shining*, teilt. Doch Abra befindet sich in äußerster Gefahr, denn eine gnadenlose Sekte, angeführt von der mysteriösen Rose the Hat (Rebecca Ferguson), ist hinter ihrem *Shining* her, den sie als Lebenssaft braucht ...

Ein gewisses Maß an Vorwissen setzt Mike Flanagans *Doctor Sleep* voraus, da er Elemente aus Stephen Kings Roman *Shining* und Stanley Kubricks Verfilmung frei kombiniert

Wer weder die Literaturvorlage noch den Vorgängerfilm kennt, wird vermutlich seine Probleme haben, *Doctor Sleep* zu folgen. Der Film setzt ein gewisses Maß an Vorwissen voraus, da er Elemente aus Kings Roman und Kubricks Verfilmung frei kombiniert. Der Film versucht aber auch, neben einer Portion Humor so etwas wie die Rückgewinnung der mit *Shining* verlorenen gegangenen Geborgenheit zu entwickeln, die zwischen Danny und Abra erwächst. *Doctor Sleep* gibt die Situation des *huis clos* aus dem Vorgängerfilm auf und ist dafür eher nach den Gesetzmäßigkeiten eines Verfolgungs-Thrillers quer durch die Vereinigten Staaten inszeniert. Unter seinen verteilten Erzählsträngen und dem ständigen Fokuswechsel auf unterschiedliche Figuren leidet der Film allerdings. Ewan McGregor schafft es zwar, die ihm auf genuine Weise anhaftende Sympathie für die Anbindung an seine Figur nutzbar zu machen, doch das Motiv seiner Heldenreise bleibt fragwürdig. Das Schicksal jedenfalls ist so vorhersehbar, wie es für ihn unabwendbar ist. Und so muss die Reise dann auch, kaum verwunderlich, an den Ort zurückführen, an dem alles begonnen hatte. Im letzten Drittel erweist Regisseur Mike Flanagan (*Ouija*, 2015; *Oculus*, 2013) Kubrick seine Reverenz, aber Flanagan erschöpft sich nicht nur an filmischen Verweisen, sondern versucht beides – den visionären Stil Kubricks und seine eigene Bildsprache – zusammenzuführen. Daraus gelingt ihm ein über weite Strecken visuell reizvolles Abenteuer. Aber es ist das Gewicht des Vorgängerfilms, das gleichsam unentwegt über dieser Fortsetzung liegt. Wie angeführt, war *Shining* hinsichtlich der Angst-auslösenden Affekte a priori auf einem Superlativ aufgebaut – und Superlative lassen sich bekanntlich nicht steigern. Mit Blick auf die Logik einer Fortsetzung, dem Ausbauen und Vertiefen der schon bekannten Charaktere, dem Wiederaufgreifen der ursprünglichen Themen, hat *Doctor Sleep* wenig zu bieten. So wirkt er eher wie eine Kopie bekannter Muster, die sich in den Schatten eines regelrechten Meisterwerkes stellen muss, zitiert dieses ausgiebig, ohne es jedoch zu erreichen. *Doctor Sleep* ist ein mäßig spannender Horrorfilm, aber auch eine Fortsetzung, die man nicht braucht. Marc Trappendreher

Art contemporain

Lucien Kayser

S'il n'est pas possible, pas souhaitable de toute façon, de mettre une étiquette à l'œuvre de David Wojnarowicz, ce qui reviendrait à l'enfermer dans un tiroir, et puis l'artiste new yorkais a touché à toutes les techniques, il n'est pas faux de voir en lui comme le paragon d'une époque. Ces années 80 qu'il représente plus que tout autre, jusque dans sa mort prématurée, années d'une ébullition artistique, de la plus vive effervescence, d'une agitation qui avait ses côtés violents, et de ravages humains terribles causés par le sida. David Wojnarowicz est mort en juillet 1992, à l'âge de 37 ans seulement. Et sans la moindre propension à la superstition, ou un symbolisme exagéré, on constatera qu'il n'a vécu quand même que le temps d'Arthur Rimbaud, pas plus, et un siècle après le poète français, c'est toute une décennie en enfer que son œuvre nous déploie, dans les deux galeries du rez-de-chaussée du Mudam.

« Un soir j'ai assis la Beauté sur mes genoux... Et je l'ai trouvée amère » : c'est David Wojnarowicz lui-même qui impose cette référence à Rimbaud, dès la première salle où se font face deux portraits, deux regards juvéniles, avec à côté des photographies d'une série où l'artiste avait fait porter, en 1978-1979, des masques à l'effigie du poète à des amis, dans des endroits de New York liés à son propre parcours. Wojnarowicz avait été à l'époque à Paris, il se peut qu'il ait vu l'une ou l'autre sérigraphie collée sur un mur par Ernest Pignon-Ernest, et l'on n'oublie plus, c'est vrai, ce visage qui vient d'un portrait fait de Rimbaud, alors qu'il avait 17 ans, par Etienne Carjat. Véritable icône, tout y est, la jeunesse, la rébellion, trimbalées alors dans le nouveau monde.

Après une entrée en matière qu'on qualifiera de conceptuelle, c'est l'éclat(ement) des formes, des couleurs, leur explosion, dans des œuvres souvent réalisées à partir de matériaux récupérés. David Wojnarowicz vit alors, traîne plutôt, sur les quais de la Hudson River, les jetées où arrivaient jadis les gros navires, abandonnées alors, prises depuis dans la gentrification de New York ; et l'artiste ne pouvait



À cent ans de distance, un même destin

se douter qu'il était tout près de ce qui sera, à Meatpacking, le nouveau Whitney Museum, construit en 2015 par Renzo Piano (c'est de là qu'est partie cette rétrospective). D'un bout à l'autre, les peintures oscillent entre l'intimité et l'activisme, la fureur et la tendresse, documents d'une force extrême des années 80, véritable imagerie de la vie de la métropole, du fonctionnement (social, politique) du pays, rappel constant de l'épidémie du sida qui frappe alors en premier la communauté homosexuelle.

Avec tout ce que l'art de David Wojnarowicz comporte de critique, d'accusateur, sa part de virulence, et il vise fort et juste, ses œuvres sont comme des fleurs qui naissent du mal, nourries par l'amour. Quatre peintures, vers 1990, représentent d'ailleurs des fleurs exotiques, elles sont belles, mais il faut aller voir de près, les textes autobiographiques sérigraphiés, les photographies qui y sont cousues. Elles sont belles aussi, les allégories de la terre, de l'eau, du feu et du vent, et s'inscrivent dans une tradition de l'histoire de



Lucien Kayser

Entre intimité et activisme, entre fureur et tendresse, les années 80 à travers les œuvres de l'artiste new yorkais David Wojnarowicz au Mudam

l'art. Ainsi, David Wojnarowicz dépasse le moment qu'il situe dans toute son urgence. Son mentor et ami, amant, le photographe Peter Hujar, quand celui-ci meurt en 1987, il le photographie, sur son lit, le visage, les mains, les pieds, 23 prises en tout, comme le nombre de paires de chromosomes chez l'homme. Un nouveau memento mori. De janvier 1914 à jan-

vier 1915, Ferdinand Hodler avait fait 74 tableaux, plus de 240 dessins de sa maîtresse Valentine Godé-Darel, au long de son agonie, suivant de jour en jour le corps qui se déchaine. Ce qu'il faut, dans pareils cas, de dépassement du désespoir.

« Ah ! les poumons brûlent, les tempes grondent ! La nuit roule dans mes yeux, par ce soleil ! Le cœur... les membres... » (Rimbaud, *Une saison en enfer*). Dans ce qui s'apparente à un testament, *One day this kid*, de 1990-1991, David Wojnarowicz a combiné une photographie de lui enfant et la prédiction de la violence qu'il subira. *One day politicians will enact legislation against this kid...* *The kid will lose his constitutional rights against the government's invasion of his privacy...* Revendiquant sa différence, David Wojnarowicz, jusqu'au bout, s'est battu pour plus d'humanité.

L'exposition *History keeps me awake at night* de David Wojnarowicz dure jusqu'au 9 février 2020 au Mudam ; mudam.lu.

Theater

Feminismus von gestern

Jeff Thoss

Zu Beginn tönt Beyoncé's *Crazy in Love* aus den Lautsprechern. Näher an die Gegenwart als mit diesem Hit der gelegentlich als Feminismus-Ikone gehandelten Sängerin aus dem Jahr 2003 wird man an diesem Abend im Bettenburger Schloss nicht rücken. Auf dem Programm steht *Nur Kinder, Küche, Kirche*, eine Serie von Monologen aus der gemeinsamen Feder von Dario Fo und Franca Rame von 1977. Aus den ursprünglichen neun Texten hat Regisseur Florian Hackspiel drei ausgewählt: „Eine Frau allein“, „Mama Hexe“ und „Medea“. Dargeboten

werden sie abwechselnd von Rosalie Maes und Friederike Majerczyk im Zuschauerraum des FestsaaIs. Das Publikum sitzt im Stuhlkreis um die lediglich durch einen Teppich markierte Bühne.

In Sachen Raumgestaltung mag sich das Kaleidoskop Theater etwas einfallen lassen haben, kommt aber um das Problem nicht herum, dass die Textvorlage schlicht gealtert ist. Fos und Rames *Nur Kinder, Küche, Kirche* ist eine groteske Überzeichnung der Situation vieler Frauen zur Zeit der Entstehung des Stücks: Als Hausfrauen und Mütter sind sie an Heim und Herd gefesselt; alternative Lebensentwürfe sind im katholisch-konservativen Italien der Siebziger kaum möglich. Aber, ohne den Fortbestand alter Rollenbilder leugnen zu wollen, die Probleme von heute sind nun mal andere. Es gibt keine berufstätige weibliche Figur in *Nur Kinder, Küche, Kirche*, so dass ein weiteres K, die Karriere, die Frauen heutzutage weit mehr beschäftigen dürfte als etwa die Kirche, gar nicht thematisiert wird.

Im Programmheft wird dem Stück dennoch ein „unabdingbare Aktualität“ zugesprochen. Davon ist auf der Bühne leider wenig zu spüren. Wenn es Hackspiel um einen starken Gegenwartsbezug geht – der Beyoncé-Einspieler weist zumindest in diese Richtung –, ist diese Inszenierung missraten. Sie verfolgt bestenfalls archaische Absichten und arbeitet die Fragestellungen auf, die die Mütter und Großmütter der *#metoo*-Aktivistinnen einst beschäftigten. Mit ein wenig gedanklicher Verrenkung ließe sich das als Mahnung verstehen, nicht zu jenen Verhältnissen zurückzukehren, die Fo und Rame anprangern.

In „Eine Frau allein“ wird ein klaustrophobisches häusliches Szenario entworfen. Rosalie Maes hetzt

Wenn es Florian Hackspiel um einen starken Gegenwartsbezug geht, ist seine Inszenierung von *Nur Kinder, Küche, Kirche* missraten

in goldenem Aerobic-Outfit und einer Mischung aus Morgenmantel und Häkeldecke um die Schaltern zwischen den Zuschauern hin und her. Der Stuhlkreis ist ihr Gefängnis, in dem sie von Ehemann, Baby, Schwager, Liebhaber und Spanner in die Enge getrieben wird. Das ist alles herrlich überspitzt, nutzt sich in der durchweg schrillen Darbietung Maes' allerdings schnell ab. Es gibt wenig Subtilität in dieser Aufführung, die nicht umhin kann, das Phallushafte der Waffe, mit der die Heldin ihren Spanner erschießen möchte, auch noch dadurch zu unterstreichen, dass die Schauspielerin am Gewehrlauf auf- und abreibt.

Ebenso unmissverständlich dürfte das überdimensionale Kreuz sein, das für den zweiten Monolog aus Kisten auf dem Boden errichtet wird. In „Mama Hexe“ sucht die von Friederike Majerczyk verkörperte Sprecherin, ebenfalls in gold-weißem Dress, in einem Beichtstuhl Zuflucht, nachdem Ehemann und Sohn der allzu nonkonformistischen Mutter die Polizei auf den Hals gehetzt haben. Geschildert wird ein gescheiterter Ausbruchversuch, der zwischen Christdemokratie und Kommunistischer Partei zerrieben wird. Die Austauschbarkeit der großen Ideologeme in Bezug auf das Los der Frauen wird hier sehr schön herausgearbeitet, schauspielerisch fehlen allerdings wiederum die Zwischentöne.

Nach der Küche und der Kirche sind im letzten Teil des Abends die Kinder dran: Den kurzen Text von „Medea“ teilen sich Maes und Majerczyk, während sich ihre synchronen Bewegungen auf der nun zweigeteilten Bühne spiegeln. Nur im Kindsmord kann das Patriarchat noch gestoppt werden, freilich um den Preis, dass der Gesellschaft jegliche Zukunft verwehrt wird. Angesichts der hier stark ritualisierten Inszenierungsweise, die das Farcenhafte der vorherigen Monologe tilgt und den Medea-Stoff ins Überzeitliche hebt, fragt man sich abschließend wieder nach den Absichten dieser Produktion.

Ist Fos und Rames *Nur Kinder, Küche, Kirche* ein Stück der Siebzigerjahre, ein Stück für heute oder gar ein Stück für alle Zeiten? Die Bettenburger Inszenierung lässt einen ratlos zurück. Es gelingt ihr einfach nicht, den Bezug zwischen den auf der Bühne gezeigten Geschlechterverhältnissen und denen, mit denen wir gegenwärtig leben, klarzustellen. „Unabdingbare Aktualität“ sieht anders aus.

Nur Kinder, Küche, Kirche, von Dario Fo und Franca Rame; Inszenierung: Florian Hackspiel; mit Rosalie Maes und Friederike Majerczyk. Die Premiere war am 5. November; weitere Termine am 19. und 20. November, jeweils um 20 Uhr; Kaleidoskop Theater, Schloss Bettenburg. www.kaleidoskop.lu, ticket@kaleidoskop.lu oder Telefon 621 593 619.



Rosalie Maes

Theatre

A catalogue against dejection

Jeff Thoss

Judging by the number of plays performed in vacant properties, one could think that housing wasn't an issue in this country. For their second production, the Volleksbühn has cast aside the proletarian connotations of their name and decided to stage a show in an empty mansion in the Cents quarter, replete with indoor swimming pool and marble floors. Class issues are, however, largely moot on this evening, which deals with the more pervasive topics of depression and suicide. The uninitiated may expect nothing less than a performance of Sarah Kane's *4.48 Psychosis* from a theatre collective to whose name so much radical chic is attached. Yet, as already established, names can be deceiving.

The Volleksbühn's new performance series is titled *carte grise* and offers artists unlimited creative freedom on a limited budget (hence the choice of colour). For its inauguration, the honour went to Sally Merres, who picked Duncan Macmillan's *Every Brilliant Thing* for her directorial debut. Since its premiere in 2013, Macmillan's play has become something of a sensation; it's even been televised by *HBO*. Mixing comedy, drama and quasi-documentary sections, *Every Brilliant Thing* features a single actor and a simple premise: The unnamed protagonist is trying to cope with his mother's recent suicide by completing a list he started compiling when he was seven, in an attempt to cheer her up after her first suicide attempt.

It's a list of all the little things that make life worth living, starting with "1. ice cream" and running into triple digits and beyond via such items as "staying up past your bedtime and being allowed to watch TV" and "the fact that Beyoncé and Gustav Mahler are eighth cousins, four times removed". Before the performance, audience members are given index cards featuring one of these items on them. During the performance, which lasts roughly one hour, they are cued by the protagonist to read them aloud while he narrates episodes from his life. And, there is more audience interaction, since all additional roles – a vet, the protagonist's father, his girlfriend Sam, a former teacher – are played by patrons in the theatre, chosen ad-hoc by the main character for walk-on parts.

With so many variables and unknowns dictating the course of the evening, it seems clear that a substantial directorial task lies in casting the right actor, someone who



Isaac Bush is almost wholly responsible for the show's dynamic

will not only carry a one-hour "solo" show but also manage (on the show's opening night) around fifty inadvertent co-stars. In this, the Volleksbühn's production of *Every Brilliant Thing* has succeeded: Isaac Bush proves himself to be an versatile and adaptable actor who has seemingly already won the audience over while distributing index cards before the show's start.

Incidentally, in that brief period the audience has the chance to walk through parts of the mansion, whose atrociously painted library functions as the theatre lobby. One can discover objects scattered around that later function as props, the symbolism of a couple of Sylvia Plath books placed on shelves being somewhat heavy-handed. During the play, the audience remains seated (expect for those asked to act) in

***Every Brilliant Thing* works best when it segues wildly differing moods and genres in the blink of an eye**

the spacious living room, while Bush paces up and down in their midst, sometimes moves into adjacent rooms and in one scene out onto the patio. Sadly, the pool area, which houses a large-scale modernist portrait, isn't put to much use.

It is the actor who's almost wholly responsible for the show's dynamic. The lighting is rather subdued, using only subtle changes to accentuate certain parts. Music is slightly more prominent as it features in key episodes of the protagonist's narrative, being played on a portable turntable (Ray Charles) or emanating from some distant room (Daniel Johnston). Occasionally, voice recordings are played over speakers and the lights dimmed. Oddly, these moments seem more like intermissions than integral parts of the play.

Every Brilliant Thing works best when it segues wildly differing moods and genres, going from a stand-up comedy routine to an introspective monologue in the blink of an eye. The play has its overly didactic moments: readings from suicide statistics or the ethics code on how to report on suicides in the media. Still, they serve their purpose within its aim of conceiving of suicide as a "social contagion", a contagion that can only be counter-acted by spreading a different, uplifting and life-affirming kind of message. That is what this show does with its participative and communal spirit. Cleary, Sarah Kane this is not. One may find Duncan Macmillan mawkish and naïve in places, yet it's hard to resist this evening's charm. And it's hard to resist Isaac Bush's infectious performance.

Every Brilliant Thing by Duncan Macmillan, directed by Sally Merres; with Isaac Bush; a Volleksbühn- production; premiered on November 9th at 186, rue de Trèves, Luxembourg. No further performances; information: volleksbuehn.lu.

Musique live

La course de Grunwalski



L'Asian Dub Foundation rejouant *La haine*

Kévin Krocze

Un cocktail molotov se dirige au ralenti contre une photographie en plan large de notre planète. Le narrateur conte l'histoire d'un homme qui tombe d'un immeuble de cinquante étages. Durant sa chute, ce dernier se répète sans cesse « jusqu'ici tout va bien », mais le destin est inéluctable car « l'important c'est pas la chute, mais l'atterrissage. » La bouteille en verre se brise, le globe est en feu et l'image est en noir et blanc. Jeudi 7 novembre, le public de la Kulturfabrik a pu (re) découvrir sur grand écran le célèbre prologue issu du cultissime film *La haine* (1995) dans le cadre d'un ciné-concert. Steve Chandra Savale, Dr.Das et Brian Fairbairn de l'Asian Dub Foundation étaient aux manettes et ont présenté un show efficace, aussi amusant que déroutant. Leur spectacle, passé par Londres, Paris et Istanbul a fait un crochet par le Grand-Duché. Retour sur l'événement.

Le show est *sold-out*. C'est que le chef d'œuvre de Mathieu Kassovitz fait encore sensation près de 25 ans après sa sortie. Dans *La haine*, on suit

les pérégrinations, 24 heures durant, d'un trio de jeunes de banlieue archétypaux. Leur réveil dans un quartier ravagé par de violentes manifestations, leurs rencontres avec une multitude de personnages toujours plus dingues, et leur fin tragique qu'on taira ici. Ce conte moderne sur fond de violence policière est un must et l'opportunité de le voir remixé par le groupe alternatif britannique avait de quoi faire saliver.

Dans la grande salle, de très nombreuses chaises ont été installées, ou comment institutionnaliser l'*underground*. La séance sera donc plus ciné que concert. L'audience regroupe surtout des trentenaires et jeunes quadragénaires. La lumière éteinte, les percussions font sursauter. Les images sont projetées sur un écran et les artistes interprètent leur titre *Th9* en version instrumentale. Quelques riffs à la guitare électrique calqués sur les images du générique donnent le la. Les retardataires se fauflent entre les allées étroites. Le concert sera placé sous le signe de l'urgence.

Le ciné-concert autour du cultissime *La haine* de Mathieu Kassovitz à la Kulturfabrik était placé sous le signe de l'urgence

Le son du long-métrage, presque dépourvu de musique à l'origine, est si bas que les dialogues sont souvent inaudibles. Des sous-titres en anglais permettent de suivre l'intrigue. Les trois musiciens font une relecture en imaginant leur propre bande originale éclectique et déconcertante par certains aspects. Ainsi, dans la séquence de présentation de Vinz, personnage interprété par Vincent Cassel, une musique traditionnelle juive – entendue quelques secondes à peine dans le film – est ici prolongée et remixée à la sauce reggaeton. De la même manière, les quelques morceaux rap parsemés ici et là prennent un virage quasi pop-rock qui peut dérouter.

Les titres s'enchaînent et se complètent avec plus ou moins de cohérence. Le trio court après les images comme si sa vie en dépendait, un peu comme Grunwalski, ce personnage évoqué par un vieil homme dans une scène d'anthologie et qui court après un train en marche dans les steppes sibériennes. Entre des effets de réverbération des voix des héros et du *sampling* à l'excès de bruitages issus du métrage, la musique parfois trop forte annule le réalisme brut du film en développant son aspect onirique. Les saillies de Saïd Taghmaoui font rire à gorge déployée, malgré plusieurs couches de sons. La séance se termine comme elle a commencé, dans une incandescence qui aura fait suer les musiciens et le public.

Cinémasteak

Un pope en Italie

Après *Tempo di Viaggio* (1979), qui retrace les repérages effectués en Italie par Andreï Tarkovski (1932-1986), le plus célèbre des cinéastes soviétiques entreprend de tourner son premier long-métrage dans la Péninsule, le bien nommé *Nostalghia* (1983), fruit d'une coproduction inédite entre l'Union soviétique et une chaîne de télévision (la *Rai 3*). C'est à cette fin que Tarkovski arrive à Rome, accueilli sur le tarmac par ses deux amis, le cinéaste Michelangelo Antonioni et le poète et scénariste fellinien Tonino Guerra. Il s'agit d'un retour aux sources pour notre Soviétique, puisque c'est en Italie que sa carrière prit une tournure décisive, lorsque son premier long-métrage, *L'enfance d'Ivan*, rafla en 1962 la plus haute récompense de la *Mostra* de Venise. Une distinction européenne qui, en ces temps de Guerre froide, devait à la fois protéger Tarkovski, mais aussi le rendre suspect d'« occidentalisme » auprès des autorités soviétiques... En cette période de tensions internationales – le mur de Berlin venait tout juste d'être érigé –, d'importants enjeux diplomatiques se jouent par l'intermédiaire des festivals de cinéma.

Ce film à l'exil consenti, pour mieux ressentir le sentiment de nostalgie qui emporte le protagoniste, un écrivain russe répondant au nom de Gortchakov (Oleg Yankovski), n'est pas isolé au sein de la filmographie tarkovskienne. Si les paysages et la langue sont bien empruntés à la Toscane, le modèle narratif, l'idéologie passiste, tout comme l'esthétique du film, sont en tous points conformes aux autres œuvres, passées comme à venir, du cinéaste. Ainsi la fable débute-t-elle à partir du mythe de la Genèse pour accoucher d'une image de la Résurrection à l'autre extrémité du récit. De l'Ancien au Nouveau Testament, c'est l'ensemble du cycle incarnationnel que célèbre la fiction de Tarkovski. À l'unité édénique sur laquelle s'ouvre *Nostalghia* succède un moment diabolique qui vient désunir des couples de personnages. De même que le jeune Ivan perdait sa mère au terme d'un rêve inaugural (*L'enfance d'Ivan*), de même, le couple formé par l'écrivain et la traductrice italienne (Eugenia, interprétée par Domiziana Giordano) s'éloigne jusqu'à se perdre de vue. L'écrivain lui-même est intérieurement déchiré entre le passé et le présent, la Russie et l'Italie, la sainte (la Mère et épouse recluse dans la datcha) et la putain (la lascivité d'Eugenia, femme en cheveux symboliquement rapportée à la scandaleuse Maddalena). Cela, bien sûr, avant qu'un dernier moment glorieux ne vienne relier ce qui aura été séparé, accomplissement dialectique où toutes les oppositions forgées antérieurement sont suspendues. Le culte marial est également omniprésent dans *Nostalghia*, dès la confrontation avec la *Madona del Parto* de Piero della Francesca. L'enfantement annoncé par la fresque est mystérieux ; et ce sont toujours selon des voies inorganiques et oniriques que se conçoit chez Tarkovski la parturition. À l'instar des icônes byzantines miraculeusement engendrées, non-faites de main d'homme selon la légende, ou de l'édification de la cloche de saint Georges dans *Andreï Roublev* (1971).

À l'unité édénique sur laquelle s'ouvre *Nostalghia* succède un moment diabolique qui vient désunir des couples de personnages

On l'aura compris : Tarkovski ne cesse de remâcher ses obsessions de fervent orthodoxe. De film en film, il en décline fidèlement le programme théologique. Il n'en délivre pas moins une mise en scène virtuose, et des images sublimes qui parviendront toujours à éblouir les spectateurs occidentaux. Loïc Millot

Nostalghia d'Andreï Tarkovski (Italie-Russie, 1983, 125 min.) est présenté le mercredi 20 novembre à 18h30, Cinémathèque de Luxembourg, place du Théâtre

Danse contemporaine

L'art de tomber



Chez Zazzera, « la chute » trouve une dimension narrative étonnante

Godfrey Gordet

Sujet de récurrence dans la danse contemporaine, la chute à proprement parler est une base rhétorique du mouvement, un outil du corps dansant vers l'objet de recherche, une ligne de tonicité chez le danseur qui occupe grâce à elle la verticalité autant que l'horizontalité... Dans ce sens, Giovanni Zazzera prend cette préoccupation à bras le corps dans sa dernière création *Until you fall*, un spectacle qui explore le fait de tomber, au premier degré donc, physiquement, mais aussi métaphoriquement. Un ouvrage réussi, sans pour autant en tomber à la renverse.

Giovanni Zazzera n'a pas l'actuelle popularité des quelques chorégraphes en vogue à Luxembourg. Pourtant, lauréat du *Lëtzeburger Danzpräis* en 2013, il connaît depuis ces dernières années une belle évolution artistique. Ouvert à différents styles de danse, interprète impliqué et appliqué, chercheur chorégraphe insatiable et globe-trotter, l'artiste luxembourgeois a signé depuis 2013 plusieurs pièces remarquées. De son premier spectacle chorégraphique *If I*, monté dans le stimulant cadre du Trois CL et montré dans de nombreux festivals, Zazzera crée ensuite *Reverse*, *T.r.U.s.t*, *Secrets*, *Quand le silence parle*, *Flowers grows, even in the sand*, *Art.13* en collaboration avec la Compagnie Awa et les artistes Sandy Flinto et Pierrick Grobéty, ou encore *Fenrir de riese Wollef*, associé à Anaïs Lorentz et Ela Baumann. Huitième pièce qu'il dirige seul aux commandes, *Until you fall* correspond à une suite logique dans son parcours à lui, qui, il y a deux ans, assumait encore sa position d'artiste émergent intégré au programme de soutien *Émergences* du 3CL. Aujourd'hui, de projet en projet, se décline une position plus nette dans sa recherche stylistique, narrative et chorégraphique. Une quête d'identité artistique, montrant des formes nouvelles qui commencent à s'ancrer fortement et durablement sur la scène de la danse contemporaine luxembourgeoise.

En première au Mierscher Kulturhaus le 5 juin dernier, voilà un moment que Giovanni Zazzera, ses cinq interprètes et le reste de l'équipe, peaufinent cette création. Une recherche autour de la chute, des manières de « tomber » : en amour, de haut en bas, de droite à gauche, sur un public enthousiaste ou pas, sur un succès ou une tuile. En fait, la myriade d'éléments de recherche que provoque *Until you fall* donne le vertige, car, outre le fait physique qui incombe à notre statut d'humain logé sur terre, la chute est une notion aussi philosophique que poétique, absurde ou drôle. Aussi, dans ce dernier spectacle, Giovanni Zazzera rappelle que dans la banalité d'une chute, la pesanteur force la grâce des interprètes. De leurs gestes et mouvements, les trois danseurs et deux danseuses choient. Constamment renversés, volontairement ou non, ces actions ou accidents provoquent la grammaire de l'histoire contée, celle que Zazzera a écrite par les corps, ceux-ci donnant sens par leurs chutes, multiples et redondantes, pour que finalement tout s'écroule autour d'eux, comme pour boucler la boucle.

Until you fall de Giovanni Zazzera explore le fait de tomber, au premier degré, physiquement, mais aussi métaphoriquement

Chez Zazzera, « la chute » trouve ainsi une dimension narrative étonnante, bien plus que sa fonction chorégraphique, qui, pour le coup, n'a rien d'original tant cette recherche est omniprésente dans la danse. Si la gravité terrestre force le pas aux créatifs de la danse, voilà plusieurs décennies que nombre d'entre eux problématisent « la chute ». Du lâcher prise à l'abandon du corps chez Yoann Bourgeois, en passant par un travail sur la verticalité chez Mourad Merzouki, ou bien d'autres préoccupations chez la plupart des grands chorégraphes contemporains, la chute représente en danse, un objet de questionnement en réappropriation constante. Et c'est là que se situe Zazzera, dans une nouvelle interprétation d'un thème qui induit, outre la maîtrise du geste en tant que tel, une connaissance de l'usage du sol. Parce qu'une chute en danse est inévitablement tournée vers le risque d'atteindre le sol et les conséquences qui en découlent. D'ailleurs, comble du comble, l'un des artistes-interprètes a chuté le week-end dernier au théâtre d'Esch-sur-Alzette, sa blessure engendrant l'annulation de la représentation du lendemain... Un aléa du spectacle vivant qui survient comme une réponse pragmatique à la problématique artistique en présence.

Until you fall, concept et chorégraphie : Giovanni Zazzera ; musique : Nikola Jeremic ; scénographie : Dagmar Weitze ; regard extérieur : Thierry Raymond ; création lumière : Nina Schaeffer ; avec Catarina Barbosa, Hayato Yamaguchi, Alexandre Lipaux, William Cardoso, Valentina Zappa ; une coproduction de l'asbl Koppla Bunz, avec le Mierscher Kulturhaus et le Théâtre d'Esch ; koplabunz.com

Art contemporain

Le monde d'Amos

Florence Lhote

Dans un futur proche où des entrelacs d'intelligences artificielles seront dédiées à faire notre bonheur sur terre (et où certaines d'entre elles font déjà, de notre part, l'objet de massives utilisations), le monde imaginé par Cécil B. Evans offre une plongée paradoxale. L'artiste belgo-américaine invite dans l'exposition *Amos' World*, actuellement visible au Frac Lorraine à Metz, le spectateur à un partage de l'équilibre communautaire et utopique. Revue de détail de l'univers de Cécil B. Evans.

L'utopie Entrons de plein pied au sein de l'utopie proposée par *Amos' World*, un architecte qui a ima-



L'exposition est structurée en plusieurs « épisodes »

giné un grand ensemble à visée progressiste. Cécil B. Evans propose rien moins au spectateur que de devenir acteur-résident de cet immeuble, au même titre que les autres locataires de l'histoire : la secrétaire, les Nargis, Gloria, Elle/La mère, la voyageuse du temps, le concierge et une voiture automatique. Au commencement de cette nouvelle utopie et réunissant tous les personnages-locataires se trouve un fameux grand ensemble.

Le grand ensemble Le bâtiment d'Amos s'inspire de ces grands ensembles construits dans l'après-guerre à travers l'Europe. On pense à Le Corbusier et à son désir de « Cité radieuse » devenue aujourd'hui réalité à Briey, à cette idée de proposer une parcelle de bonheur en kit à l'instar de l'intelligence artificielle, s'arrogeant le droit d'investiguer au besoin des espaces très personnels. Cette intimité dépliée est aussi celle que propose l'œuvre de Cécil

B. Evans. On y suit un capitalisme construit au travers du maître des lieux, Amos, qui souhaite articuler espaces individuels et communs, mais à qui l'histoire et ses locataires échappent.

Les locataires Sous-produits de l'idéologie brutaliste, ces grands ensembles veulent produire des espaces privés idéalement articulés aux espaces communs, proposant une harmonie et

une concordance parfaite entre l'architecture, l'homme et la nature. Ces structures exploient au maximum les ressources disponibles, faites pour loger de nombreuses personnes en un même lieu et maîtrisant les espaces de loisirs. Mais les locataires se rebiffent. On est aux premières loges du spectacle, dans une espèce de cabine imaginée par l'artiste. On est bien à hauteur des personnages de cette série d'un genre nouveau.

La série Dans cette série en trois épisodes, les péripéties d'acteurs, actrices et personnages animés grâce à des techniques analogues et digitales s'enchaînent. Cécil B. Evans se plaît à déjouer les codes de ces fictions animées à la stéréotypie généralement appuyée. Si elle s'empare de certains de ces clichés, elle saisit leur potentiel identificatoire afin de le déplacer comme pour Amos, archétype de l'homme blanc arrogant. Le bâtiment qu'il a imaginé se révèle être en inadéquation avec l'idéal qu'il souhaitait mettre en œuvre. Les besoins physiques et émotionnels des habitants entrent en conflit avec les comportements prévus par l'architecture pour les utilisateurs de l'histoire. On plonge dans leur intériorité tourmentée et leur attente.

L'attente Les épisodes 2 et 3 vont pousser les locataires à changer leur mode d'existence en raison d'une insatisfaction. Ils vont essayer de trouver ensemble une solution. Le monde d'Amos s'effondre et, à travers lui, la métaphore d'un capitalisme triomphant, ignorant des souffrances engendrées par un contrôle permanent. Alors qu'au sein de l'épisode 2, l'un des personnages de la série est filmé par quatre écrans comme autant de caméras conditionnant son existence, son image disparaît progressivement des différents écrans. Elle échappe ainsi à une surveillance généralisée. Elle reprend vie hors de la pulsion scopique, dans un champ que l'imagination du spectateur supplée.

L'espace *Amos' World* convie à inventorier cet espace laissé vacant. Le bâtiment d'Amos est démantelé. Les contacts entre les locataires deviennent alors plus fréquents, instituant de nouvelles relations détachées d'un vivre-ensemble pensé et construit par le capitalisme. L'épisode 3 est projeté dans une structure ouverte. Les spectateurs sont assis dans le même espace que les personnages, acteurs de l'allégorie à laquelle Cécil B. Evans les convie. Une expérience à habiter, résolument.

L'exposition *Amos' World* au Frac Lorraine à Metz dure jusqu'au 26 janvier 2020 ; informations : fraclorraine.org

d'Lëtzebuurger Land

Fondé en 1954 par Carlo Hemmer, édité par Leo Kinsch de 1958 à 1983

Hebdomadaire politique, économique et culturel indépendant paraissant le vendredi. Publié par les Éditions d'Lëtzeburger Land s.à r.l., R.C. B 19029, N° TVA LU 12 12 40 22. La reproduction des articles et illustrations est interdite sans l'accord écrit de l'éditeur. **Gérant, rédacteur en chef** Romain Hilgert (48 57 57-22; rhilgert@land.lu), **Rédaction** Peter Feist (48 57 57-24; pfeist@land.lu), Josée Hansen (48 57 57-26; jhsen@land.lu), Ines Kurschat (48 57 57-28; ikurschat@land.lu), Pol Schock (48 57 57-35; pschock@land.lu), Pierre Sorlut (48 57 57-20; psorlut@land.lu), Bernard Thomas (48 57 57-30; bthomas@land.lu) **Photos** Sven Becker (48 57 57-36; sbecker@land.lu) **Administration** Zoubida Belgacem (48 57 57-32; zbelgacem@land.lu) **Mise-en-page** Pierre Greiveldinger (48 57 57-34; pgreiveldinger@land.lu) **Édition et rédaction** 59, rue Glesener L-1631 Luxembourg **Courrier** boîte postale 2083, L-1020 Luxembourg **Téléphone** 48 57 57-1 **Fax** 49 63 09 **E-mail** land@land.lu **Internet** www.land.lu **Publicité** Maison Moderne Media Sales 10, rue des Gaulois Luxembourg; boîte postale 728, L-2017 Luxembourg (27 17 27 27-32; francis.gasparotto@maisonmoderne.lu) ; **Impression offset** Imprimerie Saint-Paul **Prix par numéro** 4,00 € **Abonnement annuel** 140,00 € **Abonnement étudiant/e** 75,00 € **Comptes en banque** CCPLULL : IBAN LU59 1111 0000 5656 0000, BILLULL : IBAN LU29 0027 1003 6990 0000, BGLLULL : IBAN LU32 0030 0431 7039 0000, BCEULL : IBAN LU30 0019 1000 2939 1000, CELLULL : IBAN LU71 0141 7162 5000 0000, BLUXLULL : IBAN LU59 0080 0484 9600 1003

Vacance de poste

La Direction de la Santé

se propose de recruter

Un agent ayant un diplôme de Pharmacien, Médecin, Master, PhD ou équivalent dans le secteur pharmaceutique

pour la Division de la pharmacie et des médicaments, à plein-temps et à durée indéterminée sous le statut du fonctionnaire de l'État.

Les demandes avec lettre de motivation, curriculum vitae et copies des diplômes

sont à adresser pour le 20 novembre 2019 au plus tard à Dr Jean-Claude Schmit Directeur de la santé Villa Louvigny Allée Marconi L-2120 Luxembourg.

Le profil détaillé du poste ouvert au recrutement peut être consulté sous <http://sante.public.lu/fr/index.php> (offres d'emploi).

Tout renseignement supplémentaire peut être demandé par téléphone Dr Anna Chiotti, tél. : +352 247-75567 ou Anna.Chiotti@ms.etat.lu

Theater

Die Partitur des Bertolt Brecht

Claude Reiles

Wer sich diese siebzig Minuten antut, lernt Brechts *Baal* nicht kennen. Zumindest nicht so, wie es sich der jugendliche Bertolt in den Jahren 1919 und 1920 vorstellen mochte. Wer diesen Theaterabend unter der Regie von Julia von Sell erlebt, mag sich an Brechts plastischem, pointiertem Vokabular laben und den metrischen Puls des Dramas fühlen. Die inhaltliche Dramaturgie über diesen asozialen Dichter Baal, der sich in seiner Gier jeder bürgerlich-romantischen Dichtervorstellung widersetzt und stattdessen „Weiber füllt und Flaschen leert“, verkommt an diesem Abend am TNL zur Nebensache.

Baal ist die finanzielle Unterstützung seines Mäzens Mech völlig gleich. Er metzelt seinen Freund Ekart nieder und verreckt schließlich als gesellschaftliche Ratte in Brechts 24 Szenen und Bildern, die er vierfach im Verlauf seiner Dichterexistenz überarbeitete. Sprecher Thieme trägt die zahllosen Figuren der eigens erarbeiteten Vorlage jedoch zu undifferenziert vor. Nur selten entlarvt ein Dialekt oder hilft ein Eigenname auf die Sprünge. Der Zuschauer kann der Logik des Texts so nur sporadisch folgen. Darüber ist Thomas Thieme sich im Klaren und führt den Inhalt des Texts samt Entstehungsgeschichte vor dem Auftritt in groben Zügen ein.

Thomas Thieme (1948), gebürtig aus Weimar und Schauspieler des Jahres 2000 laut *Theater heute*, präsentiert *Baal* in gemeinsamer Arbeit mit seinem Sohn, dem Bassisten Arthur Thieme. In dieser Konstellation wird Programm, was der Senior über den Augsburger Dichter sagt: „Brecht ist Musik“. Auf diese Charakteristik zielen Vater und Sohn in doppelter Manier ab.

Einmal spricht dafür – ganz offensichtlich – die E-Bassgitarre. Arthur Thieme führt den Textvortrag mit einer sehr atmosphärischen Melodie aus tiefsten Tönen ein, begleitet die Worte stellenweise mit aufschreckendem, hämmerndem *Slapping*, hin und wieder mit nervenaufreibendem Kratzen, indem er ein Bund Stahlsaiten an den aufgezogenen Saiten des Instruments entlangreißt. Sein Spiel bereichert Brechts Worte zweifellos. Auch die Momente des A Capella sind ästhetisch sinnvoll: Der Sohn spricht die Worte des Vaters im Echo. Allerdings befremdet das dünne Stimmchen Arthur Thiemes teilweise und treibt den Bombast des Vaters etwas ins Lächerliche. So mancher Zuschauer wird sich dabei gedacht haben: Bleib bei deinem E-Bass!



Thomas und Arthur Thieme

Thomas und Arthur Thieme präsentieren Brechts Jugendwerk *Baal* in einer konzertanten Aufführung – völlig konfus, doch naturhaft kraftvoll

Die Stimme des Vaters jedoch verpasst dem Text einen sehr vergleichbaren Grad an Musikalität: Thomas Thieme steigt sehr körperlich in den Vortrag ein, presst, keucht und hustet den Baal aus seinen mächtigen Eingeweiden über die belegten Stimmbänder ins Mikrofon. Da ist nichts schön, aber brachial, präsent und leidenschaftlich. Bei jedem neuen Einstieg stemmt er seine Schuhe zwischen die Füße des Rednerpultes, hebt die Schultern zur Entspannung und schwenkt die Handgelenke dirigierend durch die Luft. Thomas Thieme lebt diesen

Asozialen, dieses Scheusal, deklamiert nie verkopft, stets anarchisch. Aufreibend klingen die Lieder, die Thieme singt, ohne singen zu können. Seine Stimme dünnt in hohen Tönen derart aus, dass unerträglich sein müsste, was bewegend klingt. Dieses naturhafte Erzwingen einer Tonreihe ist nicht von Talent, sondern von Echtheit geprägt.

Wer das Oberlehrerhafte des Bertolt Brecht mag und dieses Jugendwerk entdecken wollte, der verlässt diesen kurzen Theaterabend enttäuscht und völlig unbefriedigt. Thieme gewährt wenig Einblick in die Dramaturgie und Aussage des Texts. Der Zuschauer vermag nicht einmal zwischen den Figuren zu unterscheiden. Wer sich allein auf den Klang und die Leidenschaft eines Künstlerduos konzentrieren möchte, das Brechts lexikalische Musikalität in den Fokus rückt, für den ist die konzertante Aufführung *Baal* aus dem Programm des Augsburger Brechtfestivals ein Gewinn.

Baal von Bertolt Brecht; eine Produktion des Augsburger Brechtfestivals; Regie von Julia von Sell; mit Thomas Thieme und Arthur Thieme; wurde letzte Woche im Théâtre national aufgeführt; keine weiteren Vorstellungen in Luxemburg.

Films made in Luxembourg

Grenzerfahrungen

Marc Trappendreher

Die Regisseure Ralph Kukula und Matthias Brun haben das Kinderbuch *Fritzi war dabei* von Hanna Schott unter dem Titel *Fritzi – Eine Wendewundergeschichte* adaptiert und reflektieren mit ihrem Animationsfilm ein bedeutendes Kapitel deutsch-deutscher Geschichte. Der Film begleitet den Weg der jungen Fritzi im Sommer 1989 in Leipzig. Die Ferien sind gerade vorbei, der Fahnenappell auf dem Schulhof findet statt und das neue Schuljahr nimmt seinen gewohnten Gang. Doch für Fritzi ist die Stimmung bedrückend, denn ihre beste Freundin Sophie ist schon längere Zeit in Urlaub. Fritzi kümmert sich liebevoll um Sophies Hund Sputnik, doch je länger Sophie fortbleibt, desto mehr wird Fritzi klar, dass ihre beste Freundin in Wahrheit die Flucht nach Westdeutschland angetreten hat...

Genau 30 Jahre nach dem Mauerfall wird in der deutsch-luxemburgisch-tschechisch-belgischen Koproduktion (Doghouse Films) in allgemein verständlicher und kindgerechter Weise von den politischen Unruhen bis zur Wende in der DDR, die besonders durch die Friedliche Revolution ausgelöst wurde, erzählt. Die Animation mag für viele ältere Zuschauer befremdlich wirken und gewiss ist sie nicht das probateste Mittel um ein Kapitel Geschichte authentisch aufleben zu lassen, sie vermag aber – und da liegt der didaktische Nutzen – den Zugang für Kinder zu erleichtern. Von den Straßen- zu den Honecker-Bildern wird in einen Alltag eingeführt, den Kinder sich heute gar nicht mehr vorstellen können. Wie kamen die Proteste in Bewegung, und welche Konsequenzen brachten sie für die Menschen des Landes? Die Regisseure achten darauf, dass der Zeichenstil dabei nicht zu abstrakt wirkt und vor allem wählen sie eine Erzählperspektive, die dem Erfahrungsraum eines Kindes entspricht. Es ist Fritzis Blick auf die Welt und sie ist es, die als Hauptfigur die Geschehnisse am eigenen Leib erfährt und das Prinzip der Grenze allmählich hinterfragt – so wird behutsam die Systemkritik nachvollziehbar gemacht.

Aber was war denn das nun für ein Staat, diese DDR? Warum wollten ihn viele Menschen damals umgestalten oder das Land verlassen? Diese Frage beantwortet der Film lediglich über seine unnachgiebig harten Charaktere, die entsprechend grob und nahezu hässlich

Fritzi – Eine Wendewundergeschichte zeigt eine einengende Welt, in der es keine horizontale Flucht geben kann

mit dem Zeichenstift gezogen sind: Da gibt es die Lehrerin, Frau Liesegang, die misstrauische Frau im Reisebüro oder die ganz wesenlosen Gestalten der Staatssicherheit, die Fritzi das Leben schwer machen. Seelenlos und starrsinnig erscheinen die Autoritäten des Landes. „Wer sich heute nicht für den Staat einsetzen will, kann nicht erwarten, dass der Staat sich morgen für ihn einsetzen wird“, sagt die parteitreue Lehrerin von Fritzi. Ganz geradlinig werden hier die Guten gegen die Bösen gestellt. Die Realität, dass nicht alle Einwohner treue Staatsuntertanen waren, wird in Fritzi weitestgehend ausgeblendet. Dass alle Beamten der DDR böse sind, ist ein klares Zugeständnis an die schematische Dramaturgie des Films, vor allem aber eine notwendige Anpassung im Sinne der sofortigen Lesbarkeit für das junge Publikum.

Was die beklemmende Wirkung des Films im Allgemeinen konstituiert, ist die scheinbare Begrenzung des Raums und die Reduktion auf wenige, immergleiche Orte, das macht freilich seine filmische Stärke aus. *Fritzi – Eine Wendewundergeschichte* zeigt eine Welt, in der es keine horizontale Flucht geben kann. Gleich die erste Szene führt dies exemplarisch an: In einer Totalen sehen wir in der Ferne einen Mann, der den Grenzzaun passieren will und kurzerhand erschossen wird. Es wirkt, als bliebe nur die Vertikale als Fluchtpunkt,



Der Film weist auf den Moment, an dem es, ausgehend von den Montags-Demonstrationen vor der Leipziger Kirche, zu den friedvollen Umbrüchen kommt

Art contemporain

Tel est regardé qui croyait regarder

Deborah De Robertis retourne les regards et détourne les mots. En posant en 2014, au Musée d'Orsay, devant le fameux tableau de Courbet, elle en fit une origine du monde et donna aux femmes et aux modèles des peintres un droit de regard sur ce qui est en fait leur œuvre. On n'est pas loin ici des questions que se pose en lisant l'ouvrage de Brecht qui deviennent chez De Robertis des « Fragen eines posierenden Modells ». On est loin par contre du Moyen-Âge qui fantasmaït sur les dents qui hantaient le vagin car ici l'organe se fait œil et caméra qui viennent hanter les voyeurs dont l'artiste fait des voyous. Louise Bourgeois ne disait-elle pas que le regard et l'objet ne font qu'un ? Et Jacques Lacan, qui possédait un temps le fameux tableau, ne faisait-il pas recouvrir la scène de Courbet par un voile peint par Masson qu'il ne dévoila, comme le rideau du théâtre, que devant quelques visiteurs triés sur le volet (clos) ?

Retour sur la conférence de Deborah De Robertis à l'Institut Pierre Werner

La performeuse italo-luxembourgeoise était l'invitée l'autre jour de l'Institut Pierre Werner où elle donnait une fort belle conférence sur son art et sa manière de démasquer le regard que porte le peintre sur son modèle, l'amateur sur le tableau, le pouvoir masculin sur la femme. À chacune de ses performances ou presque, l'artiste se fait embarquer par les forces de l'ordre qui se font ainsi les curateurs de ce qui devient une véritable *sexposition*. La femme-fontaine vient s'inscrire alors tout naturellement dans une lointaine filiation de la fontaine de Duchamp. Ce qui fit s'inquiéter notre collaborateur et ami Lucien Kayser d'une possible récupération de cet actionnisme. Mais là aussi on pourrait rétorquer avec l'artiste que récupérera bien qui récupérera le dernier. Car De Robertis recycle en quelque sorte ces récupérations qui deviennent partie intégrante de la performance. Voyez donc la photo du photographe qui regarde la policière qui regarde l'artiste grugée en Marianne féménisée qui regarde la République qui la regarde.



Déborah de Robertis devant une de ses œuvres

Fort logiquement, après s'être attaquée (aux sons de l'*Ave Maria* de Schubert) à l'origine du monde, De Robertis est allée narguer l'origine de Dieu, à savoir la Vierge Marie, celle justement qui nia son sexe féminin pour engendrer le fils de Dieu. De l'*Ave Maria* à la grotte de Lourdes, la boucle serait-elle bouclée ? Ce serait mâle connaître l'artiste qui ne semble pas prête à la boucler, et c'est tant mieux. Elle ne courbera jamais, qu'on se le dise, l'échine devant la patte de la Vierge. **Paul Rauchs**

ganz direkt wird dies über Fritzis Aufstieg zu ihrem Baumhaus im Garten verhandelt, da wird eine Sehnsucht nach dem Himmel über den Dächern spürbar, im Gegensatz zu der strengen Staatsarchitektur, die wie Gefängnismauern wirkt.

Die Regisseure Kukula und Brun greifen die Ängste und Widersprüche der Zeit auf; der Film weist auf den Moment, an dem es, ausgehend von den Montags-Demonstrationen vor der Leipziger Kirche, zu den friedvollen Umbrüchen kommt. Diese Heldin Fritzi ist darin sowohl aktiv Handelnde als auch eine passive Beobachterin. So geht es ganz in der narrativen Struktur der traditionellen Helden-Konstruktion, um Identität und Rehabilitation. Fritzi muss sich gegen die scharfen Verurteilungen der Gesellschaft zur Wehr setzen und sich als eigenständiges Individuum behaupten und selbst erkennen. Fiktion und Wirklichkeit durchdringen sich freilich auch in diesem Kinderfilm. *Fritzi – Eine Wendewundergeschichte* zeigt eine Welt, deren Ende absehbar ist und so wird allmählich spürbar, dass wir uns hier in einer Zeit befinden, an der selbst der Punkt des Aufrechterhaltens einer ohnehin bröckelnden Staatsfassade längst überschritten ist. Es ist der pädagogische Impetus des Films, der deutsche Geschichte auf sehr einfühlsame Weise aus den Augen eines Kindes für Kinder aufarbeitet.



STIL

Le bon des bouchons

Salomé Jeko

Problème récurrent que la circulation au Luxembourg. Si les bouchons sont monnaie courante dans la capitale et ses alentours depuis des années, les évoquer était devenu, à force, aussi peu original que de parler de la pluie et du beau temps autour d'un café. Clairement, tout le monde est au courant qu'aux heures de pointe et même au-delà, mieux vaut prendre son mal en patience si l'on espère se déplacer au sein du pays. Reste que ces dernières semaines,

la problématique semble être remontée en tête des mécontentements quotidiens des habitants même de la capitale. Le sujet est sur toutes les bouches, l'agacement sur tous les visages et l'exaspération à tous les coins de rue ! Car désormais, les frontaliers ne sont plus les seuls touchés par ce fléau.

Ceux-là sourient d'ailleurs doucement en nous entendant râler, pester, vociférer, eux qui ont baissé les

armes ou presque, habitués et clairement résignés à compter matin et soir le double, voire le triple du temps pour arriver à bonne heure à bon port. C'est à se demander comment ils font pour s'engager, chaque jour, avec un certain détachement, sur ces branches d'autoroutes bondées, éclairées de mille feux arrière rouges à l'arrêt. Hormis les excités du klaxon, les fêrus du slalom – un coup à droite, un coup à gauche – et ceux qui évacuent leur lourde



Les prisonniers des bouchons sont souvent seuls dans leurs véhicules



Les produits

On peut dire que, pour l'occasion, Jan Schneidwind avait mis les petits plats dans les grands. Avec lui, ils étaient une demi-douzaine de nos meilleurs chefs (Ma langue sourit, Fani, Beckers, Les Roses, La pomme cannelle), qui utilisent tous les produits nobles de la société belge **Marché des chefs**. (photo : GD) Chacun imagina et concocta un plat autour du caviar. Deux sortes de caviar Maillian-Maïlov étaient à disposition, du russe et de l'iranien. Ils osèrent et ont surpris les invités avec du caviar sur glace de pistache (Fani) ou avec du chou en potée (Cyril Molard). Des vins tout aussi subtils, à raison de deux par plat, étaient proposés par Isabelle de Bordeaux, qui agit comme sommelière pour le Marché des chefs. En guise d'apéro, les délicieuses huîtres du père Gus de Agon-Coutainville furent servies par la fille du fondateur et sœur de l'actuel patron, Jean Rouvière (www.huitresdeblainville.com). Saumon, foie gras et patà negra ne furent pas en reste au niveau qualité. Le fondateur de la maison de produits d'exception à Bruxelles était Jean Maillian, créateur du commerce belge autour du foie gras. Sa fille, présente au Windsor, gère la maison aujourd'hui. Il faut savoir que le « Marché des chefs » n'est plus réservé aux seuls professionnels, mais que le particulier peut désormais aussi profiter de toutes ces succulences. À Luxembourg on trouve une sélection de produits à l'atelier Windsor de Bertrange. GD



L'endroit

Il ne comptait pas remplir son nouveau restau de plus de cent personnes tous les midis, le boucher le plus médiatisé et surtout le plus tatoué du pays. Mais Guy Kirsch ne savait pas à quel point un bon plan de publicité peut ramener du monde. Car **Bestial** (photo : GD), même s'il est installé en pleine campagne de Grasse, derrière Ikea, ne désemplit pas. Quand on le teste un dimanche midi, formule brunch oblige, on doit s'accrocher car ils viennent comme à un pèlerinage, très tôt et avec toute la famille. L'endroit est frais, beau et sur les murs on vous dit que « tout est bon dans le cochon ». Mais il y aura aussi bien d'autres choix côté buffet, à commencer par de la *Bouneschlupp* ou un second potage en alternative. Des verrines sont remplies de crevettes, d'œufs bénédictine et le patron sera lui-même aux commandes pour servir des *spare-ribs* avec une bonne sauce piquante ou de l'agneau qui vous fond dans la bouche, lequel vous ferez garnir de purée de pomme de terres et de ratatouille. Les desserts sont bons eux aussi, le choix des vins un brin trop réduit mais le rapport qualité-prix est plus qu'honnête, car il y en a à volonté pour tous les goûts. Bingo donc pour ce nouveau lieu de rendez-vous, mais la prochaine fois nous tenterons la soirée pour mieux découvrir les subtilités de la carte et pour profiter d'une ambiance plus tamisée. GD



L'événement

Cela reste un fait incontestable : la cuisine italienne, pizza et *pasta* à l'appui, est, avec la chinoise, la moins onéreuse en moyenne et depuis des lustres. Lorsqu'on nous organise en plus une semaine consacrée à la cuisine ritale, on se dit qu'on peut y aller franchement sans avoir peur de se ruiner. En fait, cette huitaine qui se déroule du 18 au 24 novembre, n'est pas un événement exclusivement national, car il s'agit de la **Semaine de la cuisine italienne dans le monde**. Et elle se pare même d'un thème annuel, celui de cette année répondant à « Education alimentaire : culture du goût ». Les restaurants participants, une dizaine à travers le pays, présenteront chacun des spécialités d'une région bien définie d'Italie. En capitale, Al Bacio se tournera vers les Pouilles, Alterego vers la Sardaigne, et la Trattoria del Circolo Curiel vers l'Ombrie. Mais ce sera aussi l'occasion de découvrir des adresses comme le V'diterraneo à Elvange, La Taverne à Grevenmacher ou le Kava à Bertrange. Ce dernier se consacre à une région moins connue chez nous, le Lazio, qui n'est autre que celle, très centrale, qui inclut la ville de Rome. En charge de l'organisation avec l'ambassade d'Italie, la Chambre de Commerce italo-luxembourgeoise a repris le secteur communication. Renseignements info@ccil.lu ou tél. 45 50 83-1. GD

journée en jouant des doigts sur leurs semblables, globalement et étonnamment, un calme surprenant règne sur ces routes bondées.

Avez-vous d'ailleurs déjà pris le temps d'observer ces prisonniers des bouchons ? Ils sont très souvent seuls dans leurs véhicules, ou, pire scénario d'embouteillage qui soit, doivent parfois gérer un ou deux enfants à l'arrière. Auquel cas on voit alors le conducteur s'agiter, taper dans les mains en mimant une chanson enfantine et affichant un air un peu trop enthousiaste pour la situation. Tentant désespérément d'alléger la situation critique dans laquelle il se trouve, il finit souvent par se déhancher, se contorsionner au point de faire bouger tout l'habitacle, tentant, totalement décoiffé et en sueur, de récupérer un doudou tombé au sol ou de séparer un frère et sa sœur en pleine bagarre... On compatit d'un sourire poli, seul à bord, chanceux que l'on est. On préfère admirer celui qui fait pour ainsi dire contre mauvaise fortune bon cœur. Celui-là nous fait rire. Au diable les bouchons, il monte la sono et en avant la musique ! Il chante, il ségossille, personne ne l'entend heureusement, mais bon sang ce qu'il a raison de profiter de ce temps mort pour s'accorder cette pause détente. Avec son pied, il bat la mesure sur sa pédale de frein et derrière lui, ses phares marquent le rythme et clignotent ambiance boîte de nuit. On troquerait presque l'info route de la radio contre une bonne playlist pour l'accompagner.

Bien sûr, il y a aussi ceux qui, moins drôles, profitent d'être à l'arrêt pour continuer de travailler. Engoncés dans leurs costumes, cravates encore bien serrées autour du cou, ils en profitent pour passer encore quelques coups de fil. On les écoute sans le son, parler tout seul à leur tableau de bord, appuyer leurs propos d'une gestuelle bien pensée et hocher la tête à leur rétroviseur d'un air convaincu. D'autres encore envoient un dernier mail professionnel, un SMS pour annoncer leur retard ou que sais-je.... Une lumière bleutée éclaire alors leurs visages qui

ne regardent plus la route. Et quand ils se sentent observés, soudainement pris sur le fait, ils affichent une mine coupable ou mieux, font comme si de rien n'était, détournant la tête en éteignant d'un glissement de doigt l'écran de leur GSM qu'ils glissent discrètement sur le siège passager.

En général, en réponse à ces portraits d'embouteillages, essentiellement composés de malheureux frontaliers allemands, français ou belges, il y en a toujours un pour rappeler que lui, la voiture, c'est fini. Depuis longtemps d'ailleurs. Hors de question de supporter tout ça. D'ailleurs, toujours selon lui, si tout le monde suivait son exemple, il y aurait bien moins de problème sur les routes. Lui, il habite en ville, ou du moins à proximité de son lieu de travail, des commerces, des écoles, des cinémas, bref, en ville, et peut tout faire à vélo – en bus – en train – à pieds. Mais force est de constater que depuis peu, même cet écolo convaincu, cet incollable de mobilité.lu, cet abonné Vel 'Oh, ce marcheur émérite, a semble-t-il fini par perdre patience à son tour. Je l'entends, à l'épicerie bio du quartier, râler sur les pistes cyclables coupées par le futur tram, sur son bus qui ne stoppe plus à l'arrêt devant son cours de Pilates, sur ces trains toujours en retard, sur tous ces chantiers qui envahissent sa rue près de la gare, sur ces bruits incessants, cette poussière, ce paysage constellé de grues, ce centre-ville bouchonné toute la journée, inaccessible, même à pieds, ou alors en bottes d'ouvrier...

Du coup, le lundi, à la machine à café, les problèmes de circulation sont redevenus tendance et occupent toutes les discussions. Les conversations se drapent d'un enthousiasme général dès que le sujet est soulevé, cette fois toutes nationalités et lieux d'habitat confondus. Car si tout à chacun reste conscient du bien-fondé de ces multiples chantiers, cette exaspération de groupe face à ce trafic bouchonné sur lequel il est bon ton de grogner a, du reste, ce bel avantage que de fédérer.

d'Land méi mobil

Désormais, les abonnés peuvent lire le Lëtzebuerger Land sur leurs iPad et iPhone, ainsi que sur leurs portables et tablettes pourvus du système d'exploitation Android. Il suffit de télécharger l'application dans l'App Store de Apple ou dans le Play Store de Google.

www.land.lu


recherche

INTERVIEW MIT DEM FNR-GENERALSEKRETAR

COHORTES

MENÉES

DEPUIS

SOZIALFORSCHERIN IRYNA KYZYMA

LE VERSTEHEN

GRAND-DUCHE

FECONDATIONS

VON XAVIER BETTEL?

WER ARCHIViert DIE SMS

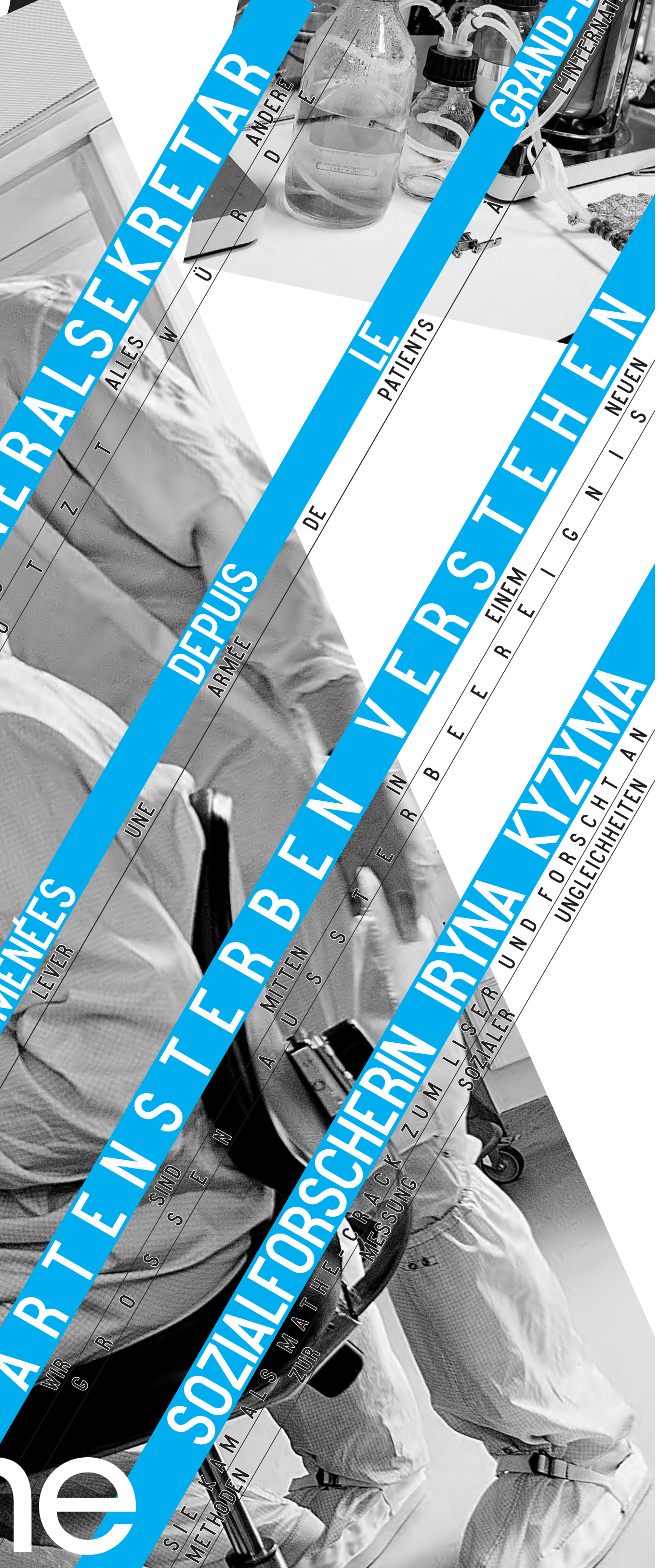
ET FAIT LA SCÈNE DE RENCONTRER LE THÉÂTRE LUXEMBOURGEOISE TRADITIONS BEAUCOUP DE LANGUES THÉÂTRALES

DIGITALISIERUNG DER GESCHICHTE AN DER UNIVERSITÄT LUXEMBURG

PRIORITÄT HEISST U N T E R S T U D A S T Z T ALLES W Ü R D E A N D E R E

SIE KAM ALS MATHEMATIKERIN ZUR MESSENGER

METHODEN



Wissensgesellschaft

Peter Feist

Verzwölffacht haben sich im Zeitraum von 2000 bis 2018 die staatlichen Ausgaben für die öffentliche Forschung, stellt Marc Schiltz, Generalsekretär des nationalen Forschungsfonds, im Interview auf der Seite nebenan fest. Zur Begründung der hohen Zuwendungen reiche es nicht zu sagen, dass Luxemburg an der internationalen Unternehmung Wissenschaft teilnehmen soll. Es sei legitim, von der Forschung auch einen „Impakt“ zur Entwicklung der Gesellschaft und zur Beantwortung von Menschheitsfragen zu erwarten. Dass die Wissensgesellschaft auch im wirtschaftlichen Interesse des Landes ist, sei ein weiteres Argument.

Facetten dieser Entwicklung greift die *Land*-Forschungsbeilage auch dieses Jahr auf. Auf Seite 25 porträtieren wir eine Sozialforscherin des Luxembourg Institute of Socio-Economic Research, auf Seite 26 den Master-Studiengang in Theaterwissenschaften an der Universität. Am Luxembourg Institute of Health wird daran gearbeitet, eine große Kohorte von Diabetes-Patienten zu bilden, deren Daten anschließend der Forschung dienen sollen. Weil dafür das Internet und die sozialen Medien genutzt werden, ist diese Kohorte potenziell riesig und international. Das macht das Projekt so besonders (S. 26).

Paläontologen des Forschungszentrums am Naturhistorischen Museum beschäftigen sich derweil mit dem Studium der Artenvielfalt und der Abfolge von Aussterbeereignissen über die Erdgeschichte hinweg. Ihre laufenden Forschungen legen beispielsweise nahe, dass es vor zwei Millionen Jahren ein kleineres und bislang unbekanntes Massenaussterben gegeben haben muss, das auf die Tiefsee beschränkt war (S. 27).

Man sieht: Der Impact der Wissenschaften kann naheliegend sein. In der Gesundheits- und der Sozialforschung ist das oft so, in der Paläontologie nicht unbedingt – doch lassen sich aus dem Verständnis, wie Arten aussterben und ab wann das die Biodiversität insgesamt bedroht, Erkenntnisse gewinnen, durch die sich Auswirkungen des Klimawandels besser verstehen lassen. Wissen hängt zusammen, die Wissensgesellschaft ist vielleicht auch eine Überlegensfrage für die Menschheit.

Dass es bei der Entwicklung in Richtung Wissensgesellschaft Widersprüche gibt, ist kein Wunder; zumal in einem kleinen Land. Weil der Wissenschaftsbetrieb international ist und in ihm Wettbewerb herrscht, und weil Luxemburg sich deshalb auf bestimmte „prioritäre“ Bereiche konzentriert, folgt daraus nicht nur ein Ringen um Forschungsgelder, sondern auch immer wieder eine Diskussion, was „prioritär“ bedeutet. Auf Seite 24 versuchen wir zu zeigen, worin das „Digitale“ im interdisziplinären Zentrum für Zeitgeschichte und Digitale Geschichte an der Universität besteht. Ebenfalls an der Uni soll schon demnächst ein Institute for Advanced Study gegründet werden, das die interdisziplinäre Forschung beflügeln soll. Interdisziplinarität ist der Uni im Universitätsgesetz aufgetragen, um auf diesem Weg besondere „Exzellenzen“ zu entwickeln. Ob das gelingen wird, muss sich zeigen (S. 24).

Schließlich ist, wie der Beitrag auf Seite 28 zeigt, das Verhältnis von Wissenschaftlern und Politikern nicht immer einfach. Etwa, wenn Letztere von Ersteren auf sehr praktische Probleme Antworten erwarten, die möglichst konsensfähig sein sollen, Erstere dagegenhalten, dass Wissen sich nicht vorherbestimmen lasse. Wissensgesellschaft sieht dann aus wie etwas, das gelernt werden muss.

Index

23

Das Dilemma des kleinen Landes

Gespräch mit Marc Schiltz, Generalsekretär des Fonds national de la recherche (FNR)
Peter Feist

24

Wer archiviert die SMS von Xavier Bettel?

Digitale Geschichte
Pol Schock

Virtuelles Projekthaus

Ein Institute for Advanced Study für die Universität Luxemburg
Peter Feist

25

Gesichter der Armut

Iryna Kyzyma forscht am Liser zu Armut und prekären Lebensverhältnissen
Ines Kurschat

26

Fécondations/Befruchtungen

Master en sciences du théâtre et interculturelité
Josée Hansen

Les cohortes menées depuis le Grand-Duché

Le LIH lance une vaste étude sur la diabète
Pierre Sorlut

27

Artensterben verstehen

Mitten in einem neuen großen Aussterbeereignis
Lea Nummerger & Ben Thuy

28

Das Nicht-Sagbare thematisieren

Schnittstelle Politik und Wissenschaft: eine delikate Angelegenheit
Markus Hesse



Vor 20 Jahren wurde der Fonds national de la recherche (FNR) gegründet. 2018 bis 2021 kann er 341 Millionen Euro an Fördermitteln vergeben. Ein Gespräch mit Generalsekretär Marc Schiltz

Das Dilemma eines kleinen Landes

Interview: Peter Feist

d'Land: Herr Schiltz, der FNR-Jahresbericht 2018 beginnt mit dem Satz: „Excellence and long-term socio-economic benefit. These are the two cardinal values that must guide the path of Luxembourg's public research.“ Warum kommuniziert der Forschungsfonds ausschließlich auf Englisch?

Marc Schiltz: Das ist eine Effizienzfrage. Luxemburg ist ein internationaler Forschungsstandort, vier Fünftel der Forscher sind Nicht-Luxemburger, sie kommen aus allen Teilen der Welt. Förderanträge lässt der FNR von internationalen Experten begutachten, deshalb müssen die Anträge auf Englisch eingereicht werden. Also nutzen wir generell Englisch, die *lingua franca* der Wissenschaft.

Dieses Jahr wird der FNR 20 Jahre alt. Wo steht die Luxemburger Forschung auf dem Weg in Richtung Exzellenz und sozio-ökonomischem Nutzen?

Exzellenz ist kein einfacher Begriff, sprechen wir von Qualität. Für hochwertige Forschung zu sorgen, ist eine Hauptrolle des FNR. Vor 20 Jahren gab es hier fast nichts an öffentlicher Forschung. Das ist heute ganz anders, aber Luxemburg ist ein kleines Land mit einer Universität und drei öffentlichen Forschungszentren mit sehr spezifischen Tätigkeitsbereichen. Zwangsläufig gibt es wenig Wettbewerb, in größeren Ländern dagegen treibt er automatisch die Qualität hoch. Trotzdem ist es gelungen, auch in unserem Land Forschungsaktivitäten aufzubauen, die international mithalten können. Dazu hat der FNR beigetragen – indem wir die Evaluation von Projektanträgen international angelegt haben und den Gutachtern immer sagen: Messt die Forschung hier an denselben Maßstäben wie in euren Ländern.

Für jedes Projekt gibt es internationale Gutachter?

In unseren größeren Förderprogrammen wird jeder Antrag von drei Experten begutachtet, die ganz nah an dem jeweiligen Thema dran sind. Das ist die erste Evaluationsphase, da schreibt jeder Experte einen Bericht. Wir sorgen natürlich dafür, dass es keine Interessenkonflikte gibt. In Phase zwei werden die Anträge sowie die Gutachten aus Phase eins von Panels durchgesehen. Die Panels hat der FNR nach großen Themenbereichen aufgestellt; es gibt ein Panel für Biomedizin, eines für Human- und Sozialwissenschaften, eines für Umweltwissenschaften, eines für die Materialwissenschaften und eines für die Informatik. Panel-Mitglieder sind wiederum internationale Professoren und Experten. Sie kommen hierher und bewerten jeweils mehrere Projekte, daraus stellen sie ein Klassesment auf. Die endgültige Finanzierungsentscheidung wird je nach der Höhe des Förderbetrags vom FNR-Verwaltungsrat oder von mir getroffen, aber immer in strikter Einhaltung der Gutachter-Empfehlungen.

285 Millionen Euro Forschungsförderung vergab der FNR zwischen 2014 und 2018, davon 99 Millionen in seinem wichtigsten Programm, Core, das für die „prioritären“ Forschungsbereiche besteht. 36 Prozent der Core-Anträge wurden akzeptiert. Wenn einer abgelehnt wird – liegt das vor allem an mangelnder Qualität oder weil zu wenig sozio-ökonomischer Nutzen in Aussicht steht?

Für Core fragen die Gutachter vier Punkte ab. Erstens: Ist das Projekt klar definiert, gibt es eine klare Forschungsfrage? Zweitens: Wie soll es angegangen werden; ist der Ansatz kreativ und originell? Dritte Frage: Ist das Forscherteam für das Vorhaben kompetent genug; besteht die gegebenenfalls nötige technische Ausrüstung? Viertens schließlich wird nach einem über den wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn eventuell hinausgehenden Nutzen gefragt, doch der ist für Core nicht zentral. Abgelehnt werden Anträge oft, weil die Forschungsfrage nicht klar genug formuliert wurde oder man sich zu viel auf einmal vorgenommen hat. Oder der Ansatz enthält methodologische Schwächen. Dass er als nicht originell genug eingeschätzt wird, kommt ebenfalls vor, aber seltener.

36 Prozent Erfolgsrate klingt nach strenger Selektion.

„Die Evaluation von Förderanträgen haben wir international angelegt und sagen den Gutachtern immer: Messt die Luxemburger Forschung an denselben Maßstäben wie in euren Ländern.“

Aber wie wir evaluieren, ist hilfreich. Der FNR geht transparent vor. Jeder Antragsteller erhält die kompletten Evaluationsberichte, nicht nur eine Zusammenfassung, wie bei vielen anderen Förderagenturen üblich. Dass Forscher nicht froh sind über einen ablehnenden Bescheid, weiß ich aus eigener Erfahrung. Wir stellen aber fest, dass das Feedback von uns hilft und vielleicht im Jahr danach ein Antrag eingereicht wird, der Erfolg hat. Dieser Prozess steigert die Qualität der Luxemburger Forschung kontinuierlich.

2015 wurde der FNR evaluiert und bekam bescheinigt, transparent, neutral und fair zu agieren. In dem Bericht stand auch, dass rund die Hälfte der befragten Forscher fand, der FNR ermögliche Grundlagenforschung, während ungefähr ebenso viele meinten, er bevorzuge angewandte Forschung.

Worin sich vermutlich ausdrückt, dass wir beide fördern! Hinzu kommt, dass die Trennung oft nicht leicht ist: Ein Projekt aus der Theoretischen

Physik zielt immer in Richtung Grundlagenforschung, während zum Beispiel in der Biomedizin potenzielle Anwendungen viel näher liegen. Ich würde meinen, dass der FNR über die Jahre ein diversifiziertes Portfolio von Förderprogrammen aufgebaut hat – was mir sehr wichtig war. Im Core-Programm finanzieren wir ganz klar auch Grundlagenforschung. In anderen Programmen dagegen verlangen wir sogar, dass ein Unternehmen mitbeteiligt wird.

2013 gab der FNR das Motto „Research with impact“ aus. Steht dahinter der Wunsch von Wirtschaft und Politik nach rascher Anwendbarkeit von Forschungsergebnissen? Er existiert ja spätestens seit 2005, als die damalige Regierung sich von der OECD das Luxembourg „Innovationssystem“ analysieren ließ.

Natürlich entstand dieses Motto nicht zufällig. Man muss es aber genau betrachten. Vor 20 Jahren befand die öffentliche Forschung in Luxemburg sich im Embryonalstadium. Da sagte der öffentliche Geldgeber: In diesen Sektor investieren wir jetzt massiv. Wer das tun will, muss wissen, warum. Mehrere Antworten sind möglich. Eine könnte sein, dass Forschung an sich intrinsischen Wert hat und Luxemburg an der internationalen Unternehmung Wissenschaft teilnehmen soll. Das ist eine absolut respektable Auffassung, die man haben kann und die man damals hätte haben können. Vermutlich aber reicht sie für ein kleines Land nicht aus, in dem sich zwischen 2000 und 2018 die Zuwendungen an die öffentliche Forschung mehr als verzehnfacht haben. Die Antwort, die wir mit „Research with impact“ geben, lautet, dass mit den hohen Zuwendungen die Erwartung auf längerfristigen Nutzen einhergeht. Sei es in Form eines Beitrags zur gesellschaftlichen Weiterentwicklung, etwa der des Schulwesens durch die Bildungsforschung. Sei es ein Beitrag zur Beantwortung großer Menschheitsfragen, wie dem Klimaschutz, oder sei es ein Beitrag zur ökonomischen Diversifizierung. Ich verstehe das aber nicht so, dass der FNR bei jedem Projekt, das er finanziert, schauen muss, ob es einen sofortigen sozio-ökonomischen Impact verspricht. Ich wehre mich auch gegen eine solche Sicht. Doch wir müssen dem Land und dem Steuerzahler gegenüber begründen können, weshalb wir so viel für die Forschung ausgeben. Dass wir auch im wirtschaftlichen

Interesse des Landes nicht an der Wissensgesellschaft vorbeikommen, ist ein wichtiges Argument.

Es wird immer wieder festgestellt, dass die öffentlichen Forschungsausgaben steigen, während sie im Privatsektor gesunken sind. Oft wird dann erklärt, die öffentliche Forschung könne im Privatsektor etwas katalysieren. Wie wird der FNR da gefordert, vielleicht auch von politischer Seite?

Die Forderung von politischer Seite ist gar nicht so laut, aber es handelt sich um eine Problematik, der wir uns stellen. Für den Trend, den Sie anführen, gibt es eine Reihe Erklärungen, auch solche, die zeigen, dass die Lage nicht so dramatisch ist, wie die nackten Zahlen suggerieren. Doch der Trend besteht. Als FNR haben wir Programme aufgelegt, um öffentliche und private Forschung kooperieren zu lassen. Vielleicht besteht unser Beitrag vor allem darin, die bestehende kulturelle Trennung zu überbrücken, Forschungseinrichtungen und Unternehmen dazu zu bringen, miteinander zu sprechen, damit jeder erfährt, was der andere kann. Daraus können gemeinsame Projekte erwachsen.

Werden die FNR-Programme für Public-private partnerships in erster Linie von den forschungsintensiven Unternehmen genutzt?

Anfangs waren es „die Üblichen“, ich muss sie nicht nennen. Es kommen aber immer neue Firmen hinzu, darunter solche, die gerade aus dem Startup-Alter heraus sind. Das muss aber gepflegt werden. Oft ist eine Brücke im Vokabular zur Verständigung nötig. Ein weiteres Thema ist im Moment das geistige Eigentum, die Frage, welchen Anteil daran jede Seite im Rahmen eines PPP erhalten soll. Dazu ist ein „Luxemburger Modell“ in Ausarbeitung. Andere Länder haben diese Frage für sich schon gelöst.

Wie attraktiv ist Luxemburg für ausländische Wissenschaftler? Einerseits haben Sie festgestellt, dass 80 Prozent der Forscher aus dem Ausland stammen. Andererseits sind die Zeitverträge für junge Wissenschaftler offenbar noch immer ein Problem, denn die Regierung hat sich im Koalitionsprogramm vorgenommen, es zu analysieren.

Luxemburg ist attraktiv, weil der Forschungssektor international ist und die öffentliche Hand konsequent in ihn investiert. Vor fünf Jahren war das Schulsystem noch ein ernstes Problem für den Forschungsstandort, beziehungsweise für Kinder, die weder Deutsch noch Französisch sprechen. Das entschärft sich aber zusehends dank der Eröffnung öffentlicher Europaschulen. Weiterhin problematisch ist der Wohnungsmangel.

Was die ewig befristeten Stellen angeht – ich denke, dass wir ein intelligenteres Modell entwickeln müssten. Ich kenne nicht viele Sektoren, in denen man nach fünf Jahren noch immer nicht sagen kann, ob ein Mitarbeiter so kompetent ist, dass man ihn halten will. Darüber hinaus fürchte ich, dass die nächste Generation von Forschern die heutigen Karrierestrukturen an Universitäten unattraktiv finden könnte. Das ist nicht nur ein Luxemburger Problem, sondern mindestens ein europäisches, und ich selber habe keine Paradeformel zur Lösung zur Hand. Zu bedenken geben möchte ich aber Folgendes: Vor drei Wochen gelang ein Durchbruch bei den Quanten-Computern. Es wurde bewiesen, dass sie imstande sind, Berechnungen vorzunehmen, an denen ein herkömmlicher Computer scheitert. Demonstriert wurde das weder an einer Uni noch an einem Forschungsinstitut, sondern bei Google. Nicht von Ingenieuren, sondern von Top-Wissenschaftlern. Da muss man sich fragen, weshalb solche Leute es attraktiver finden, dort zu arbeiten, als an einer Uni oder einem Forschungszentrum. Bestimmt gibt es viele Gründe dafür, aber ich finde, es ist ein Signal, das ernstgenommen werden muss.

Die Regierung ist dabei, neue nationale Forschungsprioritäten aufzustellen. Der FNR wirkt daran mit und hat dazu im Frühjahr Vorschläge gemacht. Ein Geschichtspräsident der Universität warf dem FNR vor, nicht nur die Geschichts-, sondern die Humanwissenschaften insgesamt nur noch mit dem Interdisziplinären Zentrum für Zeitgeschichte (C²DH) der Uni in Verbindung zu bringen. Wie sind die neuen Prioritäten gemeint?

Es ist nicht unsere Absicht, die Humanwissenschaften einzuschränken. Wenn wir von Prioritäten sprechen, folgt daraus nicht, dass alles andere nicht unterstützt würde, sondern dass wir für die Prioritäten zusätzliche Mittel bereitstellen. Das ist bisher so, und so versteht es die Regierung, und so verstehen wir es auch für die Zukunft. Dass es mit dem C²DH ein drittes interdisziplinäres Zentrum an der Uni gibt, welches überdies gut funktioniert, verleiht ihm freilich einen besonderen Stellenwert. Aber ein exzellentes Projekt wurde vom FNR noch immer finanziert, ganz gleich wie prioritär der Bereich ist, aus dem der Antrag kommt. Das stelle ich jetzt einfach mal so pauschal in den Raum. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass nur ein Viertel des gesamten Luxemburger Forschungsbudgets kompetitiv über den FNR verteilt wird. Drei Viertel gehen als direkte Dotationen an die Institutionen. Und bei uns existiert sogar ein Förderprogramm speziell für Projekte aus nicht-prioritären Bereichen. Deshalb heißt es *Open*.

Allerdings ist *Open* nur mit 1,3 Millionen Euro pro Jahr ausgestattet. Der FNR sagt selber, das sei lediglich für zwei Projekte gut.

2018 finanzierten wir drei damit. Verglichen mit 36 Core-Projekten sieht das nach nicht viel aus, aber die drei *Open*-Projekte wurden aus sieben Anträgen ausgewählt, die 36 Core-Projekte aus 130 Anträgen. Die Erfolgsrate ist in beiden Programmen vergleichbar. Das sollte auch so sein, denn die Maßstäbe bei der Begutachtung sind für beide Programme hoch. Wie der Finanzierungsbedarf sich entwickelt, verfolgen wir sehr genau. Falls die Nachfrage nach *Open* deutlich steigt, könnten wir die Dotation erhöhen. Letzten Endes äußert sich in den Prioritätensetzungen keine Vorliebe für die eine oder andere Disziplin, sondern das Dilemma eines kleinen Landes: Wir können nicht in allen Gebieten Exzellenz anstreben. Wir müssen uns fokussieren und kritische Massen bilden.



Marc Schiltz ist seit 2011 Generalsekretär und damit CEO des Forschungsfonds. Er ist Physiker und Spezialist für Kristallografie. Ehe er zum FNR kam, war er Professor für Physik und Leiter des Forschungslabors Kristallografie an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Lausanne

Digitale Geschichte

Wer archiviert die SMS von Xavier Bettel?

Pol Schock

Als ein junger Geschichtsstudent der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Januar 2009 wissen wollte, wie eigentlich die damaligen Zeitungen über die sogenannte Luxemburgkrise im Jahre 1867 berichteten, stürzte er sich ins Nationalarchiv. Tagelang las er Meter für Meter die Mikrofilme der Zeitungen *Courrier Du Grand-Duché de Luxembourg*, *L'Union* und *Luxemburger Wort*, suchte nach entsprechenden Artikeln und fotokopierte passende Textstellen zur späteren Analyse. Nach rund einer Woche akribischer Recherche blickte er zufrieden auf das Geleistete, wohlwissend dass nun erst die eigentliche Auswertungsarbeit beginnen würde. Umso größer war die Ernüchterung wenige Monate später. Das Nationalarchiv hatte doch tatsächlich den Großteil der Zeitungen Luxemburgs vom 19. Jahrhundert bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs digitalisiert und frei zugänglich ins Internet gestellt. Darunter auch *Courrier*, *L'Union* und *Wort*. Alle Ausgaben waren nach Datum digital lesbar, Zitate konnte ohne weiteres mit einem Mausklick kopiert werden. Doch das Schlimmste: Es gab eine Schlagwort-Funktion. Sämtliche Artikel mit Inhalt zur Luxemburgkrise konnten mit einem Klick abgerufen werden. Der junge Geschichtsstudent kam sich alt vor und dachte: So muss sich wohl ein Weber nach der Erfindung der Webmaschine gefühlt haben oder ein Bauer, der sein Feld mit Pferd pflügt, nach der Erfindung des Traktors.

Digitale Hermeneutik Die persönliche Anekdote zeigt auf triviale Art, in welcher Form die Digitalisierung auch das Archivwesen sowie die Geschichtsforschung verändert. Historiker arbeiten längst nicht mehr nur mit physischen Quellen in Form von Papier, sondern mit digitalisierten oder *digital born* Quellen, die es nie in analoger Form gab. Diese Entwicklung ist nicht grundlegend neu: Bereits der Fotokopierer im 20. Jahrhundert hat den Umgang mit Quellen verändert, die Ursprungsquelle konnte bequem und nahezu beliebig vervielfältigt werden. Und wenn man so will, lässt sich die Entwicklung bis auf die Erfindung des Buchdrucks zurückführen. Doch die Digitalisierung im 21. Jahrhundert beschleunigt nicht nur diesen Prozess, sondern stellt auch grundlegend neue Fragen an das Archivieren von Quel-



Die digitale Schau zum Ersten Weltkrieg ist ein Beispiel, bei dem das Zentrum für Zeitgeschichte auf neue digitale Erzählformen setzt

len. So schrieb der Zeithistoriker Kiran Patel 2011 in einem Essay zu der digitalen Herausforderung der Geschichtswissenschaft: „Wer archiviert die SMS von Angela Merkel?“ Die Frage lässt sich natürlich auch auf Luxemburg übertragen: Wer archiviert eigentlich die SMS von Xavier Bettel?

Das Zentrum für Luxemburger Zeitgeschichte und digitale Geschichtswissenschaft, das C2DH (ausgesprochen: tziii, tuuu, diii, eitsch), hat sich auf solche Fragen spezialisiert. „Digitale Hermeneutik“ nennt der Leiter des Zentrums Andreas Fickers die kritische Reflektion darüber, wie die Geschichtswissenschaft durch digitale Daten, Methoden und Infrastrukturen geprägt wird. Denn die Digitalisierung geht weit über die Frage der Archivierung hinaus und umfasst sämtliche Bereiche der historischen Forschung: Archivierung, Recherche, Analyse und schließlich auch

die Produktion von Wissen in Erzählungen. Laut Historiker Fickers hat die Geschichtswissenschaft diese Aspekte lange ignoriert. „Ein Fehler“, wie er behauptet. Denn die Welt ist ohne digitale Kompetenzen nicht mehr kritisch zu deuten.

Konservative Geschichtswissenschaft Fickers erinnert daran, dass auch heute noch an den meisten europäischen Universitäten die klassische Quellenkritik vermittelt wird, so wie sie schon Generationen von Historikern zuvor gelernt haben. Sprich: Wie plausibel sind Aussagen in Quellen, wer ist ihr Autor oder wie authentisch sind sie. Es sind die Grundlagen der historischen Forschung, die Historiker beherrschen müssen. Doch die digitale Wende erfordert ein *Update* der Quellenkritik. In der Gegenwart muss der Historiker laut Fickers wissen, wie Metadaten auszuwerten sind, wie

Algorithmen oder Wayback-Maschinen funktionieren. Ohne diese Kompetenzen könne keine vernünftige Zeitgeschichte geschrieben werden. „Für Zeithistoriker sind in Zukunft Programmiersprachen wichtiger als Latein“, so der Leiter des Zentrums. Und das C2DH möchte einer neuen Generation von Studierenden dieses Handwerk beibringen, etwa durch Übungen auf der elektronischen Lernplattform Ranke2. Unterstützung erhält das C2DH seit diesem Herbst von Sean Takats vom Roy Rosenzweig Center for History and New Media. Der Experte der digitalen Geschichte erhielt die nötigen Gelder für einen Pearl-Lehrstuhl (rund drei Millionen Euro), um seine Forschung in Luxemburg weiterzuführen. Takates ist Gründer der weltweit benutzen Forschungsplattform *Zotero* und gilt als führender Wissenschaftler in digitalen Fragen. Es ist ein klares Zeichen, dass das C2DH im

Als Goldstandard gilt weiterhin die klassische Monographie. Historiker publizieren am liebsten dicke Wälzer

Bereich der digitalen Geschichte zur weltweiten Elite gehören will.

Dabei stellt Fickers generell fest, dass seine Zunft „doch eher konservativ“ ist. Als Goldstandard im Bereich der Qualifikationsarbeiten gilt weiterhin die klassische Monografie. Historiker publizieren am liebsten dicke Wälzer. Dabei gibt es unlängst neue Medien, um Geschichte erlernen- und erfahrbar zu machen. Podcasts, Filme, Computerspiele oder auch digitale Ausstellungen im Internet – neue narrative Formate, mit denen das C2DH experimentiert. Etwa in der digitalen Ausstellung zum Ersten Weltkrieg oder auch über die BGL. Fickers bedauert dabei die „Fantasielosigkeit“ der Historiker-Kollegen, die trotz der neuen digitalen Möglichkeiten, weiterhin Geschichte in Buchform verfassen wie bereits zu Zeiten eines Leopold von Ranke.

Interdisziplinäre Forschung an der Universität

Virtuelles Projekthaus

Peter Feist

Albert Einstein war dort, aber auch der Mathematiker Kurt Gödel und John von Neumann, der Computer-Pionier. Die Archäologin Hetty Goldman, der Kunsthistoriker Erwin Panofsky und J. Robert Oppenheimer, der Vater der amerikanischen Atombombe. Das 1930 mit einer privaten Millionenspende gegründete Institute for Advanced Study in Princeton/New Jersey sollte sich ganz der von Neugier getriebenen Grundlagenforschung widmen können. „I am not unaware of the fact that I have sketched an educational Utopia“, schrieb sein Gründungsdirektor, der Pädagoge Abraham Flexner. „I have deliberately hitched the Institute to a star; it would be wrong to begin with any other ambition or aspiration.“ Entsprechend imposant ist die Liste der Preise, die seine Wissenschaftler errangen: 34 Nobelpreise, 42 der 60 bisher vergebenen Field-Medaillen und 18 der 20 Abelpreise; Field und Abel sind die bedeutendsten Mathematik-Preise.

Das Vorbild in Princeton fand international einige Nachahmer: Grundlagenforschungsinstitute, die von Universitäten unabhängig sind. Andere Institutes for Advanced Studies entstanden an Universitäten. Nächstes Jahr soll auch die Universität Luxemburg eines erhalten.

Die Idee geht auf Jens Kreisel zurück, den Vizerektor für Forschung der Uni. Während eines *Sabbatical* am Institute for Advanced Study der University of Warwick in Großbritannien sei er „außerordentlich inspiriert“ worden, erzählt er. Das Institut in Warwick bringe nicht nur Wissenschaftler aller Fachrichtungen der dortigen

Uni in Austausch miteinander, sondern auch Künstler; Tänzer zum Beispiel. So viele Ideen auf einmal wie in diesem Umfeld seien ihm lange nicht in den Kopf gekommen, schwärmt der Professor für Materialwissenschaften. Die eigene Fachdisziplin hinter sich zu lassen und sich fremdem Terrain auszusetzen, tut offenbar gut.

Das gleiche in Luxemburg einzurichten, stellt Jens Kreisel sich dennoch nicht vor, oder besser: nicht sofort. Sein Ansatz ist pragmatisch und hat vielleicht deshalb bereits sämtliche Instanzen der Uni passiert. Das Luxemburger Institute for Advanced Study soll die interdisziplinäre Zusammenarbeit fördern wie das in Warwick. Das in Princeton beschreibt sich selber auch als „an institution that crosses disciplinary boundaries“. Jens Kreisels Plan sieht vor, das Institut als „virtuelles Projekthaus“ starten zu lassen. Es würde im uni-internen Netz Forschungsdisziplinen übergreifende Themen ausschreiben. „Mutige Vorschläge“ erhofft Kreisel sich von der Wissenschaftlergemeinschaft anschließend; gerne solche, „die noch nicht so ausgereiften sind, dass der nationale Forschungsfonds sie finanzieren könnte“. Stattdessen soll das Geld für die Vorhaben, die am Ende ausgewählt werden, von der Universität kommen. Alles sei „bottom-up“ gedacht, betont Kreisel. „Wir stellen die Plattform unserer Community zur Verfügung.“ Die Endauswahl soll ein Komitee vornehmen, das ebenfalls „bottom-up“ aus der Forschergemeinschaft gebildet würde. Hinzu kämen ein Vertreter „von draußen“ sowie ein Beobachter des Rektors, der aber lediglich über die Rechtmäßigkeit der Entscheidungen zu wachen hätte.

„Das ist eine tolle Idee!“, sei ihm in E-Mails geschrieben worden, als der Plan die Runde an der Universität zu machen begann, sagt Kreisel, und von den Gremien der Uni sei er „extrem gut aufgenommen“ worden. Beeindruckt hat ihn, wie rasch darüber entschieden wurde: „Die Diskussionen begannen im März, sechs Monate später waren wir quasi durch.“ Doch neben der offensichtlichen Begeisterung für kreative Unruhe verbindet der Forschungs-Vizerektor wie die Uni-Leitung mit dem Institut auch strategische Ziele. Dass die Uni „interdisziplinär“ forschen soll, ist ihr im Universitätsgesetz aufgetragen. Drei interdisziplinäre Forschungszentren hat sie schon, doch bei deren Gründung spielten äußere Umstände die Hauptrolle: Das Luxembourg Centre for Systems-Biomedicine (LCSB) und das Centre for Contemporary and Digital History (C2DH) einzurichten, war 2008 und 2014 eine

politische Entscheidung der jeweiligen Regierung. Das Interdisciplinary Centre for Security, Reliability and Trust (SNT) entstand auf Wunsch der Luxemburger Industrie. So dass das Institute for Advanced Study zeigen soll, was aus der Uni selbst an Fachgrenzen überschreitenden Forschungsfragen und Ideen hervorzugehen vermag, und ob aus einzelnen Projekten, die es schon gibt, ein kontinuierlicher Fluss werden kann – wenn mit Geld strukturierend nachgeholfen wird.

Vizerektor Kreisel selber fallen mehrere Gründe ein, weshalb interdisziplinäres Forschen sich lohnt. Zum einen sei es spannend, sich in Grenzregionen von Fächern zu begeben; allein schon pure Neugier könne dazu verleiten. Oder sei es, weil man einer Anregung aus der Praxis folgt, deren Probleme im Grunde immer interdisziplinärer Natur sind. Oder auch, weil große Menschheitsprobleme wie der Klimawandel oder Gesellschaftsfragen wie die Nutzung von Künstlicher Intelligenz „sich nur beantworten lassen, wenn man fachübergreifend herangeht. Da steht eine Universität regelrecht in der Verantwortung, denn wer könnte das besser als Universitäten?“ Andererseits ist Jens Kreisel der Meinung, dass die Disziplinen „die Grundfesten der Wissenschaft“ sind und dass wer interdisziplinär forschen will, das zunächst disziplinär getan haben muss. Wohin das virtuelle Institut tatsächlich führt, muss sich also zeigen. Zu entscheiden bleibt auch noch, welche „Enveloppe“ die Uni aus ihrer Grundfinanzierung vom Staat für die interdisziplinären Projekte abzweigen wird.

In den kommenden Monaten soll alles nach und nach konkreter werden. „Wir werden schriftlich festhalten, wie das virtuelle Institut geführt werden soll.“ Vier Projekte, deren Finanzierung der Aufsichtsrat der Uni schon genehmigt hat, sollen als „Kick-off-Initiativen“ dienen. In einem dieser vier Projekte, lässt Jens Kreisel durchblicken, würden die Ökonomin Conchita d'Ambrosio und der Physiker Alexander Tkatchenko mit neu entwickelten Algorithmen Datensätze aus der Volkswirtschafts-Forschung untersuchen. „Oft führen gerade die Datenwissenschaften zu neuen Forschungsmethoden und bringen Disziplinen zueinander.“ Im März findet ein Workshop statt, der allen Uni-Forschern erläutert, wie Institut und Interdisziplinarität gemeint sind. Kreisel unterstreicht, dass den Workshop wiederum die Wissenschaftlergemeinschaft organisiert. „Im Idealfall könnte die virtuelle Plattform anschließend starten und schon die ersten Ideen entgegennehmen.“

Ein Institute for Advanced Study soll die interdisziplinäre Forschung an der Uni beflügeln. Starten soll es virtuell, vielleicht schon im kommenden Frühjahr

Gesichter der Armut

Iryna Kyzyma forscht am Luxembourg Institute of Socio-economic Research zu Armut und prekären Lebensverhältnissen

Ines Kurschat

„Ich habe schon als kleines Mädchen Mathematik gemocht“, sagt Iryna Kyzyma. Wäre es nach dem Berufswunsch ihrer Eltern gegangen, beides Ärzte, trüge die Ukrainerin heute den Dokortitel der Medizin – und nicht der Ökonomie. Doch für das Mädchen stand früh fest: Sie begeisterte sich für Zahlen und Rechnen – und es gelang ihr mit Beharrlichkeit, ihre Eltern zu überzeugen.

Die politischen Ereignisse in ihrem Heimatland, – 1991 wählte die ukrainische Bevölkerung in einem Referendum die Unabhängigkeit, die anschließenden Wirtschaftsreformen und politischen Turbulenzen stürzten viele Ukrainer in noch tiefere Armut als ohnehin schon –, bekommt das Mädchen eher am Rande mit: Sie und ihre Schwester wachsen von ihren Eltern relativ behütet auf. Gleichwohl hat ihr Umfeld sie geprägt: Damals erwachte ihr Interesse für soziale Fragen – und für Europa.



Iryna Kyzyma

Nach der Sekundarschule studierte die junge Frau Wirtschaftswissenschaften in Kirovohrad. „Das Studium war sehr auf Mathe ausgerichtet“, erinnert sich Kyzyma. Während Kollegen nach dem Studium in die Privatwirtschaft gingen, interessierte sie sich für die empirische Forschung und den internationalen Austausch: „Ich wollte etwas machen, dass der Gesellschaft nützlich sein kann und gesellschaftlich relevant ist“, erklärt sie. Zunächst beschäftigte sie sich unter anderem mit sozialpolitischen Fragen rund um das Thema Gesundheit.

Als Mathecrack ans Liser Durch Zufall wird sie 2009 auf einer Konferenz in Luxemburg, organisiert vom damaligen Ceps-Instead (heute Liser), aufmerksam auf ein Master-Programm, das sich mit Analysen der Sozialpolitik befasst. Das Ceps-Instead war wegen der Längsschnitt-Datenbank „Panel Socio-Economique Liewen zu Lëtzebuerg“ schon damals eine Referenz in Bevölkerungsstudien über die Landesgrenzen hinaus. Weil Kyzyma vor allem im Bereich der Ökonometrie und Statistik weitere Kompetenzen und Kenntnisse erwerben wollte und ihr das kleine Land auf Anhieb gefiel, meldete sie sich.

„Es war genau das, was ich gebraucht habe“, sagt sie im Rückblick zufrieden. Mit anderen jungen For-

Vorübergehend arm zu sein, ist etwas anderes, als wenn sich Armut in einer Familie oder über Generationen hinaus verfestigt

schern aus allen Herren Länder, darunter den USA, Kanada, Indien, aber auch den Niederlanden und Belgien, wird sie angenommen und besucht fortan Lesungen mit Expertinnen und Experten aus dem In- und Ausland. Es ist ein weiterer Schlüsselmoment in ihrer akademischen Laufbahn; ihr Forschungsinteresse entwickelt sich immer stärker in Richtung sozialpolitische Analysen. „Wir diskutierten Rechenmodelle und vertieften Kenntnisse zu Theorien und Methoden der empirischen Armutsforschung.“ Am Ende des Programms hatte jede/r Graduierte einen Artikel im Stile derer zu schreiben, die Kyzyma als Vorbereitung für das Interview empfohlen hat und die auf der Liser-Webseite einsehbar sind.

Für den Laien erschließt sich diese wissenschaftliche Lektüre nicht unbedingt sofort. Denn es geht weniger um Textanalysen sozialer Ungleichheit, sondern vor allem um die statistische Herleitung, um Rechenmodelle, ihre Möglichkeiten, aber auch ihre Grenzen. Die Artikel sind gespickt mit mathematischen Formeln und mitunter entsprechend trocken zu lesen. Die dahinterstehenden Überlegungen sind freilich relevant, um Armut in ihren vielen Dimensionen besser zu verstehen: „Sicher gibt es Bevölkerungsgruppen, die ein höheres Armutsrisiko tragen als andere“, sagt Iryna Kyzyma. Das seien vor allem Alleinerziehende und Niedrigqualifizierte. „Will wenn man ihre Situation genauer verstehen, muss man die Datensätze mehr im Detail analysieren.“

Eine Gretchenfrage, die Armutsforscher seit jeher umtreibt: Wie Armut so messen, dass sie in ihrer Komplexität erfasst wird und gleichwohl taugliche sozialpolitische Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung entwickelt werden können? „Armut hat viele Gesichter: Die einen bleiben lange in der Armut wie in einer Falle gefangen, andere bewegen sich nach kurzer Zeit wieder heraus. Das zu erfassen und die Gründe dafür besser zu verstehen, erlaubt wichtige Rückschlüsse für die angewandte Sozialpolitik“, erklärt Kyzyma.

Stationen in Bremen und Harvard Die Auseinandersetzung mit sozialer Ungleichheit und mit Verteilungsfragen bildete auch den Schwerpunkt ihrer Doktorarbeit *Changing patterns of income poverty in rich countries*, die sie im Rahmen eines Postgraduierten-Programms und einer Kooperation des Liser und der Universität Bremen schreibt. Mit Hilfe von Daten aus dem „Deutschen Sozio-ökonomischen Panel“ untersucht sie Armutsverläufe in Deutschland von 1992 bis 2009. Ein Fazit: Die Armut ist trotz anhaltender Wirtschaftskonjunktur in Deutschland nicht nur gestiegen, sie ist zudem hartnäckiger und häufiger geworden. Soll heißen: Betroffene bleiben länger in sozialen Notlagen stecken oder fallen wiederholt hinein. Soziologen nennen dies die Armutsfalle.

„Das deutsche Sozialsystem hält Menschen länger in Armut fest“, so Kyzymas Beobachtung. Das gelte vor allem für Haushalte mit einem armen Haushaltsvorstand von über 55 Jahren und für Alleinerziehende. Betreut wurde die Dissertation, die Kyzyma mit Auszeichnung abschließt, unter anderem von Olaf Groh-Samberg, Soziologie-Professor der Uni Bremen und eine Koryphäe in Analysen sozialer Ungleichheit.

Während dieser Zeit, zwischen September 2013 und Januar 2014, reiste Kyzyma zudem im Rahmen eines Forschungsstipendiums in die USA, um an der renommierten Harvard Universität Recherchen zur sozialen Ungleichheit zu vertiefen. Der Blick hinter die Zahlen, der Versuch, die Komplexität von Armut besser zu verstehen, steht auch dort im Mittelpunkt. Heute ist die Ukrainerin am Liser fest als Wissenschaftlerin angestellt. Ihre Familie wohnt in Luxemburg-Stadt und ihre Kinder gehen in Walferdingen in den Kindergarten. Als Wahl-Luxemburgerin schimpft sie wie alle anderen über das Verkehrsaufkommen – wenn sie nicht gerade in ihrem Büro im fünften Stock der Maison des Sciences humaines der Uni in Esch-Belval sitzt und schreibt.

Ein kürzlich von ihr veröffentlichter Forschungsartikel hinterfragt die Aussagekraft der Armutsgrenze, wie sie in der Europäischen Union im Rahmen von Armutsstatistiken angewandt wird. EU-weit gilt als Armutsschwelle ein Einkommen von 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Einkommens der Bevölkerung. „Das ist insofern problematisch, weil die 60-Prozent-Schwelle von Land zu Land ein unterschiedlich hohes Einkommen bedeutet, das je nach Kontext und Lebensstandard andere Härten mit sich bringt“, sagt Kyzyma. „Wer mit einem Euro unterhalb der 60-Prozent-Grenze liegt, zählt in der Statistik genauso als arm wie jemand, dessen Einkommen weit unterhalb der Armutsschwelle liegt.“

Wie Armut messen? Für ihren Beitrag untersuchte sie mittels Daten aus den „European Union Statistics in income and living conditions“ (EU-Silc) das Netto-Haushaltseinkommen (unter Abzug von Steuern und Sozialtransfers) und fand dabei heraus, dass die Armutsintensität, also die Lücke, die zwischen der 60-Prozent-Armutsgrenze und dem tatsächlich verfügbaren Einkommen, je nach EU-Land unterschiedlich ausfällt. Dabei galt prinzipiell, dass EU-Mitgliedstaaten, die ein vergleichsweise niedriges Armutsrisiko aufwiesen, auch eine geringere Armutsintensität hatten. Das stimmte aber nicht immer: Belgien beispielsweise hat ein höheres Armutsrisiko als Österreich, das heißt, mehr Leute sind arm, und gleichzeitig eine niedrigere Armutsintensität: Weniger sind also extrem arm, ihre Einkommen liegen näher an der 60-Prozent-Schwelle. Auch Schweden und Zypern haben sehr ähnliche Armutsraten, aber die Armutsintensität in Schweden liegt signifikant höher. „Ein Grund dafür könnte sein, dass die Hilfsmaßnahmen in Schweden sehr arme schlechter erreichen“, überlegt Kyzyma laut.

Ob ihr nicht manchmal langweilig werde, Statistiken zu kalkulieren und zu vergleichen? Einer ihrer Artikel über den Zusammenhang von Gesundheit und Bildungsniveau wurde von mehreren Medien in Luxemburg aufgegriffen. „Ich hoffe, dass auch Leute aus der Politik ihn lesen und sich Gedanken machen, was das für sozialpolitische Maßnahmen heißen könnte“, sagt sie. Kyzyma greift noch einmal ihr Ein-Euro-Beispiel auf: Die Politik könnte wohl mit einigen Euro Sozialtransfers etliche Menschen über die Armutsschwelle heben und so die Statistik polieren. „Doch den Armen, deren Einkommen



Extreme Armut kommt auch in westlichen Ländern vor

weit unterhalb der Armutsschwelle liegt, ist damit nicht geholfen“, gibt Kyzyma zu bedenken. Dass Armut im Westen nicht einfach an einem wie auch immer definierten Durchschnittswert von Haushaltseinkommen festgemacht werden kann, diskutieren Sozialwissenschaftler seit den 1990-ern. Die Unterscheidung zwischen absoluter und relativer Armut soll eigentlich helfen, sozioökonomische Benachteiligung und Verteilungsungleichheiten in wohlhabenden Gesellschaften, wo vergleichsweise selten jemand verhungert, realistischer zu erfassen.

Soziale Ungleichheiten sind jedoch komplex. „Eine perfekte Methode, um Armut zu messen, gibt es nicht“, ist Kyzyma überzeugt. Manche Forscher versuchen, ein kompletteres Bild von Armut zu erlangen, indem sie stärker die Betroffenen einbinden, sie zu ihrem Lebensstandard und ihren Bedürfnissen befragen. „Doch was der eine als arm empfindet, ist für andere ein minimalistischer Lebensstil und bewusst gewählter Konsumverzicht“, wendet Kyzyma ein. Wichtige Faktoren seien zudem die Dauer und die Möglichkeit, aus der Verarmung wieder herauszukommen. „Es macht einen großen Unterschied, ob

jemand temporär in Armut rutscht, oder ob sich prekäre Lebenslagen im Lebenslauf verfestigen“, mahnt die Forscherin. Bei Armut gehe es um gesellschaftliche Beteiligung. Insbesondere für Kinder, die in Familien aufwachsen, die über längere Zeiten arm sind, seien solche Startbedingungen gefährlich: Armut kann sich über Generationen verfestigen.

Über ihr neuestes Forschungsprojekt verliert Kyzyma (noch) nicht viele Worte, das sei derzeit in Arbeit: Gemeinsam mit einem Team um Philippe Van Kerm, Professor für Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik an der Uni Luxemburg und auch am Liser tätig, untersuchen Kyzyma und ihre Kollegen, wie sich Elternschaft auf die Bildung- und die beruflichen Karrieren von Müttern und Vätern auswirken und wie sich die Entscheidung, Familie zu haben und Kinder zu bekommen, im Zeitverlauf aufs Haushaltseinkommen auswirken. Kinder und der Impact von Elternschaft auf das individuelle Einkommen und den Lebensstandard hat Kyzyma bisher kaum unter die Lupe genommen. „Wenn man selbst Kinder hat, rückt das zunehmend ins Blickfeld“, sagt sie nachdenklich.

A-Z.LU
S'INFORMER
RECHERCHER
DECOUVRIR
LIRE

a-z.lu est l'interface de recherche unifiée des collections du réseau des bibliothèques *bibnet.lu*, du portail *eluxemburgensia.lu* de la Bibliothèque nationale et de la bibliothèque numérique *findit.lu* du Consortium Luxembourg.

powered by Bibliothèque nationale du Luxembourg

a-z.lu



Luuk Wildschut, Natalie Bloch et Marie-Paule Greisch (de gauche à droite) lors de l’entretien à la Maison des sciences humaines à Belval, le 4 novembre

Master en sciences du théâtre et interculturelité

Fécondations/Befruchtungen

josée hansen

Sascha Dahm a l’enthousiasme contagieux. « C’est génial de pouvoir parler à tous ces gens, parce que le Luxembourg est petit, que les chemins sont courts et que beaucoup de témoins de l’époque vivent encore... » Arrivé en fin de parcours universitaire, qu’il a achevé par le master en sciences du théâtre et interculturelité (après un premier master en littérature et didactique), Sascha Dahm rédige son mémoire de master sur le théâtre absurde et la création du Théâtre ouvert Luxembourg (Tol). Donc, ses journées, il les passe entre le Centre national de littérature à Mersch, qui a notamment un « Fonds Marc Olinger », des entretiens avec des auteurs comme

Lambert Schlechter, Pol Greisch ou Henri Losch, son bureau et ...le théâtre. Dahm est actif au Kasemattentheater (où il n’est pas rare de le voir faire le service au bar) et vient d’assister le metteur en scène Florian Hackspiel à la mise en scène de *Nur Kinder, Küche, Kirche*, sur base de textes de Dario Fo et Franca Rame, au Kaleidoskop Theater à Bettembourg. « Je voulais profiter de mes années d’études pour m’approprier une connaissance approfondie sur le théâtre dans toutes ses formes en jetant un regard derrière les coulisses », explique Dahm, qui se destine à une carrière au théâtre, se voit dramaturge « comme Frank Feitler, qui a commencé ainsi, avant de diriger les Théâtres de la Ville ». Son mémoire devra être prêt d’ici janvier 2020, ses recherches sur la création du Tol pourraient donner lieu plus tard à une publication anniversaire, car le théâtre fêtera son cinquantenaire en 2023. Dans les années 1970, Marc Olinger (Tol) et Philippe Noesen (Centaure) opérèrent une véritable révolution du théâtre contemporain francophone, révolution que Tun Deutsch avait réalisée dix ans plus tôt (en 1964) pour le théâtre germanophone au Kasemattentheater : une rupture dans la scène locale dominée par Eugène Heinen.

Nous voilà pleinement dans « l’interculturalité » que s’est donnée comme slogan l’équipe du master fondé il y a trois ans à l’Université du Luxembourg, à savoir Natalie Bloch et Dieter Heimböckel. « La scène théâtrale luxembourgeoise est très particulière parce qu’elle est à la fois très internationale et de taille modeste. Elle est surtout très intéressante parce qu’elle fait se rencontrer beaucoup de langues et de traditions théâtrales », estime Natalie Bloch lors d’un entretien sur ce master à la Maison des sciences humaines à Belval. Elle est venue accompagnée de deux étudiants du master : Marie-Paul Greisch, Luxembourgeoise qui a « toujours fait du théâtre » et pris un congé sans solde dans l’administration dans laquelle elle travaillait afin de pouvoir se professionnaliser (elle en est au premier semestre) et Luuk Wildschut, d’origine néerlandaise, qui vient de terminer ce master-ci et enchaîne avec un autre en philosophie (aussi à l’Uni.lu), mais travaille déjà en parallèle en tant que pédagogue de théâtre ou met en scène de petits projets. « Déjà durant leur cursus, nos étudiants

participent très activement à la vie culturelle du pays, estime Natalie Bloch. Il y a là une véritable fécondation mutuelle ». Une autre étudiante, Mandy Thierry, par exemple a écrit une pièce, *Escher Meedchen*, que Rafael Kohn a mise en scène au Théâtre d’Esch ; des professionnels locaux, comme Frank Hoffmann ou Charles Muller, interviennent dans le cadre du master et les conférences les plus intéressantes sont publiées dans la série *Theater international* chez Hydre Éditions.

Natalie Bloch est originaire de la Ruhr en Allemagne, a fait ses études à Münster et Bielefeld, où elle a passé son doctorat sur « Sprache als Ort der Gewalt » (la langue comme lieu de violence) et publie énormément en Allemagne, notamment comme critique de théâtre pour le magazine spécialisé *Theater heute* ou dans des anthologies d’essais sur le théâtre européen. Pour les étudiants du master, cela apporte la possibilité d’apprendre de grands professionnels du métier. La dramaturge Katja Hagedorn vient de les faire travailler sur le principe de *Nachlass – Pièces sans personnes* de Rimini Protokoll (Stefan Kaegi & Dominic Huber), à laquelle elle avait participé au Théâtre de Vidy – Lausanne : Comment montrer les dernières volontés de défunts, des lieux de souvenirs de ce qu’ils voulaient léguer ? Les étudiants ont aussi pu assister à des conférences du metteur en scène Milo Rau ou de l’auteur Feridun Zaimoglu, entre autres. « Nous avons la chance de découvrir tous les aspects du théâtre, aussi bien la théorie que la pratique », se réjouit Luuk Wildschut. Nombre d’étudiants font des stages auprès de petites structures théâtrales, du Théâtre national en passant par Maskénada asbl jusqu’aux Rotondes. « Malheureusement, constate Marie-Paule Greisch, le théâtre n’est pas intégré dans les cursus scolaires. On considère encore souvent la pratique théâtrale comme un hobby plutôt que comme un moyen pédagogique. » Même si les étudiants du master ne sont pas très nombreux (ils sont cinq inscrits au premier semestre cette année), on les retrouvera certainement bientôt derrière le rideau de scène. Ils participeront sans conteste à, voire accéléreront, cette professionnalisation que le théâtre autochtone est en train de réaliser depuis quelques années.

Le Luxembourg Institute of Health va lever une armée de patients à l’international pour livrer bataille contre la maladie

Les cohortes menées depuis le Grand-Duché

Pierre Sorlut

C’est un immeuble de bureaux rue Thomas Edison à Strassen. Il ressemble au voisin et à d’autres encore en périphérie de la capitale. Des rangées de fenêtres toutes en lignes droites dans un assemblage de béton et d’acier laissent croire qu’il abrite d’insignifiants services administratifs. Mais ici, au 1A-B, dans cette bâtisse d’une déconcertante banalité, débute ce jeudi un projet d’une ambition notable. Pour la journée mondiale du diabète, le locataire du bâtiment, le *Luxembourg Institute of Health* (LIH) lance le site internet de son programme *CoLive Diabetes*, première étape d’un projet majeur dans le domaine de la santé. La plateforme lève le voile sur l’infrastructure mise en place pour collecter les informations partagées par les malades des diabètes de types un et deux (maladie chronique caractérisée par un taux de sucre élevé dans le sang notamment lié à un manque d’insuline) et mieux assurer leur prise en charge. L’innovation du projet de recherche ? Il se base sur les données collectées via les objets connectés et les réseaux sociaux. Les premiers essais commenceront avec quelques patients au premier trimestre de l’année prochaine. Le recrutement de la cohorte interviendra au deuxième. 50 000 personnes atteintes de diabète s’associeront sans jamais bouger de chez eux.

Armée d’hôpital Le général sera, lui, basé au LIH. Il se nomme Guy Fagherazzi. « C’est le projet d’une vie », témoigne le jeune docteur. À 33 ans, il achève déjà sa onzième année professionnelle quasiment exclusivement dédiée à la recherche sur le diabète. Le scientifique n’est pas docteur en médecine, mais en épidémiologie.

Parallèlement à des études d’ingénieurs en statistique et en analyse de l’information (à Rennes, France), il a entrepris un master, puis une thèse en la matière. Mais comme le jeune docteur est un peu *geek*, il se consacre à l’épidémiologie numérique (ou *digital epidemiology*). Il a levé des fonds lors de sa précédente vie professionnelle auprès de la fondation MSD Avenir, de la multinationale Merck, Sharp & Dohme, pour lancer le projet. Il le poursuit

depuis le mois de juin à Strassen, au sein du département *Health Population*.

L’équipe qu’il est en train de constituer (elle compte six personnes aujourd’hui, mais pourrait s’établir à quinze unités à terme) développe les moyens de collecter les informations partagées par l’e-cohorte qu’elle rassemblera. Les chercheurs aggloméreront les échanges qu’entretiennent les diabétiques sur internet au quo-

tidien au sujet de la maladie, des symptômes, de ce qui va ou des problèmes qu’ils rencontrent. Nombre de diabétiques sont aussi équipés de patchs connectés à leur téléphone portable. Grâce à des applications ad hoc, les malades savent davantage se prendre en charge et à adapter leur mode de vie.

Néo et les élus C’est d’ailleurs la raison pour laquelle ils ont été élus. « Ce sont les plus connectés des maladies chroniques », explique Guy Fagherazzi. L’ambition consiste à collecter un maximum de données. L’équipe procèdera ensuite à leur analyse, du phénotypage numérique profond. De petits groupes aux caractéristiques similaires et dont on sait comment elles évoluent seront identifiés à partir des bases de données. « Quand un individu arrive avec certaines caractéristiques, on va être capables de dire à quel groupe il appartient et adapter au mieux la prévention. On va pouvoir développer des *just in time interventions*, c’est-à-dire adapter sa thérapeutique ou effectuer une intervention », explique le chef de projet. Le « juste à temps », c’est aussi le juste prix. Pour le patient et la collectivité, comprend-on.

La voix de l’innovation L’équipe du LIH va par ailleurs identifier de nouveaux marqueurs bionumériques et les lier aux observations déjà connues grâce aux recherches antérieures. Via l’application, les voix des patients seront enregistrées et analysées. La tonalité servira à identifier des signaux et à les associer à des événements cliniques. Par exemple l’hypoglycémie serait liée à du stress et à de l’anxiété. Selon Guy Fagherazzi,

« On peut toucher toute la planète d’un coup. »
Guy Fagherazzi

« des signaux annonciateurs pourraient déclencher à terme une alerte ». Prendre en compte les émotions du patient relève de l’innovation.

Voilà pour la technique. Une fois éprouvée, elle sera répliquée à d’autres maladies, notamment les neurodégénératives (détérioration progressive des cellules nerveuses), comme les maladies d’Alzheimer ou de Parkinson, sur lesquelles l’Université du Luxembourg a développé une certaine expertise. Quant au règlement général sur la protection des données, on voit au LIH le texte européen comme une opportunité. Les chercheurs développent un cadre respectueux de la vie privée et entendent se baser sur cet aspect pour maximiser la confiance des participants, qu’ils soient investisseurs ou patients. L’institut public arrivera alors peut-être à rentabiliser son investissement dans la recherche via le lancement d’une *spin-off*. Mais Guy Fagherazzi tempère les velléités financières. Les données seront peut-être aussi ouvertes à la recherche internationale, dans une logique *open-source*. Quand le jeune docteur dit qu’« on peut toucher toute la planète d’un coup », il pense à la collecte des données, mais aussi à leur restitution.



Les diabétiques, les malades chroniques les plus connectés, servent de levier à la science

Das Wissen der Paläontologie lässt nur einen einzigen Schluss zu: Wir befinden uns momentan in einem neuen großen Aussterbeereignis

Artensterben verstehen

Lea Numberger-Thuy & Ben Thuy

Alle Tier- und Pflanzenarten, die heute die Erde bevölkern, werden über kurz oder lang aussterben, das ist eine Tatsache. Auch wir Menschen, die Art *Homo sapiens*, werden irgendwann von der Erde verschwunden sein. Die gute Nachricht ist, dass dies nicht so bald passieren wird. Was uns wahrscheinlich von anderen todgeweihten Arten unterscheidet, ist unser Potential, ein Verständnis vom Aussterben an sich entwickeln zu können. Anfang Mai dieses Jahres sorgte ein Bericht des Weltbiodiversitätstrats (IPBES) diesbezüglich weltweit für Aufsehen: Seit einigen Jahrzehnten verschwinden so viele Arten, wie noch nie zuvor in der Geschichte der Menschheit. Es ist die Rede vom sechsten großen Artensterben, für das sich der Mensch mit seiner exorbitanten Nutzung von Land und Ressourcen als Verursacher verantwortlich zeigt und in die Geschichte einzugehen droht.

Mit der koordinierten Veröffentlichung des Berichtes ist es gelungen, ein wichtiges, aber schwer vermittelbares Problem in den Fokus der Weltöffentlichkeit zu rücken. Ob die Nachricht vom Artensterben als vorübergehende Betroffenheit im Sand verläuft oder aber tatsächlich den erforderlichen kollektiven Kurswechsel initiiert, steht auf einem anderen Blatt. Reicht es aus, Bescheid zu wissen? Sind die jahrzehntelang eingefahrenen und scheinbar bewährten Gewohnheiten nicht doch stärker? Reichen die veröffentlichten Fakten aus, um die Menschheit zu einer Kehrtwende zu bewegen? Es soll hier nicht um eine Steigerung des Alarmismus gehen, denn mehr hilft in dem Fall nicht mehr. Die Sachlage wurde von Anfang an mit ausreichender Dringlichkeit auf vielen verschiedenen Kanälen vermittelt.

Was jetzt zählt, ist die Bildung eines Bewusstseins; das Schaffen einer Verbindlichkeit, die es für alle schwieriger macht, so zu tun, als würde das Problem einen nicht betreffen. Verbindlichkeit kann dadurch entstehen, dass etwas nachvollziehbarer, greifbarer, fühlbarer wird. Kann man mitfühlen, gelingen Verständnis, Akzeptanz und schließlich Identifikation mit dem Thema. Bleibt dann, trotz der Dringlichkeit des Problems, Raum für eine gewisse Faszination, besteht eine echte Chance auf Bewusstseinsbildung. Genau aus diesem Grund schreiben wir an dieser Stelle über das Artensterben aus der Sicht der Paläontologie. Paläontologen sind gewissermaßen besonders mit den Fakten und Mechanismen von Artensterben vertraut und haben einen sehr nüchternen Blick auf die vergangenen Ereignisse. Zugegeben: Geht um uns herum die Biodiversität in die Knie, denkt man nicht unbedingt als erstes an Fossilien. Dennoch ist die Paläontologie als Wissenschaft des vergangenen Lebens dem Phänomen Aussterben näher als alle anderen Fachgebiete, und sie hat zudem ein hohes Faszinationspotential.

Die überwältigende Mehrzahl der bisher bekannten Fossilien gehört Arten an, die heute ausgestorben sind. Nicht verwunderlich, denn einerseits gel-

ten Überreste eines Lebewesens als fossil, wenn sie mindestens 10 000 Jahre alt sind, und andererseits besteht eine biologische Art im Schnitt nur wenige Millionen Jahre zwischen ihrem ersten und ihrem letzten Auftreten im Fossilbericht. Aus den bisher bekannten Fakten ergibt sich, dass 99 Prozent aller Arten, die im Laufe der Erdgeschichte jemals existiert haben, ausgestorben sind. Ist Aussterben demnach ein ganz normaler Vorgang? In einer gewissen Größenordnung kann man sagen: Ja, und zwar insofern, als es das so genannte Hintergrundsterben gibt. Bedingt durch die natürlich begrenzte Lebensdauer einer Art, gibt es einen beständigen Wechsel innerhalb der Biodiversität: Arten verändern sich, entwickeln sich zu neuen Arten (wodurch die Ausgangsart ausstirbt), spalten sich auf oder erlöschen ersatzlos. Diesem Hintergrundsterben fallen pro Jahr eine bis zehn Arten zum Opfer, ohne dass dies die Artenvielfalt im Großen und Ganzen beeinträchtigen würde.

Ganz anders sieht es aus, wenn in geologisch gesehen kurzen Zeiträumen, also innerhalb von ein bis zwei Millionen Jahren, deutlich mehr Arten aussterben als sonst. In der Paläontologie gelten Arten ab ihrem letzten gesicherten Auftreten im Fossilbericht als ausgestorben. Stellt man nun die globalen Letztvorkommen aller Arten im Laufe der Erdgeschichte zusammen, fallen immer wieder drastische Einbrüche der Biodiversität auf: Zu bestimmten Zeiten der Erdgeschichte verschwanden 1 000 bis 2 000 Mal mehr Arten als im Zusammenhang mit den Hintergrundsterben als „normal“ anzusehen wäre. Die heftigsten dieser Ausschläge sind bekannt als die fünf großen Massenaussterbeereignisse des Phanerozoikums, also der erdgeschichtlichen Zeit seit der Entwicklung der Biodiversität, wie wir sie kennen. Von diesen Ereignissen wissen wir nur, weil es Fossilien gibt, die als Zeitzeugen Einblicke in längst verschwundene Ökosysteme bieten.

Man könnte dies nun als anekdotisches Wissen abtun, Stoff höchstens für bunte Kinderbücher über urtümliche Monster. Diese Ereignisse erscheinen uns, von unserer menschlichen Warte her, beruhigend weit weg. Denn wer kann schon ernsthaft behaupten, eine Vorstellung davon zu haben, was ein Zeitraum von 252 Millionen Jahren bedeutet? Dennoch führte das Massenaussterben an der Perm-Trias-Grenze, dem größten der fünf Großen, vor eben diesen 252 Millionen Jahren zu einem derart massiven Einschnitt in der Biodiversität, dass sich sämtliche Ökosysteme des Planeten komplett neu anordneten und zum ersten Mal in der Erdgeschichte angingen, so auszusehen, wie wir sie heute immer noch kennen. Die Selbstverständlichkeiten unseres Daseins – Wälder bestehen aus Bäumen, Riffe aus Korallen, und Säugetiere sehen nicht wie Reptilien aus – haben ihren Ursprung an besagter Perm-Trias-Grenze. Auch das bisher letzte der großen fünf Massenaussterbeereignisse vor 66 Millionen Jahren, am Ende der Kreide, hat maßgeblich dazu



Der Schädel eines großen Ichthyosauriers (Temnodontosaurus) mit seinem gewaltigen verknöcherten Auge. Gefunden beim Bau der Collectrice du Sud, aufbewahrt in der Sammlung des Naturhistorischen Museums

beigetragen, die Welt so umzugestalten, wie wir sie heute gewohnt sind: Dinosaurier kommen nicht mehr als furchteinflößende Riesen daher, sondern erfreuen uns dieser Tage mit ihrem Vogelgesang. Nein, die Dinosaurier sind nicht ausgestorben, zumindest nicht alle. Einige Gruppen von kleineren Raubosauriern haben sich überaus erfolgreich auf der ganzen Welt in neuen Nischen etabliert und auf diese Weise überlebt. Wir nennen sie nur nicht mehr Dinosaurier, sondern Vögel. Die Vögel ihrerseits gehören heutzutage zu den im höchsten Grade bedrohten Arten, da ihnen die Nahrungsgrundlage entzogen wird durch den nahezu ungebremsten Einsatz von Pflanzenschutz- und Insektenvernichtungsmitteln. Wenn wir so weitermachen wie bisher, werden wir das Werk des Asteroiden, der am Ende der Kreidezeit die Erde durchrüttelte und die meisten Dinosaurier vernichtete, vollenden.

Aus der Paläontologie wissen wir auch, ab wann man von einem Massenaussterben spricht. Angewandt auf die Anzahl der verschwundenen Tier- und Pflanzenarten seit Beginn der menschlichen Zivilisation, lässt dieses Wissen nur einen einzigen Schluss zu: Wir befinden uns momentan in einem neuen großen

Aussterbeereignis, das in seinen Dimensionen an die vorherigen fünf Großen schon nah herankommt.

Auch wenn man das jetzt meinen könnte, hat die Paläontologie nicht nur düstere Aussichten parat, was die Entwicklung der Artenvielfalt betrifft. Fossilien beinhalten als Überreste von Lebewesen aus vergangenen Epochen immer auch die zeitliche Dimension. So können Ereignisse wie Massenaussterben in ihrer gesamten Komplexität vom Anfang bis zum Ende erfasst werden. Fakt ist, dass sich die Artenvielfalt bisher stets wieder erholt hat und alle verfügbaren ökologischen Nischen schnell wieder besetzt wurden. Das Leben findet immer einen Weg! Ein großes Ziel der Paläontologie ist es, die Aussterbeereignisse als Ganzes zu verstehen, und zu beziffern, welche Rolle die einzelnen Faktoren wie Klima, Populationsdynamiken, Meeresströmungen, Anordnung der Kontinente spielen. Darüber hinaus gilt es, die auf Aussterbeereignisse folgenden, neuen Ökosysteme und Diversifikationen zu verstehen.

In der paläontologischen Abteilung des Luxemburger *Naturmusée* werden die Fossilien der hauseigenen Sammlung und auch anderer, internationaler Sammlungen, als Archiv des Lebens genutzt, um all diese Ereignisse, Aussterben, Überleben, Faunenaustausch und Diversifikation im Laufe der Erdgeschichte zu erforschen. Aktuell laufende Studien untersuchen ausgewählte Tiergruppen als Modell-Organismus, stellvertretend für das große Ganze. Die bisherigen Ergebnisse verblüffen: Beispielsweise zeigen Schlangensterne und andere Stachelhäuter, dass es mitten im bisher größten Massenaussterben der Erdgeschichte an der Perm-Trias-Grenze Refugien gegeben haben muss. Diese Schutzräume ermöglichten einzelnen Gruppen ein Überleben, und befanden sich sehr wahrscheinlich für diese Tiergruppen in der Tiefsee. Trotzdem waren die tiefen Bereiche der Meere alles andere als sicher: Laufende Forschungen am *Naturmusée* legen nahe, dass es vor nicht mal zwei Millionen Jahren ein kleineres, bisher unbekanntes Massenaussterben gegeben haben muss, das auf die Tiefsee begrenzt war. Das Ermutigende an diesen Ergebnissen: Es gab definitiv Rückzugsorte, wo die Überlebenden, sogar bis zum heutigen Tag, ausharren. Ein direkter, konkreter Beitrag zum Artenschutz wäre es nun, die anhand von paläontologischen Daten identifizierten Refugien als Schutzgebiete auszuweisen.

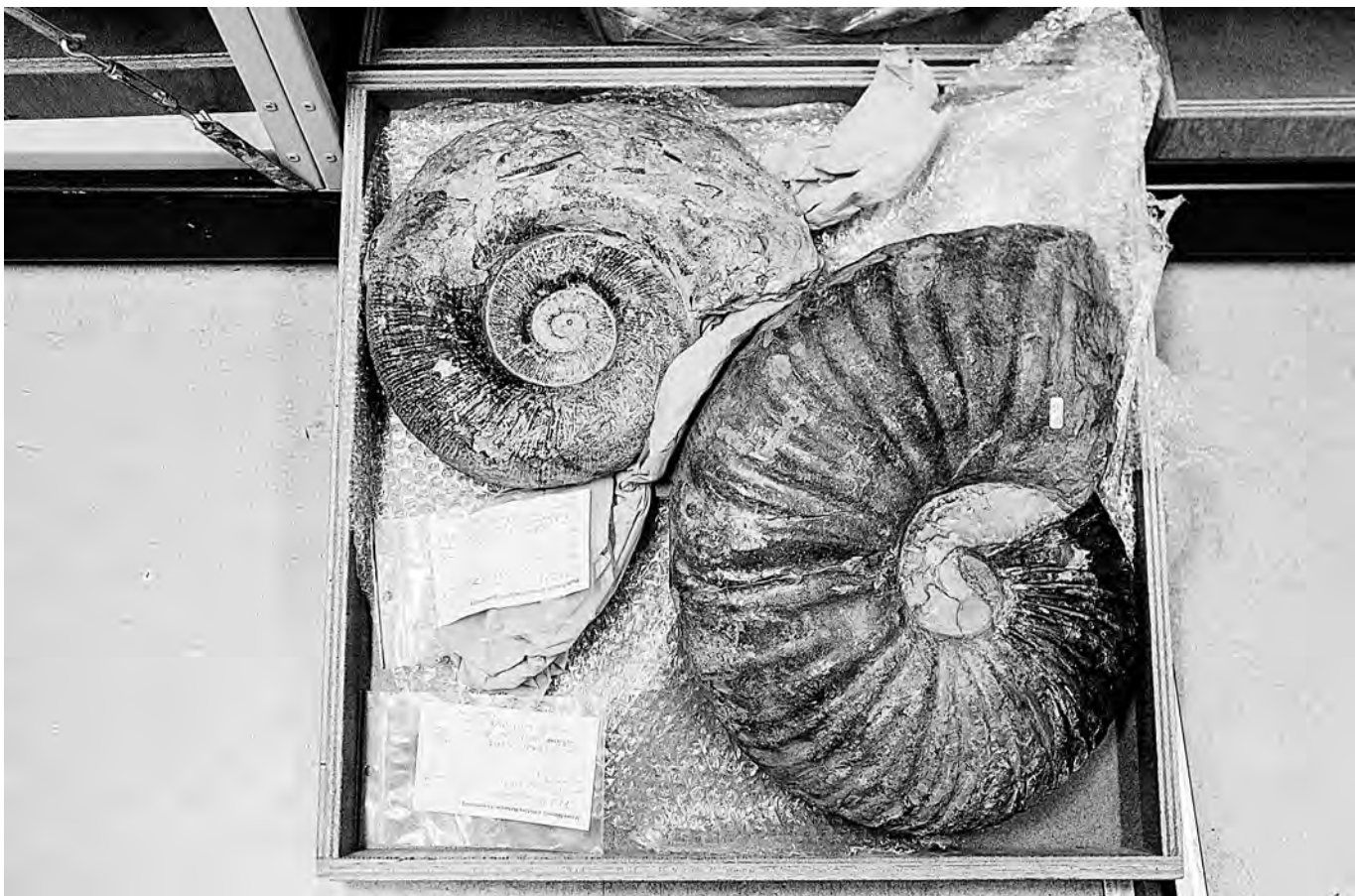
Zusätzlich zu diesen Modellorganismen setzt der regionale Kontext Forschungsschwerpunkte: Die Gesteinsfolge in und um Luxemburg umfasst mit der Trias-Jura-Grenze eins der fünf großen Massenaussterben. Zusätzlich ist im oberen Teil des un-

Laufende Forschungen am Naturmusée legen nahe, dass es vor nicht mal zwei Millionen Jahren ein kleineres, bisher unbekanntes Massenaussterben gegeben haben muss, das auf die Tiefsee begrenzt war

teren Jura (Toarcium) ein kleineres, aber dennoch weltweit bedeutendes Massensterben erhalten, in manchen Bereichen der Minette sogar herausragend gut: Fossilreichtum und außergewöhnlich mächtige Ablagerungen ermöglichen eine besonders hochauflösende Analyse des Massensterbens kurz vor Ende des Unterjura. Von den kleinsten Mikrofossilien über spektakuläre Tintenfisch-Reste bis hin zu den großen Meeresreptil-Knochen wird das gesamte Spektrum der Sammlung am *Naturmusée* genutzt, um dieses Toarcium-Massensterben zu erforschen. Dass bei besagtem Ereignis Klimaveränderungen ähnlich wie die aktuellen eine entscheidende Rolle gespielt haben, macht die Aufarbeitung und Interpretation dieses Ereignisses noch relevanter.

Vom Regionalen zurück zum Globalen, trägt die Paläontologie maßgeblich dazu bei, zu verstehen, wie Arten aussterben, ab wann es für die Biodiversität als Ganzes bedrohlich wird und was die Stellschrauben bei einem Massenaussterben sind. Vor allem aber bieten sie Lösungsansätze: Wie überleben Arten? Unter welchen Bedingungen kann die Vielfalt den Klimawandel mit möglichst geringen Verlusten überstehen? Wo sind Refugien und wieso bieten sie Schutz? Die gewaltige zeitliche Dimension des Fossilberichts – eben diese Millionen von Jahren – gibt dem oftmals schnellleibigen Alarmismus der aktuellen Berichterstattung ein relativierendes Gegengewicht: Es war alles schon einmal da im Laufe der Erdgeschichte. Das lässt sich begreifen, das lässt sich handhaben, das lässt uns handeln nach bestem Wissen und Gewissen für eine weiterhin artenreiche Zukunft.

Lea Numberger-Thuy und Ben Thuy sind Paläontologen und forschen am Musée national d'histoire naturelle/*Naturmusée*.



Diese fossilen Ammoniten (ausgestorbene Tintenfische) wurden in Frisingen beim Bau der Saarautobahn gefunden

Schnittstelle Wissenschaft und Politik: eine delikate Angelegenheit

Das Nicht-Sagbare thematisieren

Markus Hesse

Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik, Forschung und Praxis ist für jede akademische Einrichtung von größter Bedeutung. Gesellschaft und Öffentlichkeit erwarten, dass Wissenschaft Nutzen stiftet und somit dem öffentlichen Interesse dient: durch die Bereitstellung von Forschungsergebnissen, durch die Übernahme von Bildungsleistungen und Vergabe von Abschlüssen, durch die Zusammenarbeit mit der Praxis. Während Programme wie *Pathways to impact* in England gesellschaftlichen Nutzen sehr dezidiert einfordern, werden die Universitätsmitglieder zugleich aufgefordert, Wettbewerbsfähigkeit und Exzellenz unter Beweis zu stellen, und zwar anhand quantifizierbarer Kenngrößen. Beides, gesellschaftlicher Impact und international wettbewerbsfähige Exzellenz, wird parallel erwartet. Dabei bleibt oft unklar, wie Nützlichkeit eigentlich genau definiert wird und vor allem: von wem. Diese Erwartungshaltung hat die Agenda der Universitäten in jüngster Zeit jedenfalls erheblich geprägt.

Diese Entwicklung steht im Zusammenhang mit grundlegenden Veränderungen im Verhältnis zwischen Wissenschaft und Gesellschaft, die in vielen Ländern zu beobachten sind. Die Beziehung von Forschung und Politik ist kritisch geworden: Das Lob für die Wissensgesellschaft ist allgegenwärtig und darf im politischen Raum bei keiner Festrede fehlen; dagegen sehen sich die Hochschulen – vor allem die klassische Volluniversität, vor allem kleinere Fächer, Humanwissenschaften – in ihrer Autonomie und Wertschätzung in Frage gestellt. Politische Imperative und insbesondere unternehmerische Ziele (wie Wettbewerb, Fundraising, *Accountability*, Befristung von Arbeitsverträgen) müssen in das eigene Handeln integriert werden. Damit verändert die Politik nicht nur das wissenschaftliche Arbeiten, sondern definiert vermutlich auch neu, was es zu erforschen gilt (und was nicht). Damit wird die Wissensbasis der Gesellschaften neu ausgerichtet.

Diese Tendenzen treten vermutlich umso direkter ins Bild, je überschaubarer die politisch-administrativen Verhältnisse jeweils sind. Kleinststaaten sind (auch) in dieser Hinsicht sehr spezifisch und zugleich ambivalent. Einerseits bieten sie schnellen Zugang zu Entscheidungsebenen und somit auch zum „Feld“ der Forschung an sich; in den Fällen, wo Hochschulegründungen Teil einer forschungspolitischen Agenda sind, zeichnen sie sich durch stete Expansion und großzügigen Mittelzufluss aus. Dies macht die Arbeit an solchen Standorten sehr attraktiv, deutlich reizvoller als an den ausgezeichneten Hochschulen großer Länder, die bei politisch verordnetem Wachstum verstärkt um real stagnierende Mittel konkurrieren müssen.

Andererseits scheinen sich Kleinststaaten durch eine sehr exponierte, wenn nicht exzessive Haltung gegenüber ihren Wissensproduzenten auszeichnen. Der Soundtrack des „Uni – fir wat?“ ist hierzulande weit verbreitet. Entsprechend groß ist die Erwartung, dass die hohen Investitionen in die Universität und die öffentlichen Forschungszentren (CRPs) einen kalkulierbaren Return an Wissen, Patenten und Marktchancen zurückspielen. Sie ist oft linear, das heißt als Folge gewählter Investitionen werden vorab definierte Ergebnisse erwartet, was auf allen Ebenen (Medien, Parlament, Regierung) sehr direkt artikuliert wird. Diese Erwartung an sich ist aber noch kein Problem – das Problem ist die lineare Denkweise, ist die mechanistische Annahme, für x Input gäbe es y Output; zugleich

gibt es Befunde und Deutungen, die der Praxis nicht gelegen sind (*inconvenient knowledge*). Insofern kommt es ganz auf die Bedingungen an, unter denen die skizzierten Erwartungen an die Wissenschaft gerichtet werden, und wie die Beteiligten damit umgehen.

Die Forderung an die Wissenschaft, gesellschaftlichen Nutzen zu stiften, gilt nicht für alle akademischen Disziplinen gleichermaßen. Grundlagenforschung in der Philosophie oder in den Naturwissenschaften wird erfahrungsgemäß anders bewertet als etwa die Ingenieurs- oder die Gesundheitsforschung, die sich selbst als praxisorientiert oder angewandt verstehen dürften. Der Teufel liegt meist im Detail der Praxis.

Nehmen wir als Beispiel Geografie und Raumplanung: Beide Felder sind mit dem Doppelcharakter von *wissenschaftlichen* und *real-weltlichen* Problemen befasst. Sie gehen sowohl Erkenntnisfragen als auch praktischen Herausforderungen nach, um Wissen zu identifizieren, Probleme zu bewerten, gegebenenfalls Lösungsansätze zu finden. Dabei stellt die Raumplanung einen Hybrid aus einer akademischen Disziplin und einem Ingenieur-zweig dar: Planung zielt darauf ab, räumliche Beziehungen zu verstehen, vergleichend zu bewerten und schließlich auch zu optimieren. Eine positivistische, das heißt lineare Lesart dieser Annahme ist, dass Planung eine rational geordnete räumliche Umgebung schaffe, während die Geografie brauchbares Wissen für den damit verbundenen Transfer bieten kann. Eine enge Verzahnung von Wissenschaft und Politik, Forschung und Praxis würde helfen, diese Ziele zu erreichen.

Nach mehr als einer Dekade Lehr- und Forschungserfahrung im Großherzogtum kann man diese bewährten Vorstellungen über die Interaktion von Wissenschaft und Politik durchaus hinterfragen. Dass das Terrain der gemeinsamen Arbeit zwischen Universität und Praxis noch ausbaubar ist, liegt womöglich am Charakter des wissenschaftlichen Diskurses, der nach strukturellen Problemdimensionen sucht, prinzipiell kritisch und offen ist. Dagegen hebt der Ansatz der Politik auf Konsens und direkt verwertbare Lösungen ab – vor allem auf solche, die in den Mainstream des politischen Betriebs passen. Dabei wird die Bringschuld für tragfähige Ansätze primär bei der Wissenschaft verortet; Startpunkt möglichen gemeinsamen Nachdenkens sind durchgängig die Problemsichten der Praxis. Im Licht der strukturellen Herausforderungen der Raumentwicklung Luxemburgs (siehe etwa das anhaltende Wachstum) wäre es aber schon ein Gewinn, innezuhalten und verschiedene Interpretationen des Problems zuzulassen, bevor es um Lösungen geht.

Was tun? Ein populärer Ansatz hat sich auch hierzulande unter dem Begriff der „Ko-Produktion“ von Wissen entwickelt. Die These ist, dass die gemeinsame Erarbeitung von Lösungen durch Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit die Kreativität des Prozesses und eine damit verbundene Innovation des Resultats gewährleistet. Unterstellt wird, dass kollektives Handeln Pläne besser macht als zuvor. Dabei wird Verantwortung in zunehmendem Maße auf die Öffentlichkeit verlegt: Partizipation gilt als vorerst letzter Schrei einer neuen Planungskultur. Das damit einher gehende Versprechen ist jedoch nicht leicht einzuhalten. Es ist mit komplexen, nicht-trivialen Problemfeldern konfrontiert, die sich nicht einfach kommunizieren, geschweige denn auflösen lassen.

In dieser Gemengelage könnte die Forschung den Diskurs erheblich inspirieren. Doch bei vielen, auch in Luxemburg zunehmend populären, Workshops und Kreativlaboren wird die Situation immer wieder neu beschrieben, praktisch von Null auf – ohne dass bestehende, sehr konkrete wissenschaftliche Expertise zur Einordnung des Problems abgerufen würde. Zugleich werden Interessenkonflikte sowie die harten Rahmenbedingungen des politischen Entscheidens außer Acht gelassen. Partizipation ernst genommen setzt aber voraus, dass Macht thematisiert und geteilt wird. Insofern ist offen, ob laborähnliche, konsensorientierte Strategien es Wissenschaftlern und Praktikern erlauben, sich im oft chaotischen und trivialen Umfeld der Politik, ihren „trüben“ Wassern souverän zu behaupten. Erfolgreiche Ko-Produktion erfordert, mit Herausforderungen wie Hierarchie, Macht und institutionellem Powerplay robust umgehen zu können, das Nicht-Sagbare zu thematisieren. Auch hier könnte man empirisch fundiertes wissenschaftliches



Podiumsdiskussion über den Eine-Million-Einwohnerstaat mit Politikern als Zuhörer. Im November 2016 in Belval

Wissen in lokale Diskurse einspeisen – eine Möglichkeit, die Staat und Gemeinden im Land zumindest mit Blick auf Raumplanung und Urbanismus bis vor kurzem kaum genutzt haben.

Positiv formuliert, sind die Kriterien für eine produktive Bespielung der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik klar: Man muss die jeweiligen Handlungsbedingungen beider Seiten kennen und anerkennen; es muss ein wechselseitiges Interesse an, beziehungsweise Respekt vor den Problemsichten der beteiligten Akteure geben; Offenheit für begründete Kritik ist unerlässlich, um aus dem gemeinsamen Diskurs einen tragfähigen Weg für die Praxis zu machen; schließlich muss in einer gemeinsamen Sprache kommuniziert werden. Das Resultat wäre ein im Kern reflexives Zusammenspiel der jeweiligen Akteure, in dem die VertreterInnen der Politik die Rolle der „reflective practitioners“ übernehmen, während die Wissenschaft eine ebenso gründliche wie umfassende Sensibilität für Probleme der Praxis an den Tag legt.

Allerdings wäre es ein Missverständnis, von der Forschung per se zu erwarten, dass sie Probleme löst. Niklas Luhmann zufolge ist es Aufgabe der Wissenschaft, die richtigen Fragen zu stellen – mit Blick auf eine zunehmend als komplex wahrgenommene Umwelt. Über das gemeinsame Ausloten von Handlungsspielräumen ließen sich dann Pfade des Wandels aufzeigen – während man zugleich akzeptiert, dass Wissen kontingent (das heißt offen, nicht eindeutig bestimmbar beziehungsweise planbar) und immer auch lokal gebunden sowie sozial beziehungsweise politisch konstruiert ist. Diese Einsichten an sich zu akzeptieren, könnte man schon als lohnenden Erkenntnisgewinn verbuchen – und zwar für Wissenschaft und Politik. Voraussetzung ist, dass beide dies wollen.

Markus Hesse ist Geograf und Raumplaner, tätig als Professor für Stadtforschung an der Universität Luxemburg

Der wissenschaftliche Diskurs sucht nach strukturellen Problemdimensionen, ist prinzipiell kritisch und offen. Dagegen hebt der Ansatz der Politik auf Konsens und direkt verwertbare Lösungen ab